

Verantwortung

Gewaltfrei!

zwischen den Religionen
im Kampf für den Frieden
im Wirtschaftssystem



Zeitschrift des
Dietrich-Bonhoeffer-Vereins
22. Jahrgang / Nr. 42
Dezember 2008
ISSN 0936-7454

42

Herbsttagung Oktober 2008
 AXEL DENECKE
 Gewalttätigkeit überwinden – Kirchen und
 Religionen auf dem Weg zu mehr Dialog3

I. Tagungsbeiträge

JOHANNES THON
 Kirchen und Religionen auf dem Weg
 zu mehr Dialog4

HANS-JÜRGEN KUTZNER
 Grenzen der Freiheit am Beispiel des Islam
 in der westlichen Gesellschaft.....9

AXEL DENECKE
 Das Fremde als Teil von sich selbst wahrnehmen –
 verstehen – integrieren (Podiumsgespräch)..... 17

KARL MARTIN
 Predigt über Apg. 17, 27.....18

II. Ergänzende Dokumentation

ÖKUMENISCHER RAT DER KIRCHEN
 Gemeinsam das Verständnis
 der Liebe erschließen – ein Lernprozess..... 21

EVANGELISCHE AKADEMIE BAD BOLL
 Mit dem Blick des anderen
 eigene Standpunkte überprüfen24

EKD-DOKUMENTATION
 Bibel und Koran25

Friedensarbeit in Politik und Wirtschaft

MARTIN STÖHR
 Christliche Friedensethik
 in Zeiten der Globalisierung 27

DIETRICH-BONHOEFFER-VEREIN
 Resolution EKD-Friedensdenkschrift32

WOLFGANG RHODE-LIEBENAU
 Bundeswehr und Friedens-Denkschrift.....33

CHRISTOPH RINNEBERG
 Rezension: „Frieden mit dem Kapital?“ 37

HERBERT PFEIFFER
 Gedanken zur Unternehmerdenkschrift der EKD40

Eine völlig absurde Diffamierung Bonhoeffers

AXEL DENECKE
 Einführung43

dbv-Vereinsnachrichten

Karl Martin vor Schülern
 der Goetheschule in Wetzlar 47

Ein Briefwechsel anlässlich
 der dbv-Tagung in Braunschweig.....48

ILSE TÖDT
 Rezension des dbv-Jubiläumsbuches
 über Bonhoeffer..... 51

Protokoll Mitgliederversammlung Halle53

*Titelbild: Das abgebildete Kreuz befindet sich in der Marktkirche
 St. Marien in Halle an der Saale.*

In dem Verhältnis der Kirchen und Religionen zueinander steckt eine ganz Menge Konfliktpotential. Dies kann nur abgebaut werden durch mehr Dialog. Es ist interessant, wie sich durch Dialog nicht nur das Verhältnis zum Gegenüber verändert, sondern auch das Verhältnis zu sich selbst. Kirchen auf dem Weg zu mehr Dialog werden einige ihrer theologischen Grundaussagen einer Überprüfung unterziehen müssen. Glaubensaussagen müssen dialogfähig, d.h. verstehbar, nachvollziehbar und akzeptierbar sein, wenn sie einen Sinn haben sollen.

Für die beiden Tagungen des Jahres 2009 haben wir uns die Beschäftigung mit dem Thema „Reich Gottes“ vorgenommen. Die seit einigen Jahren bestehende Ökumenische Initiativegruppe „Reich Gottes – jetzt!“ vertritt die Ansicht, dass wir das Evangelium viel zu futuristisch verstehen. Jesu Botschaft vom Reich Gottes sei eine präsentische gewesen. Es gehe nicht darum, an Jesus, sondern wie Jesus zu glauben. Die Ökumenische Initiativegruppe um den Nürnberger evangelischen Pfarrer Dr. Claus Petersen zieht aus diesem Ansatz ekklesiologische Konsequenzen für die Gegenwart, die nicht überall in der Amtskirche auf Gegenliebe stoßen. Wir wollen uns der Diskussion stellen und die Argumente pro und contra prüfen.

Die erste Tagung vom 27.-29.3.2009 in der Ev. Akademie Hofgeismar greift die Frage auf „Ist nicht die Gerechtigkeit und das Reich Gottes auf Erden der Mittelpunkt von allem?“. Sie behandelt das Reich Gottes im Judentum, bei Jesus und in heutigen Diskussionen. Die zweite Tagung, die sich im Spezielleren dem Gerechtigkeitsaspekt, der sozialen Frage, der Armutproblematik und den Herausforderungen für einen einfachen Lebensstil zuwenden wird, findet statt vom 25.-27.Sept. 2009 in der Ev. GemeindeAkademie Hamburg-Blankenese. Tagungseinladungen mit dem ausführlichen Programm können angefordert werden im Büro des dbv c/o Irmela Milch, Dreispitzstr. 14, 65191 Wiesbaden, Tel.: (0611) 2 38 46 27; Fax: (0611) 56 27 10, E-mail: info@dietch-bonhoeffer-verein.de .

Die vorliegende Verantwortung ist das erste Zeitschriftenheft, das mit dem Computer-Layoutprogramm Adobe InDesign hergestellt worden ist. Wir haben uns für dieses Layoutprogramm entschieden und damit eine Kommunikationsplattform gewonnen, auf der eine redaktionelle Zusammenarbeit auch über große Distanzen hinweg organisiert werden kann.

Mit der Jahreslosung für 2009 aus Lukas 18,27 „Was bei den Menschen unmöglich ist, das ist bei Gott möglich“ grüßt Sie sehr herzlich, auch im Namen des Schriftleiters und der Redaktion,

Dr. Karl Martin

Herbsttagung Oktober 2008

Gewalttätigkeit überwinden

Kirchen und Religionen auf dem Weg zu mehr Dialog

Herbsttagung des dbv mit „Offenem Forum Wiesbaden“ und der „Marktkirchengemeinde“ vom 17.-19.10.2008 in Halle

Zu einer bewährten Tradition ist es geworden, dass alle zwei Jahre die Herbsttagung des dbv in Zusammenarbeit mit der Marktkirchengemeinde Halle in den dortigen Gemeinderäumen stattfindet. Knapp 50 TeilnehmerInnen kamen zusammen, um die brennenden Fragen zu diskutieren, wie zwischen den drei abrahamitischen Religionen ein gewaltfreier Dialog aussehen kann. „Gewalttätigkeit überwinden“ lautete daher das programmatische Eingangsvotum, wobei zunächst ‚unterstellt‘ wurde, dass es in Vergangenheit und Gegenwart gelegentlich tatsächlich zu ‚Gewaltanwendung‘ bei der Durchsetzung der je eigenen ‚Wahrheit‘ gekommen ist (Stichwort: ‚Judenmission‘ im Verhältnis Christen – Juden) und noch kommen wird (Stichwort: Fundamentale Positionen in Islam und Christentum).

Experten aller drei Religionen diskutierten engagiert, ohne der jeweiligen ‚Wahrheitsfrage‘ auszuweichen, offen miteinander, natürlich – das war nicht anders zu erwarten – ohne jede Gewalttätigkeit und auch jede Form von verbaler Gewalt, die sie entschieden ablehnen.



Blick auf das Podium: Dr. Hans-Jürgen Kutzner, Dr. Johannes Thon, Ahmed M.F. Abd-Elsalam, Dr. Karl Martin, Prof. Dr. Max Schwab, Harald Bartl



Blick in die Teilnehmerrunde

So sah es auch das gut informierte Publikum, das durch sachkundige Rückfragen und sehr konkrete Erfahrungsberichte von Formen offener und latenter Gewalt im Umgang mit religiösen Minderheiten, die als das „Andere“ und „Fremde“, in allem „Unvertraute“ Angst und Abwehr hervorrufen, die Diskussion wesentlich bereicherte und ihr Tiefe verlieh (gleich dazu vor allem den Bericht über das ‚Podiumsgespräch‘).

Wir dokumentieren im Folgenden die beiden zentralen Vorträge der Tagung, eine Kurzzusammenfassung des zweistündigen Podiumsgesprächs aller Referenten untereinander und des Publikums mit den Referenten sowie die die Tagung abschließende Predigt des Vorsitzenden des dbv am Sonntagvormittag. Ergänzend dazu werden – das Thema vertiefend und erweiternd – Antworttexte des ÖRK und der Akademie Bad Boll auf einen offenen Brief von 138 muslimischen Gelehrten vom Oktober 2007 an „alle christlichen Führungspersonlichkeiten“ dokumentiert. Auch hier gilt wie bei fast jedem Thema: Das Gespräch hat gerade erst begonnen und muss bei uns und in anderen Kreisen intensiv und vorurteilsfrei (also verbal gewaltfrei) weitergeführt werden.

Axel Denecke

I. Tagungsbeiträge

JOHANNES THON

Kirchen und Religionen auf dem Weg zu mehr Dialog

Der Bezug auf Abraham als Grundlage interreligiöser Begegnungen – eine Problembeschreibung

1. Gefahren eines traditionellen Dialogansatzes

Wenn es um interreligiöse Begegnungen geht, dann wird bei Christen, Juden und Muslimen oft von den drei „abrahamitischen Religionen“ gesprochen. Damit wird zuerst einmal ein entstehungsgeschichtlicher Zusammenhang benannt, in dem diese Gemeinschaften stehen. Besonders dadurch, dass ein biblischer Erzvater genannt ist, wird dadurch jedoch auch ein Verwandtschaftsverhältnis unterstellt. Wenn diese Verwandtschaft konkreter zur Sprache kommen soll, dann zeigt sie sich vor allem in den Offenbarungsurkunden gemeinsamen religiösen Erzähltraditionen. Und gerade in diesen Überlieferungen spielt die Figur Abrahams eine wichtige Rolle. Ich will diesen Ansatz in diesem Vortrag zu beschreiben versuchen und steige, um meine Position dabei deutlich zu machen, bei den Problemen ein, die dieses Konzept meines Erachtens mit sich bringt:

Der Rückbezug auf den Bibeltext kann das Gespräch leicht zu Fundamentalismen und in dogmatische Sackgassen führen. Wir lassen uns damit auf eine traditionalistische Sprache ein und gestehen Offenbarungstexten die Autorität zu, aktuelle interreligiöse Beziehungen zu begründen. Die Vielstimmigkeit dieser Texte lässt das zu. Sie beinhalten jedoch immer auch Stimmen, die die Begegnung mit dem Fremden (gerade in religiöser Hinsicht) ablehnen.

Die Hervorhebung der besonderen Gemeinschaft der drei monotheistischen Religionen schließt implizit alle anderen aus. Der gemeinsame Konsens, der im Ein-Gott-Glauben gefunden worden ist, beinhaltet gerade die Ablehnung anderer Religionen, die von diesem Konsens abweichen.

Die Betonung dieses Konsens kann den Eindruck erwecken, alle anderen Differenzen seien demgegenüber unwesentlich. Das verdeckt jedoch unüberwindliche Ge-

gensätze in den Wahrheitsansprüchen, die sich vor allem an den Bekenntnissen zur Trinität oder zur Rolle Mohammeds festmachen. Sogar die Aussage, dass die Juden, Christen und Muslime den gleichen Gott anbeten, ist nur bedingt anwendbar, vor allem deshalb, weil Christen Gott mit Christus identifizieren, worin ihnen Juden und Muslime nicht zustimmen können.

Offenbarungs- und Bekenntnistexte sind nicht die einzigen Identitätsmarker religiöser Gemeinschaften. Sie sind deshalb auch nicht allein bestimmend für das Wesen eines Glaubens. Eine religiöse Wahrheit wird zu einem großen Teil auf einer nicht textlichen Ebene erlebt. Es ist ein Verlust, wenn diese Ebenen bei interreligiösen Begegnungen nicht ernst genommen werden. Vielmehr muss es darum gehen, auch die „Welt“ eines Textes kennen zu lernen.¹

Wenn ich jetzt einige Probleme genannt habe, ist es mir doch wichtig, dass bei all diesen Vorbehalten der Rückbezug dennoch sinnvoll sein kann. Die gemeinsamen religiösen Erzähltraditionen bieten eine gute Grundlage für gegenseitige Wertschätzung – schon allein um der Tatsache willen, dass man um die gleiche Tradition bemüht ist.

Doch darüber hinaus besteht die Chance darin, dass sich alle Gesprächsteilnehmer auf eine Herausforderung einlassen müssen. Und diese Herausforderung steckt schon in der traditionellen Basis jeder Gruppe. Denn die überlieferten Texte beinhalten immer auch Fremdartiges, das nur schwer mit den jeweiligen geschlossenen Glaubenssystemen vereinbar ist. Sie sperren sich gegen die Vereinnahmung durch die religiöse Deutung. Sie sind eine bleibende Herausforderung und nötigen zu interpretatorischen Anstrengungen. Wenn man wahrnimmt, dass diese Texte auch von anderen Gruppen wertgeschätzt werden, dann hat man die Chance, in der Begegnung mit ihnen das Fremde der eigenen Tradition kennen zu lernen.

2. Drei Traditionen: Drei unterschiedliche Ansätze, das Fremde zu integrieren

Obwohl jede der angesprochenen Gruppen ihren exklusiven Wahrheitsanspruch hat, gibt es auch in als orthodox geltenden Positionen Raum, mit Andersgläubigen zusammenzuleben und ihnen offen zu begegnen. Diese

Ansätze will ich kurz skizzieren. Damit lasse ich mich allerdings gerade auf traditionalistische Modelle ein, vor denen ich oben eher gewarnt habe. In Situationen interreligiöser Begegnungen erlebt man immer wieder Öffnungen und Grenzüberschreitungen. Aber die Gespräche kommen auch an Punkte, an denen sich die Dialogpartner zurückziehen, um sich ihres eigenen Standpunktes zu vergewissern. In solchen Momenten spielen klassische Beschreibungen der eigenen Religion eine stärkere Rolle, weil sie Klarheit versprechen. Deshalb will ich hier das Potenzial dieser Modelle ausloten.

Das *Judentum* versteht sich von den biblischen Verheißungen her als das von Gott erwählte Volk. Die Frage der Zugehörigkeit ist weniger die eines Bekenntnisses, sondern wird von der Herkunft dominiert. Von Interesse ist dann vor allem, wie sich Juden dieser Beziehung Gottes zu seinem Volk entsprechend verhalten sollten. Wenn jedoch Gott der Herr der Welt ist, dann sollten auch die Nichtjuden ein positives Gottesverhältnis haben. Diese Sicht wird (wenn auch durchaus nachgeordnet) schon in biblischen Texten deutlich. In der rabbinischen Literatur wird das konzeptionell weiterentwickelt. Die Angehörigen fremder Völker müssten dazu nicht übertreten. Es genügt, wenn sie sich nach den Geboten richten, die Noah gegeben wurden (kein Götzendienst, Unzucht, Mord, Blutgenuss, Unrecht).² Christen und Muslime könnten zu einem gewissen Grad als solche nichtjüdische Glaubens-Gemeinschaften akzeptiert werden. Problematisch ist freilich das christliche Gottesbild, das mit dem Dogma von der Trinität den Monotheismus anzutasten scheint. Ein besonderes Konfliktfeld mit dem Christentum entsteht beim Judentum. Das kann an den Auseinandersetzungen um die heute wachsende Gruppe der messianischen Juden beobachtet werden. Bemerkenswert ist dagegen Maimonides' ausdrückliche Akzeptanz des Islam. Es gibt freilich auch Gegenstimmen innerhalb des Judentums.³ Faktisch sind die Beziehungen sehr konfliktgeladen, was in Bezug auf Juden und Muslime heute sicher auch mit dem Palästina-Konflikt zusammenhängt.

Im frühen *Christentum* ist die Unterscheidung zwischen Juden und Nichtjuden innerhalb der Gemeinden längere Zeit beibehalten worden. Dabei wurde zum Teil auch auf das oben genannte Konzept der noachitischen Gebote zurückgegriffen (vgl. Apg 15).⁴ Schon im Neuen Testament deutet sich jedoch ein anderer Ansatz an, der bis ins 20. Jahrhundert dominant geblieben ist: Die Vorstellung, das wahre Gottesvolk zu sein. Erst infolge der Schoah (und mit einigen Jahrzehnten Verzögerung) wird dieser Gedanke in Deutschland heute nur noch selten formuliert. Beinahe als ein neues Dogma hat sich durchgesetzt, von Gottes bleibendem Bund mit Israel zu sprechen, der durch einen zweiten Bund durch Christus

ergänzt wird. Das Miteinander mit dem Judentum wird deshalb heute in der Kirche ganz anders akzeptiert und tendenziell eher positiv aufgeladen. Das Verhältnis der Kirche zum Islam ist dagegen – obwohl dogmatisch mit ähnlichen Differenzen belastet – ungleich abgekühlter. Das hängt natürlich auch mit dessen nachzeitiger Entstehung zusammen. Mohammed wird im Christentum normalerweise nicht als Prophet akzeptiert, was ihn im Grunde im Licht falscher Prophetie erscheinen lässt. Und oft kann man die Meinung hören "Allah", wie auch die arabischen Christen Gott nennen, sei nicht Gott, sondern ein Götze. Ähnlich hatte auch Martin Luther versucht, den Gott der Juden als "Schem Hamphoras" zu einem Abgott zu stempeln.⁵

Der *Islam* versteht sich als Wiederherstellung und Reinigung der Religion Abrahams. Juden und Christen sind deshalb grundsätzlich auf dem richtigen Weg ("Volk der Schrift"), interpretieren jedoch an entscheidenden Stellen die Offenbarungen falsch (insbesondere in Bezug auf die Trinitätslehre). In islamischen Gesellschaften bildeten sie meist anerkannte Minderheiten, hatten jedoch keinen gleichberechtigten Status.

Wenn von den "abrahamitischen Religionen" gesprochen wird, dann wird damit vor allem dieses muslimische Konzept übernommen und zur Grundlage von interreligiösen Begegnungen gemacht. Allerdings setzt es bei den biblischen Überlieferungen zu Abraham an: In den Vätergeschichten der Genesis wird über Abraham die (durchaus spannungsvolle) Verwandtschaft Israels mit seinen Nachbarvölkern und deren partielle Teilhabe am Segen beschrieben. Auch Paulus versucht mit Abraham das Nebeneinander von Juden und Christen zu erklären (Röm 4; Gal 3) – auch das sehr spannungsgeladen. Wenn nun auch Muslime in dieses besondere Verhältnis mit einbezogen werden, dann geschieht das auf der Grundlage ihres Anspruches, sich auch auf die gleiche Offenbarung zu beziehen und Islam auf den Monotheismus Abrahams zu beschränken. Es soll deshalb im folgenden zu beschreiben versucht werden, ob dieser Anspruch der Muslime aus christlicher Sicht ansatzweise akzeptiert werden kann.

3. Ist es aus christlicher Sicht sachgemäß, dass Muslime sich auf die biblische Tradition berufen?

Der Koran hat eine spezifische Form, Erzählstoffe darzubieten. Es sind aufs Ganze gesehen nur sehr ausgewählte Stoffe. Nicht vom Umfang, sondern von der Prominenz der gewählten Themen her repräsentieren sie die biblische Tradition. Sie haben hauptsächlich die Funktion, die Prophetie Mohammeds in Szene zu setzen. Vergleicht man sie mit den biblischen Fassungen, dann fallen natürlich die starken Differenzen auf. Gera-

de in diesen Differenzen stimmt der Koran aber oft mit mündlichen Überlieferungen zeitgenössischer Juden und Christen überein.

Sure 37,100-107⁶

[Abraham:] „... O mein Herr, schenk mir einen von den Rechtschaffenen.“ Da verkündeten wir ihm einen langmütigen Knaben. Als dieser das Alter erreichte, dass er mit ihm laufen konnte, sagte er: „Mein lieber Sohn, ich sehe im Schlaf, dass ich dich schlachte. Schau jetzt, was du meinst.“ Er sagte: „O mein Vater, tu, was dir befohlen wird. Du wirst finden, so Gott will, dass ich zu den Standhaften gehöre.“ Als sie sich beide ergeben gezeigt hatten und er ihn auf die eine Stirnseite niedergeworfen hatte, da riefen Wir ihm zu: „O Abraham, du hast das Traumgesicht wahrgemacht.“ So entlohnen wir die Rechtschaffenen. Das ist die offenkundige Prüfung. Und wir lösten ihn mit einem großen Schlachtopfer aus.

Midrasch rabba zu Gen 22⁷

In dem Augenblick, als Abraham seinen Sohn Isaak binden wollte, sprach dieser: „Vater, ich bin jung und ich fürchte, wenn ich das Messer sehe, mein Körper möchte vor Schrecken zittern. ... Binde mich recht fest!“

Vergleicht man den zuerst zitierten Text, die Fassung des Koran von der „Bindung Isaaks“ mit dem bekannten biblischen Text, dann fällt einerseits bei allen Abweichungen die inhaltliche Übereinstimmung der Erzählungen auf. Der Gehorsam Abrahams wird durch den Befehl zur Opferung des ersehnten Sohnes auf die Probe gestellt, was am Ende gerade noch rechtzeitig gestoppt und durch ein Tieropfer ersetzt wird. Gleichzeitig fallen jedoch die Unterschiede auf: Etwa dass es sich um eine Traumoffenbarung handelt, oder dass der zu opfernde Sohn voll in den Plan eingeweiht wird. Diese Differenz zum Bibeltext hat der Koran jedoch mit dem zweiten Beispieltext gemein – dem jüdischen Midrasch (einem Bibelkommentar) Genesis Rabba. In beiden Fällen wird deutlich die Zustimmung des Sohnes zur Opferung hervorgehoben.

Soll diese Nähe des Koran zur jüdischen und christlichen Auslegungstradition historisch erklärt werden, gerät man leicht in Versuchung, bzw. in den Verdacht, die Offenbarung des Koran widerlegen zu wollen. Denn es erscheint plausibel, den offenbar abgeleiteten Charakter der koranischen Fassungen als Nachweis ihrer Nicht-Originalität zu beurteilen – besonders da er mit Textfassungen vergleichbar ist, die innerhalb von Judentum und Christentum als klar sekundär eingeschätzt werden (Midraschim und Apokryphen).

Der Koran bezieht sich jedoch ausdrücklich nicht auf eine schriftliche Textfassung der Bibel, sondern auf eine himmlische Urfassung (*umm al-kitab* – Sure 3,7 u.ö.) der-

selben, die die Grundlage konkreter Offenbarungen an einzelne Völker darstellt (Sure 14,4). Es macht aus christlicher Sicht durchaus Sinn, die mündlichen Erzähltraditionen arabischer Juden und Christen als adäquate Reaktualisierungen des Bibeltextes zu verstehen. Genau auf diese aktuelle mündliche Bibel würde der Koran dann Bezug nehmen.⁸ Dieses Konzept scheint (neben anderen) ein Ansatz im Koran zu sein, von einer gewissen offenen Hermeneutik den verschiedenen konkreten Offenbarungsurkunden gegenüber auszugehen.

Um jedoch den oben angedeuteten Verdacht abzuwehren, die Offenbarungen Mohammeds seien abgeleitet, wird von vielen Muslimen bestritten, dass im Umfeld Mohammeds die biblischen Überlieferungen so lebendig gewesen seien. Gerade im Islam – wir werden das weiter unten sehen – gilt die Historizität als primäres Kriterium einer religiösen Wahrheit. Es soll betont werden, dass Mohammed diese biblischen Geschichten nicht schon als bekannt voraussetzte, sondern dass er den gesamten Text wortwörtlich offenbart bekommen und damit den Arabern die genuin für sie bestimmte Offenbarung gebracht hat, die ihnen im Koran unverfälscht vorliege (Ahmed Abdelsalam hat nach diesem Vortrag darauf aufmerksam gemacht, dass dieses in Europa gern rezipierte Konzept von der Uroffenbarung *umm al-kitab* unter Muslimen kaum Beachtung findet, da es viel zu offen und undeutlich bleibt).

Exkurs zum historischen Mohammed

Wenn ich eben die historische Wahrscheinlichkeit benannt habe, dass der Koran auf biblische Traditionen bei arabischen Juden und Christen Bezug nimmt, gehe ich von einem relativ konservativen Geschichtsbild aus, das den islamischen Quellen über die Umstände der Offenbarung nicht von vornherein jeglichen historischen Wert abspricht. Die Begründung finde ich schon in der Sache selbst (da ich den Wert der literarischen Quellen in überlieferungsgeschichtlicher Hinsicht nicht einschätzen kann), denn es hat eine höhere Plausibilität davon auszugehen, dass der Koran im Kern auf das Auftreten des Propheten Mohammed zurückgeht, als davon, es handele sich um ein literarisches Konstrukt späterer Zeit. Ein solches bewusstes Konstrukt sollte m. E. eine größere Geschlossenheit in sich aufweisen. Angelika Neuwirth erklärt daher durchaus plausibel die Entstehung des Koran nicht mit einfachen literarischen Abhängigkeiten, sondern als Ergebnis eines komplexen kommunikativen Prozesses.⁹ Unter anderem spricht auch die eher wage Vorstellung vom Heiligen Land als einer wenig konkret bezeichneten „weit entfernten“¹⁰ Größe dafür, dass der Koran nicht in einem Kernland jüdischer oder christlicher Kultur entstanden ist, sondern eine relativ große Distanz voraussetzt. Allerdings

setze ich – gegen die traditionelle Sicht – voraus, dass biblische Stoffe im Umfeld Mohammeds durchaus bekannt waren.¹¹

Solche historischen Überlegungen können über aktuelle Ausprägungen des Islam allerdings nur relativ wenig aussagen. Viel wichtiger finde ich, dass diese Glaubensgemeinschaft heute faktisch sehr viel dazu beiträgt, dass biblische Stoffe, Namen und Themen öffentlich präsent sind. Falls es als ein Wert „abendländischer Kultur“, oder wie man es auch nennen will, angesehen wird, dass Noah, Abraham oder Mose zum Bildungskanon gehören, dann tragen die islamischen Gemeinden in unserem Land ihren Teil dazu bei. Ich will noch etwas weiter gehen: Von außen betrachtet repräsentieren die „abrahamitischen Religionen“ den Glauben an den einen Gott. Wird dieser Glaube insgesamt in Frage gestellt, dann sind wir zusammen herausgefordert, den positiven Beitrag dieses Glaubens verantwortlich zu bezeugen. Ungeachtet sieht man sich dadurch auch mit jenen Vertretern des Glaubens auf eine Seite gestellt, deren hermeneutische Konzepte man für grundsätzlich falsch hält. Es ist sinnvoll sich hier abzugrenzen. Trotzdem ist es auch hilfreich, sich gemeinsam um eine akzeptable Außenwirkung zu bemühen.

Bezugnehmend auf das oben gewählte Beispiel gemeinsamer biblischer Tradition – die Opferung Isaaks – wird ein problematisches Element dieser Überlieferung deutlich, das wir gemeinsam deutend verantworten müssen: Die Geschichte erzählt einen Grundkonflikt monotheistischer Religiosität, dass nämlich die absolute Inanspruchnahme des Menschen durch Gott ihn in tiefe zwischenmenschliche Konflikte führen kann. Diese Spannung auszuhalten oder zu klären ist eine bleibende Deutungsaufgabe für Juden, Christen und Muslime.

Es ist also – um die Fragestellung dieses Kapitels zu beantworten – durchaus sachgemäß davon zu sprechen, dass es neben der jüdischen und der christlichen auch eine islamische Überlieferung biblischer Stoffe gibt. Insofern ist es richtig, diesen muslimischen Anspruch, eine biblische Religion zu sein, ernst zu nehmen. Das tue ich hiermit und komme damit zu einer weiteren Frage:

4. Werden Muslime diesem Selbstanspruch aus christlicher Sicht gerecht?

In den alten und bis heute sehr populären Kommentaren zum Koran (z. B. Tabari) werden Informationen von Juden und Christen sehr ausführlich mit herangezogen, um den Kontext der Offenbarung zu klären. Es zeigt sich darin ein deutliches Bewusstsein in der gleichen Tradition zu stehen. Diese Arbeitsweise stützt sich

unter anderem auf einen Ausspruch des Propheten (Hadith): „Erzählt über die Kinder Israel und schämt euch dessen nicht.“¹²

Nach al-Tabarsi zu Sure 37¹³

Ein alter Mann begegnete Abraham und fragte ihn, was er mit dem Jungen vorhabe. Abraham antwortete, dass er ihn schlachten wolle. „Das möge Gott verhindern! Du willst einen unschuldigen Jungen opfern?“ Abraham antwortete, dass Gott es ihm befohlen habe. Der Mann erwidert, dass es der Satan gewesen sein muss, der das befohlen hat. Abraham antwortet: „Wehe dir! Ich weiß, dass ich wirklich eine göttliche Offenbarung erhalten habe.“ Der Mann wiederholt, dass es der Satan gewesen sein muss, aber Abraham lehnte es ab, weiter mit ihm zu reden.

Midrasch Tanchuma zu Gen 22¹⁴

... Und es begegnete ihm auf dem Weg der Satan in Gestalt eines Alten. Und er fragte: „Wo gehst Du hin?“ Er sprach zu ihm: „Um zu beten.“ ... Er sprach: „Alter, ich war nicht dabei, als Gott (andere Versionen: Satan) zu dir sprach: ‚Nimm deinen Sohn ...‘ Und ein Alter wie du geht und richtet den Sohn zugrunde, der ihm mit 100 Jahren gegeben wurde! ... Und wenn du denkst, du bekämest einen anderen Sohn: Du hast auf den Ankläger (mastin) gehört! Du hast eine Seele zugrunde gerichtet. Das wird dir im Gericht angerechnet.“ Er sagte zu ihm: „Es war nicht der Ankläger (mastin), sondern Gott. Ich werde nicht auf dich hören.“

Auch hier wird wieder eine große Nähe zwischen dem Korankommentar und einem jüdischen Midrasch deutlich (obwohl es in diesem Fall zeitlich auch nicht ausgeschlossen ist, dass die Beeinflussung in umgekehrter Richtung verlief). Es ist wahrscheinlich – und das bestreitet auch niemand –, dass solche Erklärungen ganz bewusst die Literatur des rabbinischen Judentums rezipiert haben, weil von daher der nähere Kontext der Erzählung erhellt werden konnte.

Allerdings gibt es auch schon sehr früh starke Kritik an dieser Vorgehensweise, weil die jüdischen und christlichen Quellen tendenziell als verfälscht gelten (Vgl. schon Sure 2,75 u.ö.). Hier gilt der Grundsatz, dass man sich vor den Zweifelsfällen lieber fernhalten sollte (al-Nawawi VI¹⁵). Dem schließt sich sachgemäß ein Hadith an, in dem es heißt: „Glaubt an die Tora, den *zabur* (den Psalter) und das Evangelium, aber begnügt euch mit dem Koran!“¹⁶

Tabari zur Frage: Isaak oder Ismael¹⁷

Die frühen Weisen und religiösen Gelehrten des Volkes unseres Propheten waren uneins, welchen von Abrahams Söhnen ihm zu opfern befohlen worden war. Einige sagten, es war Isaak, und andere sagten, es war Isma-

el. Beide Behauptungen gründen sich auf die Autorität des Gesandten Gottes. Wenn beide vollständig begründet wären, würden wir niemanden belästigen. Aber vom Koran her ist es klarer und einleuchtender, dass es Isaak war.

Ibn Kathir zur Frage: Isaak oder Ismael¹⁸

Der Junge (der geopfert werden sollte) ist Ismael. ... Nach ihnen (den Schriftbesitzern) befahl Gott Abraham seinen einzigen Sohn zu opfern. ... Sie fügten Isaak hier hinzu. ... Aber das widerspricht ihrem eigenen Buch. ... Isaak ist ihr Vater, aber Ismael der Vater der Araber. Deshalb fügten sie ihn hinzu und änderten die Bedeutung von „deinen einzigen Sohn“ in „du hast keinen anderen als ihn.“ ...

Die Erzählung, dass es Isaak war, kam von Ka`ab al-Ahbar. ... Als er während des Kaliphats von Umar dem Islam beitrug, begann er Umar Überlieferungen zu berichten mit der Autorität seiner alten Bücher. ... Das islamische Volk bedarf aber keiner einzigen dieser Traditionen.

Die im Koran offene Frage, um welchen Sohn es in der Geschichte eigentlich gehe, Isaak oder Ismael, wurde von den Kommentatoren kontrovers diskutiert. Dass dabei die engere Verbundenheit der Juden mit Isaak und der Muslime mit Ismael eine nicht unwesentliche Rolle spielt, ist klar und wird von Ibn Kathir offen angesprochen. Sowohl Tabari, als auch Ibn Kathir argumentieren exegetisch. Tabari weiß, dass beide Lösungsvorschläge von Muslimen vertreten wurden. Er begründet aber seine Entscheidung für Isaak mit exegetischen Beobachtungen innerhalb des Koran. Ibn Kathir vertritt die gegenteilige Position, was auch mit seiner zum Ende artikulierten Ansicht zusammenhängt, dass die Informationen aus Judentum und Christentum für Muslime in keiner Weise relevant seien. Um so erstaunlicher ist es, dass er sich auf zwei schriftliche Fassungen des Textes von Gen 22,2 bezieht. Sie (oder arabische Übersetzungen) müssen ihm also zugänglich gewesen sein! Nachdem ihm schon diese zwei Varianten Nachweis dafür sind, dass der jüdische Text nicht rein überliefert ist, ergänzt er diesen Verdacht durch eine literarkritische Hypothese, dass nämlich in dem besagten Vers eine überlange Kette von Appositionen vorliegt, deren letztes Glied, Isaak, dann wohl nachträglich eingefügt worden wäre.

Mit der Etablierung der Hadithwissenschaft spielte die historische Überprüfbarkeit von Glaubensaussagen eine entscheidende Rolle im Islam. Schon im Vergleich mit dem Bibeltext wurde deutlich, dass die jüdischen und christlichen Quellen der älteren Korankommentatoren eine Vielstimmigkeit aufwiesen, die diesem historischen Anspruch auf eindeutig Belegbares nicht mehr genügen konnte.

Der Begriff für solche Überlieferungen (*isrâ'liyyât*), dessen Gebrauch Ibn Kathir systematisiert hat,¹⁹ ist insgesamt heute eher negativ besetzt. Er dient oft einfach dazu, eine Tradition innerhalb einer islamischen Gemeinschaft als falsch zu charakterisieren. Gerade die Figur des jüdischen Konvertiten Ka`ab al-Ahbar wird dafür verantwortlich gemacht, sodass gern auch gesagt werden kann, er sei nur zum Schein Muslim geworden.²⁰

5. Fazit

Ähnlich wie Christen zum Alten Testament haben Muslime zur Bibel ein ambivalentes Verhältnis. Sie beanspruchen sie zwar als eigene Offenbarung, beurteilen die Überlieferungen von Juden und Christen jedoch mit starker Skepsis. Monotheistische Religionen werden von außen gern insgesamt wegen der ihrem Glauben innewohnenden Radikalität hinterfragt. Man kann es sich leicht machen und die unangenehmen Teile auf die anderen Glaubensrichtungen auslagern. Die abrahamitischen Begegnungen haben deshalb den Sinn, den radikalen Anspruch durch den einen Gott als eine gemeinsame (nämlich biblische) Tradition wahrzunehmen und sich im Gespräch um eine verantwortliche Deutung dessen zu bemühen.

Fußnoten

- 1 Vgl. Stefan Alkier, Fremde Welten verstehen lernen, Zeitschrift für Neues Testament 5 (2000), 49-55.
- 2 Vgl. Klaus Müller, Tora für die Völker, SKJ 15, Berlin 1994, vor allem: 25-33.
- 3 Vgl. Martin Jacobs, Islamische Geschichte in jüdischen Chroniken, TSMJ 18, Tübingen 2004, 153.
- 4 Vgl. Otto Böcher, Das sogenannte Aposteldekret, in: FS J.Gnilka, Freiburg im Breisgau 1989, 325-336.
- 5 Martin Luther, Vom Schem Hamphoras und vom Geschlecht Christi, WA 53, 579-648.
- 6 Übersetzung: Adel Theodor Khoury, Der Koran, Gütersloh 2007, 422.
- 7 August Wünsche, Der Midrasch Bereschit Rabba, Leipzig 1881, 268.
- 8 Vgl. Firestone, Journeys in Holy Lands, New York 1990, 11-21.
- 9 Angelika Neuwirth, Zur Archäologie einer heiligen Schrift, in: Christoph Burgmer (Hrsg.), Streit um den Koran, 2005, 82-97.
- 10 Vgl. Sure 17,1.
- 11 Vgl. die Beschreibung der Literalität im vorislamischen Arabien bei Peter Stein, Stein vs. Holz ..., Die Welt des Orients 35 (2005), 118-157, hier: 118-121.
- 12 al-Buchari IV,56,667.
- 13 Firestone, 112 (deutsche Übersetzungen vom jth).
- 14 Midrsch Tanchuma, Jerusalem 1974/75, S. 92; wayyera 21.
- 15 Al-Nawawi, Das Buch der vierzig Hadithe, Frankfurt am Main/ Leipzig 2007, 65.
- 16 M.J. Kister, Studies in Jâhiliyya and Early Islam, Reprint 1980, 239.
- 17 Firestone, 136f.
- 18 Ebd., 138f.
- 19 Roberto Tottoli, Origin and Use of the Term *isrâ'liyyât* in Muslim Literature, Arabica 46 (1999), 202-206.
- 20 Kaab al-Ahbar, http://www.eslam.de/begriffe/k/kab_al-ahbar.htm, Zugriff am 30.10.2008.

HANS-JÜRGEN KUTZNER

Grenzen der Freiheit am Beispiel des Islam in der westlichen Gesellschaft

1. Vorbemerkung: Was ich ganz bestimmt *nicht* tun werde

Ich begeben mich ungern auf Glatteis. Über Dinge reden, von denen ich nichts oder nicht genug verstehe, vermeide ich, wo immer dies möglich ist. Und vollends, wenn das Thema der Sache nach eher auf Globalität angelegt ist, auf Katholizität, auf Allgemeingültigkeit. Zu solch gewaltigen und nur schwer zu konturierenden Themen gehört für mich eben auch der interreligiöse Dialog. Über seine Voraussetzungen und Rahmenbedingungen müssen diejenigen, die ihn zu führen gedenken, stets auf's Neue sich verständigen. Und dies – so mein Eindruck – situativ je und je neu und stets wieder unter ständiger Zur-Disposition-Stellung apriorischer Positionen. Es ist ja nicht so, dass „Dialog“ quasi als Raster, als Koordinatensystem, als quantifizierbarer und jederzeit abrufbarer Apparat aus entsprechendem geistigen Handwerkszeug, bereit stünde, damit die Beteiligten nur danach greifen und dann zu arbeiten anfangen könnten. Wir hätten es nach einem solchen Modell mit einem in seinem Instrumentarium selbstevidenten hermeneutischen Prozess zu tun, in dessen Verlauf „Dialog“ den roten Faden bildete, an dem entlang die *topoi* und *essentials* der jeweiligen Dia- bzw. – wie im Falle der sogenannten abrahamitischen Ökumene – *Tri*alog-Partner abzarbeiten wären. Am Ende stünde dann ...–: ja, was denn? Die große Synthese, der *magnus consensus*, der kleinste gemeinsame Nenner, das Aktionsbündnis? Die Aporien dieses zweifellos wohlmeinenden Konzeptes sind mittlerweile hinreichend bekannt.

Ich werde also versuchen, mich in strikter Selbstbeschränkung zu üben. Und dabei so konkret wie möglich zu bleiben. Nicht Schlussfolgerungen vorwegnehmen und griffige Thesen zu formulieren, sondern möglichst viele Bausteine zusammen zu tragen, aus denen sich dann das eine oder andere ergeben mag. Ich rede also bewusst und mit Bedacht nur von dem ganz kleinen Segment gesellschaftlicher und kirchlicher Wirklichkeit, in dem ich lebe und arbeite und das mich mit Menschen zusammenführt, von denen ich Ihnen ein wenig erzählen möchte.

1.1. Mein Aufgabenfeld

Meine offizielle Berufsbezeichnung lautet, ebenso umständlich wie präzise in sprachliche Form gegossen: „Der Beauftragte der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche

Hannovers für die Seelsorge an Iranerinnen und Iranern.“ Ich bin also von einer christlichen Kirche in unserem Land, einer Mitgliedskirche der EKD, angestellt, um mich um Leute aus dem Iran zu kümmern. Nicht von vornherein um christliche Iranerinnen und Iraner, aber in der überwiegenden Zahl aller Fälle um Flüchtlinge. Das festzuhalten ist mir wichtig, denn bei den mir Anvertrauten handelt es sich nicht einfach um Menschen mit „Migrationshintergrund“, wie uns solche Begriffe inzwischen auf Neuhochdeutsch ganz gut von der Zunge gehen, sondern um Menschen, deren Rechtsstatus in ihrem Herkunftsland unsicher war – sie hatten Konflikte mit dem Regime ihrer Heimat –, deren Rechtsstatus bei *uns* aber nun eben auch in den meisten Fällen mehr als unsicher ist. Erfahrungen in abgeschirmten Gemeinschaftsunterkünften, vielfach unter nicht gerade menschenwürdigen Bedingungen, Erfahrungen mit deutschen Behörden, in denen nur allzu oft nichts weiter als gegenseitiges Missverstehen kultiviert wird, und dann die ganz spezifische Form des Spracherwerbs: das alles prägt den Alltag dieser Menschen. Was den Spracherwerb angeht: die ersten deutschen Vokabeln, die man als Asylbewerber lernt, heißen „Duldung“, „Abschiebung“, „Befristete Aufenthaltserlaubnis“, „Umverteilung“ usw. Sie werden zugeben: zu den zentralen Begriffen des aktiven Sprachschatzes zählen alle diese Worte *nicht*. Aber eine solche Sammlung wirft ein deutliches Licht auf die Art, wie Deutschland diejenigen, die bei uns nach einer neuen Heimat suchen, unsere Wirklichkeit wahrnehmen lehrt.

Solche Menschen kommen zu mir. Meist sind es junge, alleinstehende Männer zwischen 25 und 45 Jahren. Isoziiert von Familie, Freundeskreis, Gesinnungsgenossen. In vielen Fällen in wenig sensibler Weise zusammengespart in Gemeinschaftsunterkünften, in denen jede Form von Privatsphäre verunmöglicht ist. Diese Menschen haben Ängste und Nöte. Wie lange dürfen sie bleiben und in welchem Bundesland? Werden sie irgendwann eine Arbeitserlaubnis erhalten? Die meisten haben einen guten Schulabschluss und in vielen Fällen mindestens ein angefangenes Hochschulstudium, können dies aber nicht mit entsprechenden Papieren belegen. Wenn sie dann nach mehreren Jahren zermürbendem Nichtstuns einen Job als Aushilfs-Reinigungskraft bei „McDonald's“ ergattern, müssen sie froh sein. Und sind es meistens auch, obwohl sie daheim Medizin, Informatik oder Philosophie studiert haben.

1.2. Selbstbeschränkungen

Von vornherein ist klar, dass der kurz skizzierte Kontext des Asylantenalltags den primären Bezugsrahmen meines Arbeitsfeldes bildet. Von diesem Kontext her kommen dann die weiteren Problemfelder in den Blick: wie lässt es sich umgehen mit dem Alleinsein, mit der

Isolation, auch – und das stelle ich bei nahezu 100% aller Flüchtlinge aus dem Iran fest – mit dem ausgeprägten Heimweh. Wie oft höre ich Sätze wie diesen: „Ach, Vater, in meiner Heimat ist es so schön; der Iran ist für mich das schönste Land der Welt. Wie gern kehrte ich dahin zurück, wenn dieses Regime nicht wäre. Sie müssen mir versprechen: wenn das dort alles vorbei ist, dann müssen Sie mich besuchen kommen, und dann zeige ich Ihnen, wie wunderschön es bei uns ist!“ Es tut mir in der Seele weh, wenn dann solche Leute als „Wirtschaftsflüchtlinge“ bezeichnet werden, als Menschen, die sich hier nur „durchfuttern“ wollten und dergleichen.

Heimat: das ist ein wichtiges Stichwort. Diese Menschen sind ihrer Heimat beraubt, und das in vielschichtiger Weise und auf subtilen Ebenen. Das Aussehen der Menschen ist anders, die Sprache ist – wiewohl indoeuropäischen Ursprungs – schwierig zu erlernen (und im Vergleich zum Persischen birgt die deutsche Sprache ungleich mehr Tücken, Fallstricke und Stolpersteine in sich). Familiäre Strukturen spielen längst nicht *die* Rolle, die man von daheim gewohnt ist. Höflichkeitsformen, die im Iran eine große Rolle spielen, sind im Umgang hierzulande nahezu unbekannt. Das Klima ist anders, das Essen schmeckt anders, die Einstellung zum Leben ist eine andere. Vielfach vergleichen die mir Anvertrauten ihre gegenwärtige Lebenssituation als eine im wahrsten Sinne des Wortes „auf der Straße“. Das meint: wir haben *ein* Haus verlassen; dort kannten wir uns aus, jeder Winkel war uns vertraut, die Einrichtung, die Tapeten, die Gerüche, die Bewohner. Aber wir mussten dieses Haus verlassen. Verfolgung und Demütigung und Gefängnis und Folter haben uns vertrieben. Wir stehen nun auf einer sehr breiten Straße, haben die gegenüberliegende Seite noch lange nicht erreicht und kämpfen uns vorläufig noch an den Autos, Motorrädern, Lastwagen vorbei, unter deren Räder wir zu geraten drohen. Und in dieser Situation fassen wir von ferne das Haus auf der *gegenüberliegenden* Straßenseite ins Auge.

Wir kennen dieses Haus vorerst überhaupt noch nicht. Aber es wird zum Objekt, zur Projektionsfläche unserer Sehnsüchte, unserer Phantasie. All unsere Hoffnungen und Erwartungen übertragen wir auf dieses Haus, das wir nur von außen und nur von weitem kennen. Und in dieser Situation des Bangens, der Erwartung, der Hoffnung wenden wir uns an den Iranbeauftragten der Kirche, und wir fragen ihn über dieses neue, uns noch so unbekanntes Haus, von dem er uns vielleicht etwas erzählen kann.

Was ist nun meine Aufgabe? Ich versuche, den Fragen darin zu begegnen, dass ich die Situation des Fragenden ernstnehme, mich wenigstens ein Stückchen auf die Unter- und Obertöne seiner Fragestellung einzulassen und

ihn vor allen Dingen nicht gleich mit Antworten zu konfrontieren, die im Rahmen meiner Denkvoraussetzungen stimmig sein mögen, aus seiner Sicht hingegen nicht einsehbar mit seinen Fragen korrelieren. In einer solchen immer wieder aufs Neue offenen Situation *kann* ich nicht Missionar sein, schon gar nicht Missionar mit einem fertigen Konzept. Am liebsten ist es mir, wenn der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses gelingt: wir versuchen gemeinsam, von seinen Fragen ausgehend, im Rahmen der sich hier in Deutschland bietenden Möglichkeiten nach Antworten zu suchen, die der neue Kontext für ihn bereithalten mag, die aber mit seinen Voraussetzungen kompatibel bleiben müssen. Eine Seelsorge, die sich in dieser Weise versteht, sieht den anderen nicht als Objekt, sondern als das Subjekt der betreffenden Situation, in welcher ich als ein anderes Subjekt versuche, ihn ein kleines Stück seines Weges zu begleiten.

2. Beobachtungen aus der Praxis

Das bisher Gemeinte – Sie mögen es ahnen – hat natürlich nun doch in einer ganz spezifischen Weise etwas mit unserem Thema „Dialog“ zu tun, allerdings weder im Sinne eines Programms noch einer bestimmten Methode. Vielleicht ist es am besten, wenn ich von einer konkreten Situation berichte. Dabei kann es sich als hilfreich erweisen, die zu beschreibende Situation aus drei unterschiedlichen Blickwinkeln zu erzählen zu versuchen: aus derjenigen des Betroffenen, aus derjenigen eines Vertreters seines deutschen Kontextes und aus dem meinigen als Seelsorger.

2.1. Ein Fallbeispiel

Masoud hat zu Hause einer aktiven Studentengruppe angehört, die sich für einen gemäßigten Islam einsetzte. Die jungen Männer kamen zusammen, um gemeinsam den Koran zu lesen, um aus ihm Handlungsanweisungen für ein gerechtes Zusammenleben der Menschen untereinander zu gewinnen. Die Freunde trafen sich regelmäßig an der Universität, man lernte gemeinsam, und auch in der Freizeit unternahm man einiges miteinander. Gelegentlich ging man auch mal ein Glas Wein miteinander trinken, vielleicht auch ins Kino. Das war oftmals der einzige Ort, an dem man wenigstens von fern einmal junge Mädchen oder Frauen zu sehen bekam. Ein verstohlener Flirt mit kurzen, scheuen Blicken unter dem Kopftuch hervor: das musste genügen. Masoud und seine Freunde verstanden sich als gute Muslime, als gute Demokraten, nicht radikal. Sie und ihre Eltern hatten den Staatspräsidenten Khatami gewählt, von dem sie sich eine vorsichtige Liberalisierung ihres politischen Systems erhofften. Gelegentlich hörte man westliche Popmusik und redete im Teehaus über Gott und die Welt.

Eines Tages hatten die Revolutionsgarden bei Masouds Eltern vor der Tür gestanden. Mina, Masouds jüngere Schwester, war angeblich mit einem jungen Mann bei „unzüchtigen Handlungen“ im Stadtpark gesehen worden (damit keine Missverständnisse aufkommen: es heißt, die beiden hätten sich öffentlich geküsst). Eine Lawine kam ins Rollen: der Vater wurde mitgenommen; man sagte ihm Verbindungen zu einer verbotenen oppositionellen Partei nach. Auch in Masouds Studentenclique tauchten die Wächter der Revolution auf. Fragen, Verhöre, Verdächtigungen. Es wurde den Freunden verboten, sich künftig zu versammeln. Auf Schritt und Tritt fühlte Masoud sich verfolgt. Wem konnte er noch trauen? Hatten Freunde ihn womöglich schon angeschwärzt, um den eigenen Kopf aus der Schlinge zu ziehen? Und was ist dran an den Gerüchten, dass man eine Cousine in einer fernen Provinzstadt ganz ähnlich wie Mina der „Unzucht“ angeklagt habe und sie möglicherweise sogar die Steinigung erwarte? Was in Teheran nicht so ohne weiteres möglich war, konnte sich in entlegeneren Landesteilen durchaus zutragen.

Masoud bekam es immer mehr mit der Angst zu tun. Diram, ein christlicher Kommilitone von ihm, der der uralten armenischen Kirche angehört, ist eines Tages plötzlich verschwunden. Und als dann die Revolutionsgarden bei ihm, Masoud, nachfragen, wie es denn um *seine* Kontakte zu den Christen bestellt sei, ob er womöglich heimlich die Bibel gelesen habe und beabsichtige, sich taufen zu lassen, da fasst Masoud das nackte Entsetzen. Zwischen Panik und Resignation erkennt er, dass seines Bleibens in diesem Lande nicht mehr länger sein kann. Die Familie sieht das ein. Ein wohlhabender Onkel hilft mit, die Flucht zu organisieren. Was folgt, ist eine wochenlange, entbehrungsreiche Odyssee, in deren Verlauf Masoud mehr als einmal vor Verzweiflung aufgeben will.

Nach vielen Wochen taucht er in einem Auffanglager in Deutschland auf. Er teilt sich den Raum mit drei Landsleuten, das heißt, mehr als die Herkunft aus dem Iran haben die vier zunächst mal nichts gemein. Ein Kurde ist dabei, ein Aserbaidzhaner und ein Mann vom Golf, aus dem tiefen Süden, und die kulturellen und sprachlichen Unterschiede zwischen ihnen sind beträchtlich größer als etwa diejenigen zwischen Sachsen, Schleswig-Holsteinern, Berlinern und Bayern sein mögen. Das Misstrauen, das Masoud notgedrungen daheim gelernt hat, es setzt sich hier, in der fremden Umgebung, fort. Und dabei könnte man hier doch so notwendig eins gebrauchen: Solidarität. Aber die will sich nicht einstellen.

Einer meiner Mitarbeiter ruft mich an. Gemeinsame Freunde, die im Asylheim so etwas wie eine kleine Sozialarbeit aufgebaut haben, den Neuankömmlingen bei Behördengängen helfen, Verbindungen zu Anwälten

herstellen, ein Kennenlern-Programm des deutschen Umfeldes organisieren, haben mich auf Masoud hingewiesen. Und nun sitzt er mir gegenüber und berichtet. Natürlich, mein Assistent ist dabei, als Vertrauensmann, besonders aber auch für mich, denn mein winziger persischer Sprachschatz würde für ein solches Gespräch nie und nimmer ausreichen.

2.2. Wahrnehmung aus Sicht der Betroffenen

Masoud beginnt: „Vater, das ist schön, dass Sie da sind. Ich habe Ihnen von meinem Leben in Teheran erzählt, von meinen Eltern, von meiner Schwester, von meinen Freunden, auch von Diram, dem Armenier. Heimlich haben wir beide manchmal in der Bibel gelesen. Und damals habe ich das, was ich da gelesen habe, die Geschichten von Jesus zum Beispiel, mit dem Koran verglichen. Mit den Suren, in denen von Jesus, dem Propheten, berichtet wird. Der nicht der Sohn Gottes sein will, denn Gott ist so groß, dass ihm keiner gleicht und kein zweites Wesen zugesellt werden kann. Je mehr ich mich in diese Dinge vertiefte, desto größer wurden meine Fragen, aber Diram traute sich nicht, mich einmal mitzunehmen in seinen Gottesdienst, denn zu diesem Zeitpunkt wurden wir beide schon von den Revolutionswächtern beobachtet. Und im Seminar, an der Uni, da habe ich mich nur einmal getraut, eine Frage zu stellen, die sich auf das unterschiedliche Verständnis Jesu im Koran und im Neuen Testament bezog. Ich wurde unmissverständlich darauf hingewiesen, allein solche Fragen seien unzulässig und schmälerten die Größe und Allmacht Gottes. Als ich dann mitbekam, wie man meine kleine Schwester behandelte, wie mein Vater verhört wurde, wie Diram verschwand und wie am Ende sogar unsere Cousine Mahdiye gesteinigt worden sein soll, und das alles im Namen Allahs, des Allbarmherzigen, und das alles, ohne dass ich irgendeine Chance bekommen hätte, meine Fragen offen zu stellen, geschweige denn mit jemandem darüber zu reden...: da beschloss ich in meinem Herzen, dass ich mehr wissen wolle über Dirams Glauben, über die Bibel, über die Kirche. Vater, können Sie mir helfen? Ich bin ziemlich verunsichert. Nach allem, was ich erlebt habe, kann ich mich nicht mehr als Muslim bezeichnen. Aber hier, da ist doch ein christliches Land; hier ist doch alles ganz anders. Ob Sie's glauben oder nicht, aber ich empfinde das wirklich so: wenn ich zu Hause eine Moschee betrat, dann hatte ich immer das unbestimmte Gefühl, als herrsche dort zumindest eine angespannte Atmosphäre, und im Laufe der Zeit verstärkte sich dieses Gefühl. Es war mir, als hätte ich am Ende keine Luft zum Atmen dort, soviel Feindseligkeit und Aggression und Hass schlugen mir entgegen. Ich konnte mich gar nicht dagegen wehren, aber ich empfand das eben so. Und wem hätte ich mich anvertrauen sollen? Hier, wenn ich in der Stadt bei der Ausländerbehörde war, setze ich mich manchmal in

eine Kirche, die in der gleichen Straße liegt. Wie viel anders ist die Atmosphäre dort! Friede, Verständnis, Liebe: das alles empfinde ich dort, und auch *dieses* Empfinden kann ich weder erklären noch willentlich herbeiführen. Ich weiß nur eines ganz bestimmt: dieses Empfinden ist authentisch. Kann ich von Ihnen eine Bibel bekommen? Ich sehne mich so danach, hier meinen inneren Frieden zu finden. Viel weiß ich zwar noch nicht über Jesus, aber ich habe von ihm geträumt. Und so freundlich hat er mich angelächelt. Da habe ich es gespürt: dort kann ich ihn finden, diesen inneren Frieden.“

2.3. Wahrnehmung aus Sicht einer deutschen Institution

Herr Krämer arbeitet in der Ausländerbehörde unserer Stadt, Buchstabe N bis W, zweiter Stock, rechter Flur, Zimmer 116. Davor lange Reihen von am Boden festgeschraubten Stühlen. Ein Automat an der Wand; die Antragsteller müssen eine Nummer ziehen und dann warten. Da die Sprechstunde um 08.00 Uhr morgens beginnt, habe ich Masoud geraten, mindestens eine halbe Stunde vorher da zu sein, um bald drankommen zu können. Ich begleite ihn. Gegen 11.00 Uhr ist endlich seine Nummer an der Reihe. Herr Krämer blickt nicht auf, als wir den Raum betreten. Er gibt auch niemandem die Hand. Lassen wir ihn nun selbst zu Worte kommen:

„Sie sind ... –; Moment, das ist die falsche Akte. Muss erst die neue holen“ (Er verlässt den Raum; wir schauen uns ratlos an. Nach gut und gerne fünf langen Minuten kehrt Herr Krämer an seinen Schreibtisch zurück, einen anderen Aktenordner unter dem Arm. Er schlägt ihn auf, blättert darin). „Ja, hier habe ich Sie. Sie sind Herr O., ja? Vorname? Masoud? Ist das Ihr Vorname? Wieso ist der mal mit `ou`, mal mit `oo` geschrieben? Und geboren sind Sie in Teheran. Am 22. März 1982. Wieso haben Sie dann bei Ihrer ersten Befragung angegeben, 1983 sei Ihr Geburtsjahr? Was denn nun? Darüber müssen Sie schon nachdenken? Was? Sie haben einen anderen Kalender? Und der 22. März ist gerade einen Tag nach Neujahr, und der Übersetzer hat nicht gewusst, dass da bei uns noch das selbe Jahr war wie am Tag vorher? Das ist mir zu kompliziert. Hier sehe ich nur: Sie haben zwei verschiedene Angaben gemacht, und das muss ich klären. Wer ist denn Ihr Anwalt? Der soll sich damit befassen. Ich stelle Ihnen jetzt eine Befristete Duldung aus, in einer Woche müssen Sie wiederkommen und die verlängern lassen. Gehen Sie jetzt in Zimmer 223 A zur Kasse und bezahlen Ihre Gebühr, und dann kommen Sie mit dem Beleg wieder zu mir und kriegen den Stempel! – Was ist denn noch? Taufen wollen Sie sich lassen? Das geht mich nichts an, das wollen ja alle. Was? Zu Hause werden Sie verfolgt, sagen Sie? Das fällt nicht in meine Zuständigkeit, außerdem halte ich mich an den Bericht des

Auswärtigen Amtes. Im Iran gibt es keine Glaubensverfolgungen. Wenn Sie da anderer Meinung sind, soll Ihr Anwalt eine Verfassungsbeschwerde einreichen. So, und jetzt gehen Sie; der Nächste wartet schon!“

2.4. Wahrnehmung aus meiner Sicht als Seelsorger

Mag sein, dass meine Darstellung ein wenig zu sehr in die Nähe der Karikatur geraten ist, aber ich habe es vielfach so erlebt. Natürlich, es gibt ja auch jede Menge Schlitzohren unter Asylbewerbern, und natürlich muss man sich im Laufe der Jahre einen gewissen Routinepanzer zulegen, wenn man in der Ausländerbehörde arbeitet. Ich habe ziemlich viele „Herr Krämers“ getroffen, und es ist mir schon klar geworden, dass in *ihrer* spezifischen Wahrnehmung jeder, der vor ihren Tisch tritt, ein potentieller Betrüger ist, mindestens aber ein Tagedieb, Taugenichts und Wirtschaftsflüchtling. Er erlebt eben auch wirklich viel Enttäuschendes, denn der Anteil edler Zeitgenossen ist unter den Leuten, mit denen er zu tun bekommt, auch nicht höher als in anderen Bevölkerungsgruppen. Die Verflochtenheit von politischem und religiösem Denken und Empfinden, die existenzielle Bedeutung solcher Fragen, wie Masoud sie stellt, *können* bei Herrn Krämer und seinen Kolleginnen und Kollegen gar nicht in den Blick geraten. Dafür darf man niemanden persönlich haftbar machen; das wäre unfair.

Wie gehe *ich* nun mit der Sache um? Ich befinde mich in einer seltsamen Zwickmühlensituation, über die ich mir selbst und Masoud Rechenschaft ablegen muss. Einerseits bin ich natürlich Deutscher, genau wie Herr Krämer, habe mein festes Gehalt, meine eigene Wohnung, abends mein eigenes Bett. Ich erfreue mich all der Annehmlichkeiten, die unsere Gesellschaft mir so zu bieten hat: ich habe ein Auto, ein Fernsehgerät, mein soziales Umfeld, meine Freizeitmöglichkeiten. Alle diese Tatsachen rücken mich zunächst einmal viel mehr in die Nähe von Herrn Krämer als in diejenige Masouds, ob mir das nun gefällt oder nicht. Andererseits: ich versuche, so etwas wie sein Anwalt zu sein, sein Sprachrohr, sein Beistand in einer für ihn so gänzlich ungewohnten Welt. Er bringt mir Vertrauen entgegen, und manchmal denke ich, er *meint* das auch wirklich so, wenn er „Vater“ zu mir sagt. Das braucht er, das gibt ihm Sicherheit. Er hat in seiner besonderen Situation im Iran seine Erfahrungen gemacht mit dem schiitischen Islam, und in seinem Empfinden verknüpft sich all das Unrecht, das er in seiner unmittelbaren Umgebung erfahren hat, mit diesem schiitischen Islam. Er stellt Fragen, die ein Araber oder Türke *so* eben nicht stellen würde. Bei ihm als Iraner kommt nun wirklich auch noch etwas anderes hinzu: in seiner Familie war es immer selbstverständlich, dass für einen richtigen Perser die *Primäridentität* die eines uralten, stolzen Kulturvolkes ist. Eines Volkes, das

einen Kyros und einen Dareios und einen Zarathustra hervorgebracht hat, später einen Hafiz, einen Firdousi und einen Avicenna. Alles Menschen, die zuerst Perser waren. Die Araber, so hat Masoud es in seiner Familie gelernt, haben uns im 7. Jahrhundert erobert. Sie haben uns die politische Unfreiheit gebracht, und diese Unfreiheit kam im Namen des Islam daher.

Auch das alles hat er mir erzählt. Und auch diese Dinge muss ich in mein Denken und Handeln einbeziehen, wenn ich ihm ein echter Partner im Erkunden des seelsorgerlichen Raumes sein will, des neuen Zuhause, nach dem er sich sehnt. Er hat mir gesagt: „Es ist ja nicht so, dass ich gar keine Religion mehr haben will, obwohl ich mit einer Religion nicht gute Erfahrungen gemacht habe. Ich *will* gerne glauben, und ich suche nach neuem Halt und neuer Orientierung!“

Alles das sind Elemente, die bei seinem weiteren Weg eine Rolle spielen sollten: ihn darin zu bestärken, dass er die uralte und so reiche persische Kultur nicht über Bord zu werfen braucht. Dass sich diese Kultur in der Bibel Alten wie Neuen Testaments einer außerordentlich hohen Wertschätzung erfreut. Dass er, der nie aus eigener Erfahrung ein weltanschaulich neutrales Staatswesen kennen lernen konnte, die Religionsfreiheit unseres Staates nicht als Lieblosigkeit, als Kälte und als Defizit empfindet, sondern gerade im Gegenüber zu einem totalitären Staatswesen auch als Chance ansehen lernt. Dass er nicht in die Hände geistlicher Rattenfänger fällt, die ihn mit einfachen Antworten, mit dem schlichten Weltbild und mit der Exklusivität ihres christlichen Fundamentalismus zu ködern versuchen. Dass er erkennt, dass in dem neuen Haus der Freiheit, in welchem er gern eine neue Heimat finden möchte, nun wirklich „viele Wohnungen“ sind. Dass Vorstellungen, die viele Iraner in Sachen „Israel“ und „Judentum“ mitbringen, auf Vorurteilen beruhen und im Lichte des Evangeliums einer Revision bedürfen. Dass er nicht schließlich in den Fehler vieler Konvertiten verfällt, nun seinerseits den Islam in globo zu verurteilen und nach dem für die Fundamentalisten aller Couleur typischen Modell die Welt nur noch in das „Reich des Guten“ und das „Reich des Bösen“ einzuteilen, wobei selbstverständlich immer mitgesetzt ist, dass man *selbst* auf der Seite und im Namen des Guten kämpfe.

Alle diese Aufgaben werden auf mich zukommen. Es ist immer wieder ein Abenteuer. Ich werde versuchen, so gut ich kann, auf Masouds Fragen zu antworten. Ich werde versuchen, mich auf den so ganz anderen Hintergrund dieser Fragen einzulassen, auch wenn oder gerade *weil* es nicht meine Fragen sind. Ich werde ihm die Geschichten von Jesus Christus erzählen; er wird zu unseren Gottesdiensten eingeladen werden. Er wird Landsleute kennen lernen, die sich wegen ihres ähnlichen Schicksals viel bes-

ser auf ihn einzustellen vermögen, als ich das kann. Und ich werde ihn auch auf die Gefahren hinweisen müssen, die eine mögliche Konversion mit sich bringt. Dass islamistisch eingestellte Landsleute ihn bedrohen werden – mitunter fängt das gleich im Asylheim an –, dass er Freunde verlieren wird, dass ihm aber auch Leute beim Bundesamt für Migrations- und Flüchtlingsfragen zu beweisen versuchen werden, dass seine Konversion nur zweckbestimmt und von daher als unehrlich einzustufen sei. Und schließlich: dass ihm im Falle einer Abschiebung in die alte Heimat eine mehr als ungewisse Zukunft droht, für die ich eigentlich gar keine Verantwortung übernehmen kann. Wohin die Reise geht? Gott weiß es.

3. Feineinstellungen

„Grenzen der Freiheit am Beispiel des Islam in der westlichen Gesellschaft“: so lautete mein Thema, und ich bin unsicher, ob ich es nicht doch verfehle, ob ich mich an der gestellten Aufgabe vorbei zu mogeln versuche, wenn ich Ihnen hier von Masoud und seinem Schicksal erzähle. So oder so: ich denke, es geht – für mich – nicht anders. An dieser Stelle zitiere ich Bertold Brecht: „Die Wahrheit ist konkret“, und das gilt auch für das hochsensible und vielfach verminte Terrain unseres heutigen Themenkomplexes. Ich möchte also methodisch den eingeschlagenen Weg beibehalten und am konkreten Fall eines konkreten Menschen, des Studenten Masoud aus Teheran, einige notwendige Differenzierungen vornehmen.

3.1. Was ist Freiheit?

Zunächst müssen wir uns darauf verständigen, wie wir den Begriff „Freiheit“ definieren wollen. Ein Staatsrechtler, ein Politiker, ein Wirtschaftsführer, ein Philosoph oder ein Historiker werden sich einer solchen Definition unter ihren je spezifischen Prämissen nähern, und die Ergebnisse mögen denn auch keineswegs immer deckungsgleich ausfallen. Was unter „Freiheit“ zu verstehen sei, das möchte ich hier – wiederum in bewusster Selbstbeschränkung – *theologisch* angehen, und das nun auch im Sinne der gewählten Methodik *narrativ*, am Beispiel einer biblischen Geschichte, eines Jesusgleichnisses.

Sie alle kennen die Geschichte vom *Barmherzigen Samariter* aus dem Lukasevangelium, Kapitel 10. Jesus erzählt die Geschichte einem Schriftgelehrten, und zwar als Antwort auf dessen Frage: „Wer ist denn mein Nächster?“ (die sich ihrerseits herleitet aus der religiös-ethischen Frage nach dem richtigen Tun, das zur Erlangung ewigen Lebens erforderlich sei).

Jesus legt seinem Gesprächspartner drei Verhaltensmuster vor, wie jemand, der allein durch räumliche Nähe zum „Nächsten“ wird, nämlich durch das schlichte Vorüberge-

hen an dem, der in Not geraten ist, sich verhalten könnte. Modell 1: der Priester, der zu Fuß in die Hauptstadt muss, um seinem Tempeldienst nachzukommen, zu dem er für diesen Tag eingeteilt ist. Seine Religion fordert dies so, die Gemeinde erwartet es. Er wird keineswegs einseitig als arrogant, ignorant oder egoistisch beschrieben; solcherlei Psychologisierungen und Verurteilungen liegen nicht im Duktus dieses Gleichnisses. Ebenso verhält es sich bei Modell 2, dem Leviten, der in seinem beruflichen Tun ja noch viel weniger selbstbestimmt agieren kann als der Priester; er tut nur seine Pflicht, indem er weiter geht. Ausführlich wird die Beschreibung erst bei Modell 3, dem Samariter, von dem genau und minutiös mitgeteilt wird, was er dem unter die Räuber Gefallenen alles an Wohltaten erweist. Interessanterweise lautet die Pointe dieses Gleichnisses ja nicht: der Beraubte, das ist der Nächste, und an dessen Befindlichkeit, mit der wir uns konfrontiert sehen, hat sich das Handeln auszurichten! Diese Interpretation wäre ja immerhin denkbar. Aber Jesus liefert eine andere Pointe: „Wer von diesen dreien, meinst du, ist dem zum Nächsten geworden, der unter die Räuber gefallen war?“ Dem schriftgelehrten Gesprächspartner bleibt nun gar nichts anderes mehr übrig, als zuzugeben: „Der, der die Barmherzigkeit an ihm getan hat.“

Wer oder was ein „Nächster“ sei, darüber kann man also offensichtlich nicht allgemein und theoretisch diskutieren. Die Wahrheit ist vielmehr auch hier sehr konkret. Kriteriologisch gesehen, hängt die Antwort ganz situativ von drei Faktoren ab: 1. von dem sich kontingent ergebenden Zusammentreffen von Menschen, 2. von der Befindlichkeit mindestens eines Beteiligten, also von einer Befindlichkeit der Beeinträchtigung seiner normalen Lebensvollzüge, und schließlich 3. vom Handeln des oder der anderen Beteiligten. Nochmals: dass hieraus nun aber auch nicht ohne weiteres etwa so etwas wie eine systematische Begründung der Diakonie ableitbar sei, die dem Handeln ein für allemal die Prävalenz vor dem Nicht-Handeln zuerkennt, beweist die unmittelbar anschließende Geschichte von Maria und Martha mit ihrer bekanntlich so gänzlich anders gearteten Pointe.

Der Begriff „Freiheit“ fällt expressis verbis nicht in dieser Gleichniserzählung. Der Sache nach geht es aber sehr wohl gerade um ihn. Implizite steckt die Frage nach der Freiheit wie eine kleinere Matrioschka in einer größeren, nämlich in derjenigen nach der Entscheidung der drei Vorübergehenden. Nach dem Modell unseres Gleichnisses wäre „Freiheit“ die anthropologische Voraussetzung für die Entscheidung, so zu handeln oder anders. Ob wir uns diese Entscheidung von der Situation vorgeben lassen, von unseren gesellschaftlichen, beruflichen oder religiösen Normen, oder unter dem Gesichtspunkt unseres privaten Wohlbefindens. Nun ließe sich mit einigem Recht – nicht zuletzt von Seiten

lutherischer Theologie – einwenden, hier handele es sich bestenfalls um eine Scheinfreiheit, denn der freie Wille, die selbstbestimmte und -verantwortete Entscheidung, sei des Menschen Sache nicht, da er nicht über den freien Willen verfüge. Im Sinne einer von der Christologie ihre Kriterien beziehenden Anthropologie ist dies auch richtig; in unserem Zusammenhang spielt diese Frage nicht die alles entscheidende Rolle. Mit „Freiheit“ im Sinne des Jesusgleichnisses ist der jedem menschlichen Sich-Verhalten inhärente Prozess des multiple choice zu verstehen, unseren Schritten diese oder jene Richtung zu verleihen. Der Kategorie des Handelns wie derjenigen seiner ethischer Norm verpflichteten Orientierung ist dieser Prozess vorgängig, jedoch dessen sich schlicht er eignender notwendiger erster Schritt.

„Freiheit“ im skizzierten Sinne impliziert einen Kontext, der ein multiple choice zulässt. Je nach familiären, beruflichen, gruppennormierten und gesellschaftlichen Koordinaten fällt ihr Spielraum verschieden weiter oder enger aus. Sie ist aber zuallererst eine individuelle Kategorie, ein jedem Handeln innewohnendes und unmittelbar vorausgehendes, mehr oder weniger unterschiedlich determiniertes Reservoir an Potentialitäten. Der Priester, der Levit und der Samariter hätten prinzipiell – und vielleicht hätten sie dies in einer anderen Konstellation auch durchaus so entschieden – auch anders handeln können. Allerdings bleiben solche Erwägungen rein spekulativ, denn was „Freiheit“ sei, quod erat demonstrandum, kann eben nach dem hier entwickelten Verständnismodell immer nur situativ und kontextuell beschrieben werden.

3.2. Wo liegen die Grenzen der Freiheit?

Masoud möchte Christ werden. Das heißt: er weiß es noch nicht so genau; er möchte sich erst einmal informieren. Positiv- und Negativverfahren mit konkreten Menschen haben seinen Weg bis zu diesem Entschluss bestimmt. So wurde er – neben vielen anderen Begegnungen – zunächst seinem armenischen Freund Diram ein Nächster, später dann meinem Assistenten Reza im Asylheim. Es muss ihm die Freiheit zugestanden werden, sich für einen Religionswechsel zu entscheiden, ohne dass dies gleich zu „grundsätzlichen“ Diskursen über die Wahrheitsfrage zwischen den Religionen führen muss. Die Situation bleibt nach wie vor zukunfts offen; andere Erlebnisse hätten ihn ja ohne weiteres zu ganz anderen Entschlüssen führen können.

Nun wird in einer weltanschaulich neutralen pluralistischen Gesellschaft diese Freiheit als individuelles Gut hoch geschätzt und dementsprechend geschützt. Die Freiheit, eine religiöse Überzeugung zu haben, zu wechseln, zu verlieren, ist *seine* Angelegenheit, die den Staat

nichts angeht, ebenso wie die Freiheit, die Frage nach der religiösen Überzeugung sein ganzes Leben lang *nicht* zu beantworten, oder die Freiheit, bewusst a- religiös oder zumindest a-agnostisch zu bleiben. Es wäre ja zum Beispiel denkbar, dass er – ich konstruiere jetzt einmal eine Möglichkeit für die Zukunft, die ja immerhin *auch* denkbar ist – sich eines Tages enttäuscht von der Landeskirche, der er sich angeschlossen hat, abwendet, dafür aber von neuen Begegnungen mit Muslimen hier in Deutschland so beeindruckt ist, dass er einen ganz neuen Zugang zum Islam findet, dann hätte er eben auch *diese* Freiheit. Das sage ich ohne wertende Konnotationen; implizit muss aber in einem religionsneutralen Staat eine jede der genannten Alternativen prinzipiell möglich sein.

Ich leiste mir an dieser Stelle einen kleinen Sprung, einmal weg von Masouds konkretem Schicksal. Als im vergangenen Jahr der Deutsche Evangelische Kirchentag in Köln stattfand, rief mich im Vorfeld ein Kollege an, der zu den Organisatoren der Untereinheit „Interreligiöser Dialog“ gehörte. Er fragte mich, ob ich ihm Menschen aus meinem Umfeld nennen könne, die vom Islam zum Christentum konvertiert seien. Er wolle sie einladen zu einer Podiumsdiskussion mit Menschen, die die Konversion in der umgekehrten Richtung vollzogen hätten. „Ich möchte einfach nur, dass sich diese Menschen gegenseitig von ihrem verschiedenen Weg berichten und darüber miteinander ins Gespräch kommen“, so sagte er mir.

Um die Sache kurz zu machen: ich konnte ihm keinen einzigen nennen. Niemand war bereit, sich für eine solche Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Ich nenne Ihnen ohne Kommentar einige der Begründungen. Ich denke, sie sprechen für sich, und ich denke auch, jede und jeder kann die eigenen Schlüsse daraus ziehen.

Am häufigsten waren Argumente wie dieses zu hören: „Ich von mir aus würde das auch machen, aber als ich mich damals habe taufen lassen, klingelten noch am gleichen Abend Milizionäre der Revolutionswächter bei meinen Eltern in Shiraz und fragten sie über mich aus, und seitdem haben sie keine ruhige Zeit mehr erlebt. Wenn ich an einer solchen Veranstaltung teilnehme, könnte dies eben auch ohne weiteres im Iran bekannt werden, und das kann ich meinen Eltern nicht antun!“

Oder jemand sagte: „Seit ich getauft bin, bekomme ich regelmäßig anonyme Anrufe von ebenfalls in Deutschland lebenden Landsleuten, die mich als Verräter beschimpfen und gewaltsame Maßnahmen gegen mich ankündigen!“

Ein Dritter wies mich auf folgendes hin: „Ich habe gehört, dass man bei Ihnen durch einen einfachen Verwaltungsakt aus der Kirche austreten kann. Man nimmt seinen

Ausweis mit zum Standesbeamten, erklärt seinen Kirchenaustritt, und der Fall ist erledigt. Wie kann ich aber aus dem schiitischen Islam austreten? So etwas ist bei uns nicht vorgesehen. Den Begriff ‚Konversion‘ gibt es bei uns gar nicht. Die Behörden reden immer nur von ‚Apostasie‘, also von Abfall. Und Abfall vom einzig wahren Glauben ist eben nur ein anderes Wort für ‚Hochverrat‘ im politischen Sinn. Wenn ich als Iraner von Geburt Muslim bin, dann ist das ganz ontologisch so festgelegt bis in alle Zeit und Ewigkeit. Ich könnte mich ja mit Konvertiten, die vom Christentum zum Islam gekommen sind, ja nicht einmal über die einfachsten Begriffe einigen!“

Und dann erzählte mir ein Vierter: „Wissen Sie, ich traf einmal in unserer Stadt eine junge Frau, die sich in einen arabischen Mitbewohner meines Heims verliebt hatte. Sie gehörte nominell der Landeskirche an, war auch als Baby getauft worden, und das war’s dann auch. Durch ihren Freund ist sie zum ersten Mal ernsthaft mit Religion in Berührung gekommen, und nun ist sie ganz offiziell Muslima, trägt lange Röcke und Kopftücher, hält die Speise- und Fastenvorschriften ein und folgt ihrem Freund in die Moschee. Ich kann das für mich nicht nachvollziehen, aber bei ihr habe ich den Eindruck, sie hat zum ersten Mal in ihrem Leben so etwas wie ein festes Netz von Werten und Normen kennen gelernt, und das hat ihr Leben bereichert. Während ihr Religionswechsel für ihren Freund selbstverständlich ist, beschimpft er mich im Asylheim gegenüber Dritten ständig als Abtrünnigen, als Verräter, als Ungläubigen. Das kann ich noch aushalten, aber ich habe mich oft gefragt: kann man denn unsere Konversionen, die dieses Mädchens und meine, überhaupt so ohne weiteres miteinander vergleichen?“

Sie wird vielleicht von einigen ihrer Freundinnen etwas belächelt, aber sie hat doch nichts zu befürchten: sie wohnt selbstverständlich nach wie vor bei ihren Eltern, sie besucht weiterhin die gleiche Schule, sie möchte später ein Studium anfangen. Und sie kann auch ohne Behinderungen mit ihrem Freund die Moschee zum Freitagsgebet besuchen, auch wenn Männer und Frauen dort nicht im gleichen Raum beten dürfen. Ich hingegen bin ständig Drohungen durch islamistische Mitbewohner ausgesetzt; man hat mich auch schon einmal krankenhaushausreif geschlagen. Neulich las ich auf einer Internetseite einer regierungsnahen Vereinigung im Iran meinen Namen auf einer Liste von Leuten, die todeswürdige Verbrechen begangen haben sollen. Verstehen Sie, dass ich nicht aus purer Feigheit an dieser Veranstaltung nicht teilnehmen will? Ich *kann* das gar nicht; viel zu viele andere Menschen würde ich in Gefahr bringen.“

Diese vier Beispiele mögen genügen. Nun mag ja auch die aus meiner Sicht etwas blauäugige Vorstellung der Veranstalter jener Kirchentags-Gesprächsrunde, ausge-

rechnet Konvertiten so etwas wie einen Dialog führen zu lassen, nicht so besonders glücklich gewesen sein. Prinzipiell sollte natürlich auch eine solche Veranstaltung, zumal vor dem Hintergrund der vom Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit, möglich sein. Aber wir sind noch nicht so weit. Ehrlicherweise sollten wir zugeben, dass die Prämissen für solcherlei sicherlich wünschenswerte Begegnungen nach wie vor ungeklärt sind. Hier sehe ich eindeutig „Grenzen der Freiheit“.

4. Schlussfolgerungen

Ich habe versucht, Ihnen aus meiner Arbeit zu erzählen. Nicht abstrakt, sondern am konkreten Schicksal des Iraners Masoud entlang. Was ergeben sich aus meinem Bericht für Perspektiven in Richtung auf den hier zu führenden Diskurs?

4.1. Fazit aus dem bisher Gesagten

Masouds Schicksal hat eines deutlich gemacht: die Themenkreise „Dialog“ und „Freiheit des Einzelnen“ sollten nicht getrennt voneinander behandelt werden. Zudem: die Freiheit des Einzelnen, die vom Grundgesetz garantierte Freiheit der Religionsausübung und der anderen historischen Voraussetzungen geschuldete (auch religiöse) Freiheitsbegriff der islamischen Herkunftsländer müssen im gemeinsamen Gespräch in eine nachvollziehbare Beziehung zueinander gesetzt werden. Das Wort „Dialog“ kommt vom griechischen Verb „dialogizomai“, das laut Wörterbuch soviel wie „erwägen“, „sich Gedanken machen“, „sich austauschen“ oder „etwas miteinander besprechen“ bedeutet. Masoud, der als Asylbewerber nach Deutschland kam, muss sich also zuallererst *Gedanken machen* über die kontextuellen Unterschiede zwischen alter und neuer geographischer Heimat. Es gilt für ihn zu *erwägen*, was von seiner bisherigen Sozialisation ihm beim Integrationsprozess nützlich und was zu hinterfragen ist. Und dann wird er versuchen, mit Menschen hier *sich auszutauschen*, die ihm bei den Suchbewegungen nach einer neuen Identität behilflich sind. Schließlich wäre es ein lohnendes Ziel, wenn er mit christlichen, muslimischen und jüdischen Menschen aus den verschiedensten Herkunftsländern *besprechen* lernen könnte, was der jeweils eigene spezifische Beitrag zum weiteren Aufbau einer demokratischen Kultur sein kann.

4.2. Fünf Thesen für die weitere Diskussion

1. Was die Grenzen der individuellen Freiheit innerhalb eines pluralistischen Kontextes anbelangt, so gilt es zu unterscheiden zwischen den Grenzen, die demokratische Spielregeln möglichen Alleinvertretungsansprüchen in der Wahrheitsfrage bei einzelnen Gruppierungen setzt, und den Grenzen, die als Außenposten von dritter Seite, also etwa aus den Herkunftsländern, gesetzt werden.
2. Gerade die Heterogenität des Islam wird in deutschen Medien oft unterschätzt; gerade zum Populismus neigende Publikationsorgane differenzieren häufig bewusst viel zu wenig, um leichter polemische Pauschalurteile zu propagieren.
3. Demokratische Spielregeln als Rahmenbedingungen freier Religionsausübung haben nicht in allen politischen und philosophischen Systemen einen gleich hohen Stellenwert. Ein gemeinsamer Lernprozess der in der Spätmoderne sich rasant verändernden Gesellschaft ist erforderlich.
4. Ein Hauptfeind jedweder Religion besteht in deren Ideologisierung. Gemeinsam sollten Vertreterinnen und Vertreter von religiösen und nichtreligiösen Gruppen in den Dialog über gerade diese Gefahr eintreten.
5. Gerade das Schicksal des Konvertiten Masoud zeigt: bei Berücksichtigung aller Faktoren, die im interaktiven Miteinander verschiedenartiger religiöser Systeme eine Rolle spielen, sollten die Anteile zwischen Religion als Lebensvollzug und Religion als Vehikel radikalischer Verzerrung auf beiden Seiten sorgfältig auseinander gehalten werden. Oft ist zu beobachten, dass der lohnendste Dialog nicht – ebenso pauschal wie abstrakt – derjenige zwischen verschiedenen Religionen ist, sondern der Dialog, den die Gemäßigten aller Religionen (und vergleichbarer weltanschaulich gebundener Gruppierungen) mit ihren fundamentalistischen Glaubensbrüdern und -schwestern zu führen haben.

AXEL DENECKE

Das Fremde als Teil von sich selbst wahrnehmen – verstehen – integrieren

Podiumsgespräch zum möglichen Dialog zwischen den Religionen

Die Podiumsdiskussion zwischen den beiden Referenten der Impulsvorträge sowie Prof. Dr. Max Schwab (Jüdische Gemeinde Halle) und Ahmed M. F. Abd-Elsalam (Islamwissenschaftler/Universität Halle) konzentrierte sich vor allem auf die Frage, wieweit ein echter „Dialog“ zwischen den drei monotheistischen Religionen bei unterschiedlichem Freiheits- und Gewaltverständnis möglich ist. Dass etwaige Totalitätsansprüche von Religionen – vom Totalen zum ‚Totalitären‘ ist nur ein kurzer Schritt – ein gehöriges negatives Gewaltpotential in sich tragen, wurde von allen auf dem Podium bejaht. Hier herrschte also Einmütigkeit.

Beim „Freiheitsverständnis“ allerdings scheiden sich die Geister. Dass „Freiheit auch immer die Freiheit des Andersdenkenden ist“, diesem bekannten Votum von Rosa Luxemburg, an das Prof. Schwab als Jude erinnerte, wurde zwar nicht direkt widersprochen, aber wenn es nach der Auffassung des Islamwissenschaftlers „Freiheit nur in dem Raum geben kann, in dem man beheimatet ist“, dass es Freiheit also nur unter der Voraussetzung der Akzeptanz der Grundlagen der Religion (hier: des Islam) geben kann, so erinnert das doch, nolens volens, an das marxistische Freiheitsverständnis von der „Einsicht in die Notwendigkeit“. Der Freiheitsraum mag bei dem einen größer, bei dem anderen kleiner sein, der vorgesezte und damit auch voraus-gesezte „Raum“ kann dann doch für den, der sich nicht in der Ideologie dieses Raumes heimisch fühlt, rasch zum „Gefängnis“ werden. Ein universaler Menschheitsraum wäre dann – gerade auch im Verständnis einer das „Andere“ und den „Anderen“ anerkennenden Religion – der globale Raum, in dem „Gewalt“ in und zwischen den Religionen überwunden werden kann.

Ob dies nur eine schöne Vision sei, war dann die weiterführende Frage. Aus dem Publikum wurde in diesem Zusammenhang an das „Weltethos“ von Hans Küng erinnert, in dem sich alle Religionen (im Übrigen nicht nur die drei Offenbarungsreligionen) wieder finden können. Sind sie jedoch bereit, sich zu finden, wurde gefragt. Auf dem Podium jedenfalls war man sich dann einig, dass es als Gewaltprävention zunächst darum geht, den „Anderen“ und das „Andere“ als das mir zunächst „Fremde“ kennen zu lernen, zu studieren, vielleicht sogar zu

verstehen, dabei Vorurteile abzubauen und am Ende vielleicht – auch bloß eine schöne Vision? – zu erkennen, dass ich mich im „Anderen“ als dem zunächst „Fremden“ durchaus wieder finden kann, dass das Fremde mir dann doch nicht so fremd ist, wie es zunächst erscheint, vielleicht gar ein Teil von mir selbst ist. Auf die Religionen bezogen: Indem wir im Gespräch und im Studium die andere Religion als die mir zunächst so fremde Religion kennen lernen, sie beachten und dann auch achten, vielleicht entdecke ich doch Teile von mir in ihr wieder, sie ist mir gar nicht so fremd, repräsentiert vielleicht gar Schattenseiten meiner eigenen Religion, die ich nun erst wahrnehme, hilft mir also vielleicht, die eigene Religion nun besser zu verstehen – im Gegenüber und auch Miteinander mit dem „Anderen“.

Dieser verheißungsvolle Gedanke wurde von den Podiumsteilnehmern und auch aus der Zuhörerschaft heraus mit konkreten Beispielen untermauert. Das konkrete Gespräch auf dem Podium war ja selbst ein Versuch, das je Eigene und das Andere im Anderen wahrzunehmen und zu verstehen, partiell zum Mindesten. Doch auch hier gibt es Grenzen durch den sich selbst setzenden begrenzten „Raum“ der jeweiligen Religion. „Wenn Juden und Christen die Moslems nicht als Offenbarungs-Religion anerkennen, kann man mit ihnen nicht mehr reden“ sagte der Vertreter des Islam ganz entschieden. Für das Judentum würde in gleicher Weise gelten: „Wenn ihr Christen behauptet, das ‚wahre Israel‘ zu sein und meint uns Juden missionieren zu müssen, ist jedes Gespräch abgestorben“. Und für Christen hat dann wohl in der gleichen Logik zu gelten: „Wenn unser Glaube an den dreieinig Gott als Tritheismus, ja gar Polytheismus verdächtigt wird, dann erstirbt auch jedes weitere theologische Gespräch“. Es ist schon schwierig, von einem universalen ethischen Raum zu sprechen, wenn der Glaube und damit das ‚Dogma‘ einen immer nur begrenzten Raum zur Verfügung stellt, in den der andere nicht eintreten will und kann.

Eine dogmatische „Raumverengung“ wird natürlich vor allem von den Fundamentalisten jeglicher Couleur betrieben. Auch hier war man sich einig, dass mit Fundamentalisten auf allen Seiten und in allen Religionen ein um Verstehen sich bemühenes Gespräch nur schwer möglich ist. Denn Fundamentalisten haben es an sich, eine elitäre Wahrheit, die absolute Wahrheit für sich zu beanspruchen und den „Anderen“ als den „Fremden“ der Unwahrheit und Lüge zu zeihen. Hier bricht das Gespräch dann wirklich ab. Man kann zwar fragen – so wurde in der Diskussion gesagt –, ob der Fundamentalismus aus einer Position der eigenen inneren Schwäche heraus entsteht, weil man vor dem „Fremden“ Angst hat und der eigenen Position und des eigenen Glaubens nicht mehr sicher zu sein scheint. Weil man selbst un-

sicher ist, muss man sich in eine fundamentalistische Bastion eingraben, damit nur ja kein anderer – anders und fremd wie er ist – meine Position, meinen Glauben anzweifeln kann. Das ist sicher so. Man will sich vor der Bedrohung der eigenen wohl gar nicht so sicheren Position und des eigenen Glaubens schützen und ‚bunkert‘ sich so ein. Dies ist bei allen Fundamentalisten im Islam, im Judentum (da wohl noch am wenigsten, lediglich bei einigen Ultra-Orthodoxen) und im Christentum zu beobachten. Aber diese psychologische Erklärung – immerhin ein Versuch, auch hier noch zu verstehen – schafft noch keine Überwindung des Fundamentalismus.

Der Begriff der „Toleranz“ als „gegenseitige Achtung im Anderssein“ wurde auf dem Podium nicht direkt erwähnt, unausgesprochen prägte er jedoch das Gespräch, wobei mit „Toleranz“ wohl die Achtung der Freiheit des Andersdenkenden und Andersglaubenden gemeint war, nicht jedoch der Verzicht auf die klare Artikulation der eigenen Position und Überzeugung im Sinne der „Kenntlichkeit des Evangeliums“¹.

Die Erinnerung aus dem Publikum heraus, dass nach Gen 1, 26 – von Judentum, Christentum und Islam gleichermaßen anerkannt – jeder Mensch ein Ebenbild Gottes ist, *jeder* Mensch, also eben auch der so ganz anders denkende und so ganz anders glaubende, brachte eine intensive Diskussion zum Abschluss und schlug am Ende auch den großen Bogen zu dem Eingangsvotum des Repräsentanten des Islam: „Jeder Mensch ist eo ipso Moslem“, in dem Sinne, dass jeder Mensch auf Gott bezogen ist – und ich füge hinzu: ein geliebtes Kind Gottes ist. Wenn wir das nicht nur von uns selbst wissen (und glauben), sondern auch jedem Anderen zubilligen, dann ist ein gewaltfreier Dialog zwischen den Religionen nicht nur möglich, sondern selbstverständliche Anstandssache.

Fußnote

- Über die Diskussion hinausgehend erinnere ich hier an das einprägsame Wort des ansonsten eher das Christentum verachtenden Aufklärungsphilosophen Voltaire: „ich werde deine Meinung zwar bekämpfen, solange ich lebe. Ich werde aber das Recht, dass Du Deine von mir bekämpfte Meinung sagst, verteidigen, solange ich lebe.“

KARL MARTIN

Predigt über Apg. 17, 27: Fürwahr, er (Gott) ist nicht ferne von einem jeden unter uns

Liebe Gemeinde,

Vorgestern bis heute waren wir – der Dietrich-Bonhoeffer-Verein und das Offene Forum Wiesbaden – zu Gast bei Ihnen. Eine wichtige, interessante und schöne Tagung liegt hinter uns. Wir danken Pfarrer Harald Bartl und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ihrer Gemeinde für die gute Zusammenarbeit. Die Gastfreundschaft in Halle haben wir mal wieder genossen.

Während des zurückliegenden Wochenendes hat uns im Rahmen unserer Herbsttagung das Thema beschäftigt „Gewalttätigkeit überwinden – Kirchen und Religionen auf dem Weg zu mehr Dialog“. Vertreter der drei monotheistischen Schriftreligionen Judentum, Christentum und Islam haben sich eingebracht, miteinander diskutiert. Über Möglichkeiten und Grenzen des Dialogs wurde nachgedacht. Alle Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass wir in dem Bemühen fortfahren sollten, durch verstehende Begegnungen die Möglichkeiten des Dialogs zu erweitern und die Neigungen zu Aggressivität und Gewalttätigkeit einzudämmen.

Als Predigttext für diesen Gottesdienst wird im Tagungsprogramm ein Vers aus der Apostelgeschichte 17,27 zitiert: Fürwahr, er (Gott) ist nicht ferne von einem jeden unter uns. Warum dieser Predigttext? Der Vers stammt aus der so genannten Areopagrede. Paulus hält sich in Athen auf. Er kommt mit den Athenern, deren Neugierde sprichwörtlich ist, ins Gespräch. Sie bitten ihn – in einer Mischung aus Zeitvertreib, Skepsis und Verhöhnung –, seine Glaubensvorstellungen etwas detaillierter darzustellen. Daraufhin verabredet sich Paulus mit seinen Gesprächspartnern an dem Areopaghügel in der Nähe der Akropolis – damals ein beliebter Ort für solche Debatten – und beginnt dort die berühmte Areopagrede: „Athener! Ich sehe, dass ihr in jeder Hinsicht ungewöhnlich religiös seid. Denn als ich durch die Stadt ging und eure Heiligtümer besichtigte, fand ich einen Altar mit der Inschrift: Einem unbekanntem Gott. Was ihr nun unwissend verehrt, das tue ich euch kund.“

Die Athener sind Anhänger heidnischer Religionsvorstellungen. Paulus bescheinigt ihnen eine ungewöhnliche Religiosität. Dennoch leben sie in seinen Augen, was die Gotteswirklichkeit betrifft, in einem Zustand

der Unwissenheit. Die Gotteswirklichkeit ist für die Menschen nicht einfach frei zugänglich, weder für die natürliche Religiosität noch für die spekulative Philosophie. Sie erschließt sich nur dort, wo Gott sich in seiner freien Offenbarung dem menschlichen Erkennen erschließt. Die Botschaft des Paulus ist, dass diese freie Offenbarung Gottes stattgefunden hat. Er sieht es als seine Aufgabe an, die Zeit der Unwissenheit zu beenden und seinen Zuhörern von der Offenbarung zu berichten, die sich im Judentum und dort insbesondere in dem Juden Jesus Christus, dem Messias, ereignet hat.

Um die Chancen des Dialogs mit seinen Zuhörern nicht zu verschütten, bemüht sich Paulus, gemeinsame Anknüpfungspunkte herauszuarbeiten. Auch wenn die volle Gotteserkenntnis den Menschen nicht einfach frei zugänglich ist, sind doch alle Menschen aufgrund des Statusses ihrer Geschöpflichkeit mit der Gottesfrage konfrontiert und mit der Gottessuche beauftragt: „Gott, der die Welt und alles, was in ihr ist, geschaffen hat, er ist der Herr des Himmels und der Erde und wohnt (daraus) nicht in von Menschenhand errichteten Tempeln, er lässt sich auch nicht von Menschenhänden bedienen, als ob er etwas bedürfte, der er doch selbst allen Leben, Odem und alles gewährt. Er schuf aus einem (Menschen) das ganze Menschengeschlecht, dass es auf der ganzen Oberfläche der Erde wohnen sollte; er bestimmte ihnen feste Zeiten und die Grenzen ihrer Wohngebiete, damit sie Gott suchen sollten, ob sie ihn vielleicht ertasten und finden könnten.“

An dieser Stelle der Areopagrede beschreibt Paulus, bis zu welchem Punkt die Gottessuche des natürlichen Menschen vordringen kann. Im besten Fall kann der Mensch Gott ertasten und damit das Vorhandensein Gottes erahnen. Ich fühle mich an ein Kinderspiel erinnert. Bei Kindergeburtstagen wird ein Gegenstand in einen Beutel gesteckt, der Beutel wird herumgegeben, und die Kinder müssen erraten, welcher Gegenstand in dem Beutel ist. So ähnlich – meint Paulus –, sei es auch mit der Gottessuche des natürlichen Menschen. Die Gottessuche des natürlichen Menschen führe zwar nicht zur vollen Gotteserkenntnis, aber durchaus zu einer sinnvollen Gottesannäherung. Die Möglichkeit der Annäherung des Menschen an Gott hat ihren Grund nach Paulus in der Tatsache, dass Gott seinerseits allen Menschen nahe ist. „Fürwahr, er (Gott) ist nicht ferne von jedem einzelnen von uns. Denn in ihm leben wir und bewegen wir uns und sind wir.“

Liebe Gemeinde, Paulus weist einerseits die Möglichkeiten der natürlichen Gotteserkenntnis in ihre Schranken, billigt ihnen aber andererseits innerhalb dieser Schranken eine positive Rolle zu. Damit überrascht uns Paulus. Denn wir sind aufgrund unserer theologiege-

schichtlichen Traditionen an ein anderes Bild gewöhnt. Uns Evangelische hat alle die Dialektische Theologie eines Karl Barth mit ihrer strikten Ablehnung der natürlichen Religiosität geprägt. Für die Dialektische Theologie zählt allein die Selbstoffenbarung Gottes im Judentum und in dem Juden Jesus Christus. Alle Religiosität außerhalb dieser Selbstoffenbarung ist sinnlos und sündig. Auf diesem Hintergrund fällt es uns schwer wahrzunehmen, dass Paulus in der Apostelgeschichte für die Möglichkeiten der natürlichen Religiosität auch positive Aspekte sieht. Die Gottessuche der anderen Religionen ist in der Areopagrede durchaus eine sinnvolle Gottesannäherung. Sie bietet sozusagen eine Plattform, um mit den anderen Religionen ins Gespräch zu kommen.

Leider nutzt Paulus im Fortgang seiner Rede diese Chance nicht. Er baut sie nicht aus. Ihm ist, wie sich dann herausstellt, nicht an einem wirklichen Dialog gelegen. Die Gottessuche der Athener ist ihm nur ein Anknüpfungspunkt, den er wieder verlässt, sobald er ihn erwähnt hat. Paulus sucht keinen wirklichen Dialog, sondern er sucht zustimmende Hörer für seine Botschaft. Insofern ist Paulus aus unserer heutigen Sicht zu hinterfragen. Denn wirklicher Dialog kann nur gelingen, wenn sich beide Seiten relativieren und sich als gleichberechtigte, lernbereite Gottessucher verstehen. Für den Dialog müssen wir Christen den Absolutheitsanspruch des Christentums aufgeben – als Prämisse aufgeben – als vordialogische Forderung zurückstellen. Damit ist die Wahrheitsfrage nicht endgültig suspendiert. Sie kann aber nicht durch Absolutheitsansprüche oder vordialogische Forderungen vorweg entschieden werden. Sie muss sich immer der Konkurrenz der Argumente aussetzen. Wahrheit kann sich immer erst im Nachhinein herausstellen – nach Prüfung der Argumente, als Ergebnis und als Folge des Gesprächs.

Wie steht es gegenwärtig bei uns in Deutschland und weltweit mit dem Dialog der Religionen? Seit dem Holocaust – diesem Tiefpunkt menschlicher Zivilisation – ist viel passiert. Der Dialog zwischen Judentum und Christentum ist in Gang gekommen. Wir wissen heute, dass der Jude Jesus die Religion seiner Väter niemals verlassen hat, und so gehören eigentlich auch wir Christen zu dem einen Gottesvolk, das in Israel seinen Anfang genommen hat. Und was den Islam betrifft, so ist mittlerweile auch der Dialog mit dem Islam wegen der Zuwanderung vieler Hunderttausender von Muslimen nach Deutschland unabweisbar geworden. Der Bau von Moscheen löst hitzige Debatten aus. Der Fundamentalismus kann Nährboden für Intoleranz und Gewalttätigkeit sein. Die Gefahr des Terrorismus wird immer wieder auch mit Menschen in Verbindung gebracht, die dem religiösen Extremismus angehören.

Um solche Konflikte aufzuarbeiten und der Gefahr von Gewalteskalationen vorzubeugen, brauchen wir mehr Dialog. Der Dialog mit dem Islam ist eine der großen Herausforderungen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Ich möchte Sie heute mit einem Dialogansatz bekanntmachen, der mich tief beeindruckt hat und in dem ich wichtige biblische Parallelen sehe. Im Herbst 2007 haben 138 muslimische religiöse Führer einen offenen Brief an die Führer der christlichen Kirchen überall in der Welt geschrieben. Der Brief ist von dem Wunsch getragen, Verstehen und Dialog zu fördern und so für mehr Frieden und Wohlfahrt in der ganzen Welt beizutragen. Es wird in dem Brief ausgeführt, dass Islam und Christentum – bei allen Unterschieden – gemeinsam ist, dass das Doppelgebot der Liebe in das Zentrum des Glaubens gehört. Mich haben die Empfindungsstärke und Ernsthaftigkeit der muslimischen Geistlichen, mit denen sie sich dem Doppelgebot der Liebe verpflichtet wissen, sehr beeindruckt. Die muslimischen Geistlichen laden uns Christen ein, auf dieser gemeinsamen Plattform in einen Dialog einzutreten. Sie schreiben in dem offenen Brief: „So lasset unsere Verschiedenheiten nicht Hass und Unfrieden zwischen uns verursachen. Lasset uns nur in Rechtschaffenheit und guten Werken wettstreiten.“ Es besteht seitens der Kirchen die Absicht, den offenen Brief der muslimischen Geistlichen zu beantworten. Verschiedene Gruppen in den verschiedenen Kirchen arbeiten gegenwärtig daran, einen Antwortbrief zu entwerfen.

Es ist schön, solche Dialogansätze mitzuerleben: nicht dogmatische Streitereien, sondern das Bemühen um Gemeinsamkeiten in der Glaubenauffassung und um Umsetzungsschritte in die Lebenspraxis. Fürwahr, er (Gott) ist nicht ferne von einem jeden unter uns: Die Nähe Gottes erfahren wir nicht nur in der Schöpfung Gottes, sondern auch in einer den meisten Menschen gemeinsamen Gottessuche bis hin zu konkreten religiösen bzw. ethischen Einzelaussagen. Das Doppelgebot der Liebe ist ein Beispiel dafür. Es stammt aus dem Judentum, ist von Jesus in seine uns bekannte Form gebracht worden und findet sich in ähnlicher Weise im Islam.

Wir haben in diesem Gottesdienst als Schriftlesung das Doppelgebot der Liebe in der Fassung bei Lukas gehört. Bei Lukas schließt sich an das Doppelgebot die Geschichte vom barmherzigen Samariter an. Die Samariter wurden von den Juden wegen ihrer religiösen Andersartigkeit gemieden und verächtlich behandelt. Ausgerechnet der religionsfremde Samariter tut den Willen Gottes in der Liebe zum Nächsten. Auch das ist ein Stück Gottesnähe, dass wir den Werken der Liebe in allen Religionen und Kulturen begegnen können. Lasst uns solche Werke

der Liebe überall dort, wo wir ihnen begegnen, mit Freude wahrnehmen. Lasst uns solche Werke der Liebe auch dann, wenn sie uns in anderen Religionen und bei Menschen anderer Kulturen begegnen, als Zeichen der Nähe Gottes begreifen. Wie Jesus seine Zuhörer mit der Geschichte vom barmherzigen Samariter zu Taten der Liebe rufen wollte, so möge Gott auch uns zu Taten der Liebe rufen: nicht nur durch sein Wort, nicht nur durch die Glaubensgemeinschaft der Kirche, sondern auch durch die Lebensbeispiele von Menschen aus anderen Religionen und Kulturen. Amen.

Die „Kirchensteuer-Debatte“ des dbv in der Presse

Die Debatte der dbv-Arbeitsgruppe „Kirche gestalten“ über die zukünftige Gestaltung der Kirchensteuer in den EKD-Kirchen mit der im Mai in Braunschweig verabschiedeten Resolution (vgl. Verantwortung Nr. 41, S. 54 „Kirche der Freiheit – Welche Freiheit ist gemeint?“) findet in der Kirchen-Presse ein aufmerksames Echo. Wir dokumentieren im Folgenden die Aufnahme unseres Anliegens in „Publik-Forum“.

RED

Kirchensteuer unchristlich?



Der *Dietrich-Bonhoeffer-Verein* (dbv) schaltet sich ein in den Richtungsstreit um die Zukunft der evangelischen Kirche. »Nach zweijähriger Debatte«, so Theologieprofessor Axel Denecke, habe der dbv »einstimmig« zehn Thesen verabschiedet. Diese wenden sich gegen den vom EKD-Ratsvorsitzenden Bischof

Wolfgang Huber Ende 2006 vorgelegten Zukunftsentwurf »Kirche der Freiheit«. Die Anstöße des EKD-Impulses werden zwar positiv aufgenommen, doch die Bonhoeffer-Engagierten beklagen die »Fixierung auf bloß innerkirchliche Systemerhaltung«. Im Blickfeld von Hubers »Kirche der Zukunft« seien »lediglich die gegenwärtig 31 Prozent der noch treuen Kirchenmitglieder«. Ferner werde »die für viele Kirchenmitglieder und Nichtmitglieder brennende Frage der Suche nach einem neuen Kirchenfinanzierungsmodell erst gar nicht in den Blick genommen und die Erhaltung des gegenwärtigen Systems ungeprüft fraglos vorausgesetzt«. Der dbv spricht sich klar gegen das Kirchensteuer-System aus, weil es aus »Zwangsbeiträgen« bestehe, die »Distanz und Verdrossenheit« bestärkten. »Die Taufe wird dabei missbraucht zur Begründung für die staatlich durchgesetzte Zahlungspflicht.« – Der Bonhoeffer-Verein argumentiert ökumenisch. Er bezieht auch die katholische Kirche ein.

Kontakt: Bonhoeffer-Verein, Prof. Axel Denecke; axdene@web.de

II. Ergänzende Dokumentation

ÖKUMENISCHER RAT DER KIRCHEN – GENÈVE

Gemeinsam das Verständnis der Liebe erschließen – ein Lernprozess – 20.3.2008

Vorschläge an die Kirchen für eine Antwort auf den Brief „Ein gemeinsames Wort“ – Brief der 138 muslimischen Gelehrten

Am 13. Oktober 2007 richtete eine Gruppe von 138 muslimischen Gelehrten einen offenen Brief an christliche Führungspersonlichkeiten, darunter auch den Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen. Auf der Grundlage erster Kommentare von Mitgliedskirchen setzte der ÖRK einen Prozess zur Ausarbeitung eines Antwortschreibens in Gang. Im November 2007 begann er, seine Mitgliedskirchen und Ökumenischen Partner zu konsultieren, von denen einige mit großer Begeisterung reagierten. Es folgte eine Tagung von Theologen/innen und Kirchenexperten/innen, die im Bereich der christlich-muslimischen Beziehungen engagiert sind. Aus ihren Diskussionen ging folgende Stellungnahme zu dem Brief hervor, die unter der Überschrift „Gemeinsam das Verständnis der Liebe erschließen – ein Lernprozess“ steht. Diese Stellungnahme soll den Kirchen bei ihrer Lektüre und Antwort auf den Brief „Ein gemeinsames Wort“ als Orientierungshilfe dienen. Sie enthält Vorschläge, die den Mitgliedskirchen und Ökumenischen Partnern in ihrer Reflexion über den Brief und die darin enthaltene Einladung, gemeinsam mit ihren muslimischen Gesprächspartnern über die Liebe zu Gott und die Liebe zum Nächsten in ihrem jeweiligen Kontext nachzudenken, Hilfestellung leisten sollen. Kirchen und Ökumenische Partner werden dann gebeten, ihre Überlegungen an den ÖRK weiterzuleiten und so zu einem gemeinsamen Verständnis und einer gemeinsamen Antwort auf diese Initiative beizutragen. Der laufende Reflexionsprozess und der Wunsch, durch diese Dialoginitiative eine gemeinsame Stellungnahme zu dem Brief auszuarbeiten, werden weiter unten beschrieben.

Ein Brief von 138 muslimischen Gelehrten

Der Brief mit dem Titel „Ein gemeinsames Wort zwischen uns und euch“ (der einem Koranvers entnommen ist, in dem Christen und Muslime zum Gespräch mitei-

einander eingeladen werden) beschreibt Grundlagen des christlichen und muslimischen Glaubens und Lebens, die den Anhängern beider Religionen nach Auffassung der Verfasser gemeinsam sind. Sie fassen diese in dem Doppelgebot der Liebe zusammen, das in der Bibel folgendermaßen formuliert ist: „Du sollst den Herrn deinen Gott lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von ganzem Gemüt und von allen deinen Kräften. Das andere ist dies: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Mit Zitaten aus Bibel, Koran und Hadith (Aussprüche des Propheten Mohammed) verweisen sie dann auf die Ähnlichkeiten zwischen christlichen und muslimischen Lehren über die Liebe zu Gott und die Liebe zum Nächsten. Auf der Grundlage dieser gemeinsamen Lehren laden die Verfasser dann die Christen ein, sich mit ihnen über die „gemeinsamen Grundaussagen unserer beiden Religionen“ zu verständigen. Sie stellen auch klar, dass es Unterschiede zwischen Christentum und Islam gibt und raten davon ab, „einige unserer formalen Unterschiede zu verschleiern“. Sie erinnern jedoch daran, dass die beiden Religionen zusammen 55% der Weltbevölkerung ausmachen, „was ihre Beziehungen zueinander zu dem bedeutendsten Faktor in sinnvollen friedensstiftenden Bemühungen in aller Welt macht. Wenn Muslime und Christen keinen Frieden untereinander halten, kann die Welt keinen Frieden finden.“

Diese Einladung stellt eine vielversprechende neue Etappe in der muslimischen Reflexion über die Beziehungen zwischen Muslimen und Christen dar. Während ihrer ganzen gemeinsamen Geschichte haben sich Anhänger beider Glaubensrichtungen allzu oft gegenseitig missverstanden. In jüngerer Zeit hat sich auf beiden Seiten eine neue Denkweise durchgesetzt; die Kirchen haben angefangen, neu über die Beziehungen zwischen dem Christentum und anderen Religionen, einschließlich des Islam, nachzudenken – ein wichtiges Ergebnis dieses neuen Denkens ist die Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen der römisch-katholischen Kirche aus dem Jahr 1965 und die Leitlinien zum Dialog mit Menschen verschiedener Religionen und Ideologien des Ökumenischen Rates der Kirchen aus dem Jahre 1979. Im Gemeinsamen Wort zwischen uns und euch findet sich ein klarer Hinweis darauf, dass führende muslimische Gelehrte und Religionsführer sich einem neuen Denken über die Beziehung zwischen Islam und Christentum verpflichtet fühlen.

Dies ist ein mutiger Schritt – seither haben ca. einhundert weitere muslimische Wissenschaftler den Brief unterzeichnet – und eine aufrichtige Geste, die wir von Herzen begrüßen.

Anregungen für ein Antwortschreiben

In Abstimmung mit seinen Mitgliedskirchen und ökumenischen Partnern und nach Beratung mit Experten schlägt der Ökumenische Rat der Kirchen vor, einen Prozess in Gang zu setzen, der auf geduldige Reflexion und gegenseitiges Kennenlernen von Christen und Muslimen setzt und so dazu führen kann, dass beide sich mit neuen Augen sehen, hartnäckige Vorurteile aufgeben und in gegenseitiger Achtung neue Wege der Zusammenarbeit gehen. Dieser Prozess schließt folgende Schritte ein:

- Der Ökumenische Rat der Kirchen ermutigt seine Mitgliedskirchen und ökumenischen Partner, die mit dem offenen Brief verfolgte ernsthafte Absicht *anzuerkennen* und zu *begrüßen* und die darin enthaltene Einladung zu Dialog und Zusammenarbeit im Geiste des Gebets zu erwägen. Er lädt sie ebenfalls ein, zusammen mit anderen Kirchen in ihrem jeweiligen Kontext über den Inhalt des Briefes nachzudenken. Einige Kirchen haben diesen Weg bereits eingeschlagen. Das vorliegende Dokument verfolgt das Ziel, diese Bemühungen zu fördern und zu vertiefen.
- Der Rat wird seine muslimischen Partner – insbesondere die Unterzeichner des Briefes – aufrufen, gemeinsam mit ihm eine *Planungsgruppe* einzurichten, die Schritte auf dem Weg zu gemeinsamen Aktionen vorbereiten soll, und gemeinsame muslimisch-christliche Initiativen zu Dialog und Zusammenarbeit auf regionaler wie internationaler Ebene anzustreben.
- Der Rat wird dieser Gruppe vorschlagen, eine Reihe von *Konsultationen* zu organisieren, auf denen muslimische und christliche Führungspersonlichkeiten, Gelehrte und Fachleute die sich neu bietende Chance nutzen und über bestehende Gemeinsamkeiten nachdenken, einen theologischen und ethischen Bezugsrahmen für künftige gemeinsame Initiativen erarbeiten und neue Wege finden, wie sie Fragen des Glaubens und des Lebens weiter vertiefen können. Wir unternehmen diese Schritte in der Annahme, dass die Unterzeichner des Briefes ihre Einladung im vollen Bewusstsein all der Schwierigkeiten ausgesprochen haben, die entsprechende Bemühungen in der Vergangenheit mit sich gebracht haben, und dass diese Einladung den neuen und entschlossenen Wunsch zum Ausdruck bringt, einen Neubeginn zu wagen.

Gemeinsam das Verständnis der Liebe zu Gott und zum Nächsten erschließen

In dem Brief werden sehr ausführlich die *Ähnlichkeiten* beschrieben, die es zwischen Christen und Muslimen in wesentlichen Punkten der Gottes- und der Nächstenliebe gibt. Die *Unterschiede* in der Art und Weise, in der sie diese Gebote verstehen und in die Praxis umsetzen, dürfen dabei jedoch nicht übersehen werden.

Das Zeugnis vergangener und gegenwärtiger muslimischer und christlicher Schriften über und gegen den jeweils anderen führt uns deutlich vor Augen, dass es leicht zu Missverständnissen kommen kann, wenn die Anhänger beider Religionen versuchen, den Glauben des jeweils anderen ohne die erforderliche Sorgfalt und Aufmerksamkeit zu interpretieren. Daher muss unmissverständlich gesagt werden, dass Christen bereit sein sollten, den Islam kennenzulernen, indem sie genau *zuhören*, was Muslime selbst über ihren Glauben zu sagen haben, und dass Muslime bereit sein sollten, das Christentum kennenzulernen, indem sie genau *zuhören*, was Christen selbst über ihren Glauben zu sagen haben. Vorgefasste Meinungen müssen aufgegeben werden und die Anhänger beider Glaubensrichtungen müssen bereit sein, die Einsichten und Erkenntnisse der jeweils anderen so zu verstehen, wie diese selbst sie aus ihrer eigenen Sicht darstellen.

Das gemeinsame Bemühen um das Verständnis der Liebe zu Gott wird für Christen wie Muslime zweifellos zu überraschend lehrreichen Einsichten führen. Ebenso wird das gemeinsame Nachdenken über die Liebe zum Nächsten den Anhängern beider Religionen deutlich machen, dass ihre Prinzipien und ihre Praxis in vielen Punkten übereinstimmen. Aber diese Anzeichen von Ähnlichkeit müssen in Spannung zu den faktisch bestehenden Divergenzen und den schwer miteinander zu versöhnenden Unterschieden gebracht werden.

So z.B. bekennen sich Christen und Muslime zwar übereinstimmend zu *Gott dem Einen*, aber was bedeutet im Islam wirklich die Lehre von der Tahwid (Einheit Gottes) und was bedeutet im Christentum wirklich die Lehre von der Trinität? Handelt es sich dabei um unvereinbare Lehren, wie die Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen den beiden Glaubensrichtungen belegt, oder gibt es eine Möglichkeit, sie als einander ergänzende Einsichten in das Geheimnis Gottes zu verstehen?

In ähnlicher Weise erheben Muslime wie Christen den Anspruch, *Offenbarungen* von Gott empfangen zu haben, aber was bedeutet es, wenn Muslime den Anspruch erheben, Gottes Wille sei im Koran offenbart worden – oder, wie auch gesagt wird, das Wort Gottes sei Buch

geworden? Und was bedeutet es, wenn Christen den Anspruch erheben, Gottes Sein sei in Jesus Christus offenbart worden – oder, wie es auch heißt, das Wort Gott sei Fleisch geworden?

Ebenso ist die *Liebe zum Nächsten* in beiden Religionen wesentlicher und integraler Bestandteil des Glaubens an Gott und der Liebe zu Gott. Gott zu gehorchen, bedeutet für Christen wie Muslime gleichermaßen, Notleidenden in der Gesellschaft zu helfen. Im Islam kommt die Liebe zum Nächsten darin zum Ausdruck, dass man sich verantwortungsvoll und großzügig der Bedürftigen in der Gemeinschaft annimmt. Im Christentum wird die Nächstenliebe als Spiegelbild der Liebe verstanden, die Gott den Menschen in Jesus Christus geschenkt hat. Diese Liebe überwindet geographische und religiöse Grenzen und schließt ausnahmslos alle Glieder der menschlichen Gemeinschaft ein, wie im Gleichnis vom Barmherzigen Samariter gezeigt wird.

Das Konzept der Gottes- und der Nächstenliebe ist nur *einer* der Ausgangspunkte für den Dialog, nur eine der Brücken zu gemeinsamem Engagement; gleichzeitig sollte im Dialog und in der Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen nach einer gemeinsamen Basis für das Streben nach Gerechtigkeit und Frieden gesucht werden.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Respekt und Liebe klären

Wenn es Christen und Muslime auch häufig erstaunen mag, aus den Äußerungen und Erklärungen des anderen Dinge herauszuhören, die dem Anschein nach ihre eigenen Überzeugungen widerspiegeln, so werden sie auch erkennen, dass es völlig unterschiedliche Schwerpunktsetzungen sowie klare *Unterschiede* gibt, die sich allen Harmonisierungsbemühungen widersetzen. Dazu gehört nicht zuletzt die Schwierigkeit für Christen, Mohammed als Propheten, und die Schwierigkeit für Muslime, Jesus als fleischgewordenen Gott anzuerkennen. Diese Schwierigkeiten erwachsen aus aufrichtigen Überzeugungen, die jahrhundertlang leidenschaftlich verteidigt und genauso leidenschaftlich in Frage gestellt und abgelehnt worden sind.

Es ist daher dringend notwendig, dass Christen und Muslime einerseits Wege finden, wie sie das, was ihnen *gemeinsam* ist, stärken können; sie müssen aber andererseits auch Wege finden, wie sie die zwischen ihnen bestehenden Unterschiede anerkennen und respektieren können und wie sie diese verstehen können, und sie dürfen nicht zulassen, dass sie Feindschaft zwischen ihnen säen. Ein Abgleiten in gegenseitige Schuldzuweisungen und Verurteilungen stellt ein Verhaltensmuster

dar, das sich in der Vergangenheit immer wieder wiederholt hat – zum Leidwesen aller Menschen guten Willens, die allerdings auch voller Schmerz eingestehen, dass Religion in unterschiedlicher Weise immer wieder missbraucht worden ist. Ein solches Verhaltensmuster kann leicht auch in Zukunft fortbestehen, wenn nicht sorgfältig geplante Schritte unternommen werden, um dies zu verhindern.

Vor dem Hintergrund der Pluralität und Komplexität ihrer gemeinsamen Geschichte müssen sowohl Christen als auch Muslime hart daran arbeiten, *Respekt füreinander* zu entwickeln, wenn gegenseitiges Verständnis schwierig ist, und Vertrauen zu schaffen, wenn Unterschiede trotz aller Bemühungen nicht überwunden werden können. Im vollen Bewusstsein ihrer langen gemeinsamen Geschichte und angesichts von Beispielen gegenseitiger menschlicher Achtung müssen sie die Notwendigkeit erkennen, sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene aktiv an der Heilung von Wunden zu arbeiten und innere Einstellungen und Klischees zu ändern. Die Mitgliedskirchen werden ermutigt, Erfahrungen miteinander auszutauschen und aus den Erfahrungen anderer zu lernen. Ferner sollten sie prüfen, wie diese Erfahrungen ihr künftiges Vorgehen beeinflussen und hinterfragen könnten.

Aber mehr noch: selbst wenn Christen und Muslime in Glaubensfragen weiter unterschiedlicher Meinung sind, sollten sie sich bemühen, an einen Punkt zu gelangen, an dem sie anerkennen und bekräftigen können, was ihnen *gemeinsam* ist – mit genügend Integrität, um sich *gemeinsam in der Welt engagieren* zu können. Daher sollten sie es als ihre wichtigste Aufgabe ansehen zu verstehen, wie das kostbare Erbe ihres Glaubens, das sie beide besitzen, sie leiten und sogar antreiben kann, sich *gemeinsam* für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen und dabei ihre gemeinsamen Ziele zu erkennen und dem Ruf des einen Gottes zu folgen, den sie anbeten und dem sie gehorchen und der sie aufruft, nicht nur zu einem gemeinsamen Wort, sondern auch zu gemeinsamem Handeln zusammenzukommen, zur Ehre Gottes und zum Wohl der Menschen.

EVANGELISCHE AKADEMIE BAD BOLL – 02.07.2008

„Mit dem Blick des anderen eigene Standpunkte überprüfen“

Als erste Stimme aus dem Bereich des Protestantismus in Deutschland antwortet die Evangelische Akademie Bad Boll auf eine Dialog-Initiative von 138 muslimischen Gelehrten.

Antwort auf das Schreiben der 138 Islamgelehrten „Ein Gemeinsames Wort...“

Tageslosung und Lehrtext am 17.6.08:

Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöst; ich habe dich bei deinem Namen gerufen; du bist mein! (Jesaja 43,1)

Es kamen viele Zöllner und Sünder und saßen zu Tisch mit Jesus und seinen Jüngern. (Matthäus 9,10)

Die Evangelische Akademie Bad Boll ist ein Bildungshaus der Evangelischen Landeskirche Württemberg, die sich schon lange der christlich-islamischen Begegnung verpflichtet weiß. Die Synode unserer Landeskirche hat am 14. Juli 2006 eine Erklärung verabschiedet, in der es unter anderem heißt:

„Muslime werden auf Dauer unsere Nachbarn bleiben.“ Schon mit der Zustimmung zur Charta Oecumenica hat sich unsere Landeskirche in ökumenischer Gemeinschaft mit anderen europäischen Kirchen verpflichtet, „den Muslimen mit Wertschätzung zu begegnen und bei gemeinsamen Anliegen mit Muslimen zusammenzuarbeiten“ (Art. 11).

In diesem Sinne führen wir vor allem Tagungen durch, in denen sich Muslime und Christen begegnen und zu verschiedenen gesellschaftlichen und religiösen Fragen ihre Erfahrungen und Ansichten austauschen. Beispielsweise hieß eine mehrtägige Sommeruniversität nach dem 11. September 2001 „Christen und Muslime überwinden gemeinsam Gewalt“. Wir helfen aber auch in Verbindung mit unseren Sozialdiensten (Diakonie) insbesondere vielen Migranten aus islamischen Ländern, in unserem Land heimisch zu werden.

Unsere Akademie wurde im September 1945 gegründet mit der Frage, was Christen tun können, um Krieg und Diktatur in Deutschland zu überwinden. Bald weitete sich der Horizont international und interreligiös, sodass die Akademie zum Motor vieler Friedensbewegungen bis in den Nahen Osten hinein werden konnte. Durch verschiedene Netzwerke wie „Oikosnet Europe“ sind wir mit ähnlichen Einrichtungen auf der ganzen Welt verbunden.

Geholfen hat uns dabei die „Stuttgarter Schulderklärung“ unserer Evangelischen Kirche in Deutschland vom Oktober 1945, die Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen übernahm, obwohl die Kirche selber auch Opfer der Diktatur war. Noch immer gilt für uns, was damals formuliert wurde:

„Wir hoffen zu Gott, dass durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen dem Geist der Gewalt und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann.“ Diese Erklärung schließt mit dem Gebet: „Komm, Schöpfer Geist!“

Aufgrund unserer guten Erfahrungen mit dem christlich-islamischen Dialog begrüßen wir die internationale Initiative „Ein Gemeinsames Wort zwischen Uns und Euch“. Sie dokumentiert den guten Willen zur Begegnung und Zusammenarbeit. Allerdings wissen wir auch, dass Worte in verschiedenen religiösen und kulturellen Zusammenhängen nicht immer dasselbe meinen, weshalb weitere Arbeit wünschenswert ist.

I Gottesliebe

Wir evangelische Christen können weder den Koran als Gottes Wort vernehmen noch Mohammed als unseren Propheten anerkennen. Wir respektieren aber beide Quellen als Grundlage der Gottesliebe im Islam. Wir bitten gleichfalls um Respekt für unser Verständnis der Gottesliebe, das zweifach ist.

Zunächst erfahren wir aus der Bibel, dass Gott die Menschheit liebt und ihr seine Liebe schon mit der Schöpfung schenkt. In Tod und Auferstehung Jesu Christi hat diese Liebe ihren Höhepunkt gefunden. Der Heilige Geist ist seine göttliche Gegenwart, die uns tröstet und stärkt. Deswegen sind unsere Gebete oft trinitarisch formuliert, aber an den einen Ewigen gerichtet. Niemals haben Christen drei Götter angebetet oder verehrt. Wir freuen uns, wenn Muslime dieses Vorurteil begraben würden.

Gottes Liebe zu uns bewirkt unsere Liebe zu ihm. Wir erfahren sie als Geschenk, auch wenn wir sie nicht verdient haben. Das ist der Sinn der evangelischen Lehre von der Rechtfertigung des Sünders.

Der Reformator der Kirche Martin Luther hat dies in seiner Formulierung des 1. Gebots meisterhaft ausgedrückt und so lernen es noch heute christliche Kinder auswendig:

„Das Erste Gebot: Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst nicht andere Götter haben neben mir. Was ist das? Wir sollen Gott über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen.“

II Nächstenliebe

Unsere Liebe zum Schöpfer konkretisiert sich in der Liebe zu seinen Geschöpfen. Da gilt nicht Rasse, Geschlecht oder Klasse, ja selbst die Tiere und die Pflanzen sind nicht ausgenommen. Darum haben Kirchen große Liebeswerke und soziale Einrichtungen geschaffen. Wir lehren aber auch den einzelnen Christen, sich immer wieder neu um diese Nächstenliebe zu bemühen. Wir finden besonders in den Lehren Jesu (Feindesliebe in der Bergpredigt z.B.) Ermutigung für unsere ethischen Bemühungen. Jede Kirchengemeinde unterhält Einrichtungen, um die Liebeswerke der einzelnen Christen zu fördern. Viele muslimische Kinder erfahren dies in unseren Kindergärten und manchen Jugendgruppen. Neben den Initiativen an der Basis und den großen Werken der Kirchen gibt es unzählige Initiativen, in denen sich Christen für das Wohl anderer über ihre Familie hinaus engagieren.

III Gemeinsames Wort

Es ist gut, wenn Christen und Muslime Gemeinsamkeiten entdecken. Viel entscheidender für den Frieden ist aber der Umgang mit Differenzen. Die Christenheit lebte in unserem Land eintausend Jahre monokulturell, ja bis 1918 gab es Staatskirchen. Andere Religionen waren wenig bekannt, ihre Anhänger lebten jenseits der Grenzen. Es gehörte zum Schock der Nazi-Zeit, dass die Gleichung „Deutscher gleich Christ“ nicht mehr stimmt. Dennoch empfinden viele Deutsche, dass Deutschland kulturell ein christliches Land ist. Dies erklärt manche Animositäten gegenüber nichtchristlichen Einwanderern. Bezeichnenderweise ist die Ablehnung aber stärker in Kreisen, die Distanz zur Kirche halten. Im Zeitalter der Globalisierung müssen Menschen jedoch lernen, mit Unterschieden zu leben. Dies gilt nicht nur im persönlichen Erfahrungsbereich, sondern auch in der durch Medien vermittelten Welt. Die Produzenten von Medien haben darum eine besondere Verantwortung, die wir auf unseren Tagungen ansprechen. Diese gilt aber auch für Medienkonsumenten, die Aufklärung benötigen. Am besten ist es darum, wenn Christen und Muslime gemeinsam an konflikträchtigen Themen aus Vergangenheit und Gegenwart arbeiten. Schon in der Schule, aber auch in der kirchlichen Jugendarbeit können Kinder lernen, wie man einfühlsamen mit fremden Menschen und ihren Überzeugungen umgeht.

Im interreligiösen Dialog wiederholt sich manche Erfahrung, die wir in der innerchristlichen Ökumene der verschiedenen Kirchen gemacht haben. Nach einer geschichtlichen Phase der „Vergegnung“ (Martin Buber) mit Anklagen und Vorwürfen an die jeweils andere Seite hat die Begegnung mit selbstkritischen Einsichten be-

gonnen. Dadurch wird die eigene Religion nicht schwächer, sondern stärker. Mit dem Blick des anderen kann ich meine eigenen Standpunkte überprüfen.

Einer der Väter der Ökumene, der evangelische Theologe Nikolaus Graf Zinzendorf hat schon im 18. Jahrhundert gelehrt, die verschiedenen Konfessionen als „Erziehungsweisen Gottes“ zu sehen und den Schatz in der jeweils anderen Überlieferung zu entdecken.

So teilen wir gern mit, dass wir aus der reichen islamischen Geisteswelt viel gelernt haben und viele Christen mit Begeisterung den Islam studieren. Wir wünschen uns, dass dies auch umgekehrt geschehen möge. Unsere Akademiearbeit ist eine ständige Einladung an Muslime, sich am Gespräch über die friedliche Zukunft unserer Welt zu beteiligen.

EKD-DOKUMENTATION

Bibel und Koran

Christlich-muslimisches Spitzentreffen in Berlin am 21.10.2008 – Teilnehmer bekennen sich zu konstruktiver Streitkultur

Die Fernsehcameras lauerten schon auf der Treppe, als die Gesprächsteilnehmer nach anderthalb Stunden aus dem Sitzungsraum kamen. Der Raum der Pressekonferenz war überfüllt, die Journalisten schoben sich gegenseitig herum, um die besten Bilder zu bekommen und als erstes ihre Frage stellen zu können. Das war vor vier Jahren. Im Januar 2005 fand das erste Spitzentreffen zwischen der EKD und muslimischen Verbänden in Deutschland statt – damals noch eine kleine Sensation mit viel inhaltlichem Zündstoff. Vier Jahre später ist eine gewisse Ruhe eingeleitet – nur eine kleine Handvoll Journalisten wartet geduldig, als am Montagabend die Türen des Konferenzraumes im Haus des Bevollmächtigten der EKD in Berlin sich öffneten und der EKD-Auslandsbischof Martin Schindehütte, der Vorsitzende des Koordinierungsrates der Muslime, Erol Pürlü, der Dialogbeauftragte der Ditib, Bekir Alboga, und der Vorsitzende des Islamrates, Ali Kizilkaya, vor die Presse traten. Die Beteiligten lobten die offene und konstruktive Atmosphäre, in der das Gespräch stattgefunden habe – ohne dass Streitfragen verschwiegen worden wären.

Derzeit gibt es eine ganze Anzahl von christlich-muslimischen Dialogprojekten, erklärte der Auslandsbischof der EKD – nicht nur der Ökumenische Rat der Kirchen hatte praktisch zeitgleich zu einer internationalen christ-

lich-muslimischen Konferenz nach Genf geladen, auch das Oberhaupt der anglikanischen Weltgemeinschaft, der Erzbischof von Canterbury, Rowan Williams, hatte Mitte Oktober hochrangige Vertreter des Christentums und des Islams nach England eingeladen, um über die Zukunft des interreligiösen Dialogs zu beraten. „Daran sieht man: Der christlich-muslimische Dialog nimmt an Reichweite und auch an Qualität zu“, so Schindehütte.

Es sei im Gespräch gelungen deutlich zu machen, dass in einem substantiellen Dialog nicht nur Gemeinsamkeiten, sondern auch Unterschiede benannt werden müssten – und diese im Geist des Friedens in Beziehung zueinander gesetzt werden sollten. „Die Klärung von Unterschieden ist ja gerade der Inhalt des Dialogs und kann nicht seine Voraussetzung sein. Der Ausgangspunkt des Dialogs ist die Differenz, die unterschiedlichen Ausgangspunkte bilden das Material des Dialogs.“ Dies könne zum Beispiel deutlich werden an der Kernthese des offenen Briefes „A Common Word“, den 138 muslimische Persönlichkeiten vor einem Jahr an führende Vertreter des Christentums gerichtet haben, dass die Liebe zu Gott und die Liebe zum nächsten die Religionen verbinde. „Was verstehen wir denn unter der Liebe Gottes?“ so der Auslandsbischof. Wenn man dies genauer betrachte, stelle man schnell auch Unterschiede im Gottesbegriff fest. „Aber das ist doch kein Grund, nicht miteinander zu reden – im Gegenteil.“

Auf dem Kirchentag in Köln im vergangenen Jahr hatte Bekir Alboga noch heftig mit dem EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Wolfgang Huber, über die EKD-Handreichung „Klarheit und gute Nachbarschaft“ gestritten. Ob nun plötzlich eitel Freude herrsche, wollte eine Journalistin wissen. „Nein“, sagte Alboga, „aber wir entwickeln uns im Dialog weiter. Zum Dialog gehört auch eine Streitkultur, und die pflegen wir.“ Im Gespräch hatten die muslimischen Vertreter noch einmal deutlich gemacht, dass sie nach wie vor Klärungsbedarf hinsichtlich der Handreichung sehen. „Wir wünschen uns Klarheit über die Klarheit“, formulierte Axel Ayyub Köhler, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime. Der Ratsvorsitzende regte an, die Debatte um „Klarheit und gute Nachbarschaft“ in einer Neuauflage in Form eines Anhangs oder Kommentars aufzunehmen. Der Brief „A Common Word“ sei ebenfalls ein fruchtbarer Ausgangspunkt für weitere Gespräche.

Das nächste Dialogprojekt steht jedenfalls schon fest: Vom 5. bis 6. Dezember veranstaltet die Evangelische Akademie Berlin zusammen mit der Muslimischen Akademie eine Tagung zu diesem offenen Brief. Aber auch die Tradition des jährlichen Spitzengesprächs zwischen EKD und muslimischen Verbänden soll fortgesetzt werden.



Die Wahrheit leben

Jahresbegleiter 2009
Reich-Gottes Impulse für jeden Tag

Zusammengestellt von Claus Petersen

290 S., kart., 1. Aufl. Okt. 2008
9,80 € (inkl. MwSt.; zzgl. Versand)
ISBN 10: 3-9809376-7-4
ISBN 13: 978-3-9809376-7-2

Weitere Infos zu dem Buch finden Sie
unter der Adresse:

[http://www.fenestra-verlag.de/
buecher/info_die_wahrheit_leben.html](http://www.fenestra-verlag.de/buecher/info_die_wahrheit_leben.html)

Bestellungen des Buches sind über den Verlag
(Verlags-Homepage www.fenestra-verlag.de,
Telefon, Telefax, Postweg)
oder über den Buchhandel möglich.



Fenestra-Verlag
Am Heienberg 4
65193 Wiesbaden
Fon: (0611) 5440693, Fax: 9545911
info@fenestra-verlag.de

Friedensarbeit in Politik und Wirtschaft

MARTIN STÖHR

Christliche Friedensethik in Zeiten der Globalisierung¹

Schwerter zu Pflugscharen 1983 – Spieße zu Winzermessern 2003

1. Moral wie Vernunft singen in der Friedensfrage dasselbe Lied, das C. F. von Weizsäcker in seiner Friedenspreisrede (Paulskirche 1963) auf die Formel brachte, dass der Weltfrieden einer „außerordentlichen moralischen Anstrengung“ bedürfe. *Moral wie Vernunft* haben sich, auch in ihren Trägern, den Religionen und den Wissenschaften, in den Dienst von Hass, Krieg und Menschenvernichtung stellen lassen. Sie sind nicht unschuldig, da *instrumentalisierbar* zu jeder Inhumanität. Sie sind jedoch *zur Kooperation verpflichtet*, zur Lösung der Überlebensfrage der Menschheit notwendig. Nur ihre jeweiligen Soloauftritte verdienen dann das Verdikt „unpolitisches Moralisieren“ oder „eiskalte Rationalität“. „Moral“ oder „Ethik“, d. h. menschliches Verhalten ist beides. Es fragt sich nur, welche Moral, welche Ethik. Darum muss gestritten werden.

2. Der Streit beginnt notwendigerweise bereits in der Analyse und Deutung der Problemlage. Eine friedensethische Urteilsbildung *ohne Analyse* der Situation ist als nur guter Wille *blind; ohne Bezug auf* Herkunft und Zukunft der Menschen ist sie *beliebig*.

3. Der christliche Glaube als way of life sagt auf eigene, profilierte Weise (*neben* anderen Religionen und politisch/ökonomischen Konzepten), was menschliches Leben, Zusammenleben sowie Überleben ist, was es wert ist, was es kostet, was es gefährdet. Er nennt nicht nur allgemeine Ziele, sondern sucht und geht *Wege der Verwirklichung*. Irrtumsfreiheit ist dabei *keinem* garantiert.

4. Die biblische Ethik bedenkt und vertritt ihre Auffassung nicht nur im Interesse der Minderheit der Christenmenschen, sondern *zugunsten des Lebens aller Menschen*. So liefert sie zur notwendigen Analyse ihre menschen- und lebensfreundlichen Kriterien und Handlungsmodelle, wie andere die ihren. Sie spielt ihre praktischen Beispiele, Zielvorstellungen und analytischen Erkenntnisse furchtlos und plausibel in *die öffentlichen Auseinandersetzungen* ein.

5. Ein Christenmensch kommt wie die christliche Gemeinde in der Nachfolge Jesu Christi von Gott her und geht zu Gott. Dieser Weg des Menschen ist ein Weg offen für *alle Menschen* – in christlicher Sicht, was nicht bedeutet, dass andere Kulturen, Religionen, Weltanschauungen diesen Weg der Menschen auch so sehen (müssen). Gegenüber allen partikularen Interessen (religiöser, nationaler, ökonomischer, privater etc. Art) eröffnet der biblische Glaube eine globale Perspektive: Es ist *ein Gott*, der *eine* Menschheit geschaffen hat und dessen nie aufgegebenes Konzept es ist, gegen die Korruption seiner guten Welt diese wiederherzustellen. In der *Einheit und Einzigkeit Gottes* (Das Credo Israels in 5. Mose 6,4f mit dem Doppelgebot der Liebe in 3. Mose 19,18; von Jesus ausdrücklich in Mark 12,29f bestätigt) ist die *Einheit der Menschheit und der einzigartige Wert* eines jeden Menschen begründet, unabhängig von seinen Leistungen und Qualitäten jeder Art. Damit sind die singuläre *Würde des Menschen als Ebenbild des singulären Gottes* und eine verbindliche *Ehrfurcht vor dem Leben* (Albert Schweitzer) genannt. Die damit gegebene Beziehung der Menschen untereinander ist die Liebe – bis hin zur Feindesliebe.

6. Geschichte und Gegenwart der Christenheit ist z. Zt. in den „reichen“ Regionen des Globus stärker von *Rückzugsgedanken ins Private* wie beim biblischen Propheten Jona geprägt. Dieser weigert sich, mit einer möglichen Konversion zu Recht und Gerechtigkeit zu rechnen, handelt es doch bei den „Anderen“, für die er da ist, gerade um Leute, die nicht an „unseren“ Gott glauben. Diese „Anderen“, nicht biblisch Glaubenden, ärgern Jona heftig und beschämen Gottes Gemeinde, weil sie tun, was dort unterbleibt: *Zur humanen Alternative umkehren*. Wie und wann werden wir in der Friedens- und Gerechtigkeitsfrage aus dem nestwarmen Kirchen-Wal ausgespuckt, damit wir wieder den Boden der irdischen Aufgaben unter den Füßen und nicht die Flausen christlicher Innerlichkeit im Kopf haben?

7. Eine so verstandene Auffassung vom Menschen, von den zwischenmenschlichen Beziehungen und von seiner Geschichte ist in sich selbst eine Ethik, d. h. schließt Verhaltensweisen ein. *Glaube lebt und wirkt als Ethos oder er ist nichts* und existiert nur als Schimäre.

8. Die Zeile aus dem Protestantenschlager von der festen Burg „Mit unserer Macht ist nichts getan, wir sind gar bald verloren“ (EG 362,2) ist nicht mehr zu singen. Zu

häufig wurde der richtige Inhalt des Satzes bewusstlos vom unbedingten Vertrauen auf Gott in eine bedingungslose Affirmation der bestehenden Verhaltensweisen und Verhältnisse verwandelt. Dieser Vorgang leugnet, dass das unseren Glauben und damit unsere Friedensethik begründende Wort Gottes ein „Felsen zerschmetternder Hammer“ (Jer 23,29) ist. Dergleichen machtvolle Werkzeuge braucht, wer sich am Straßenbau in eine friedlichere Zukunft beteiligen will. *Der Glaube ist eine Macht*. Wir müssen sie gewaltfrei, anders als Jahrhunderte vor uns, ausspielen. *Berge* von Hass und Kriegswerkzeugen sind glaubend zu *versetzen* – in die Vergangenheit sowie in Museen. Dort beweisen sie nur, dass sie nicht leisten, was sie zu leisten vorgeben. D. Bonhoeffer (in seiner Auslegung der Bergpredigt von 1937 *Nachfolge*) setzt zu Recht eine Liedzeile auf den „Index“: „Es ist doch unser Tun umsonst, auch in dem besten Leben“ (EG 299, nach Ps. 130, wo diese ach so demütig klingende Ohnmacht gerade nicht religiös kultiviert wird!). Ethik sucht ein besseres Leben als es der politische, ökonomische und religiöse status quo derzeit bietet. Zum besseren Leben gehören Gerechtigkeit und Frieden. Sie verwirklichen sich nicht selbst.

9. So nur kommt die zukunftsorientierte, prophetische Seite des Glaubens zur Geltung mitsamt ihrem Bezug auf die nie widerrufen Verbindung Gottes mit seiner Menschheit und den zwei Gemeinden, *Kirche und Israel, die für diesen Bund Gottes mit seiner Schöpfung und Menschheit stehen*. Sie stehen als Erinnerungsposten dafür, wie die Wirklichkeiten der Welt zu gestalten sind. Sie sind die *zwei Zeugen*, auf deren Mund „die Wahrheit“ nicht ruht, sondern aus deren Leben sie spricht. – nicht für sich selbst, sondern für Gott und seine ganze Menschheit. Die damit gegebene politisch-prophetische Freiheit beschreibt der Soziologe Max Weber so: „Wenn dieser Prophet Gottes Zorn über Israel verkündigt, weil man das Prophezeien zu unterdrücken versuchte, so ist das etwa das gleiche, wie wenn ein moderner Demagoge Pressefreiheit verlangt. Tatsächlich war auch das Prophetenwort nicht auf mündliche Mitteilung beschränkt. Bei Jeremia tritt es als offener Brief auf. Oder Freunde und Jünger des Propheten zeichnen das gesprochene Wort auf und es wird zur politischen Flugschrift.“² Die biblischen Propheten wie die prophetischen Aktivitäten der heutigen Gemeinden Gottes betreiben keine Wahrsagerei. Sie sagen die Wahrheit, indem sie kritisch die Gegenwart analysieren, auf die Folgen von Ungerechtigkeit und Unfrieden hinweisen und eine Konversion der menschlichen Verhaltensweisen und Verhältnisse jederzeit für möglich halten.

10. Der biblische Glaube betrifft als Ethik das *persönliche wie das öffentliche* Leben. Sie ist nicht nur eine Privatethik. Sie ist darauf angelegt, *Recht als Recht von Menschen für*

Menschen zu gestalten. Die biblische Ethik drängt darauf, Rechtsgestalt zu werden. Die biblische Ethik und das ihr entsprechende Recht müssen – anders als das sprichwörtlich unveränderliche „Gesetz der Meder und Perser“ und anders als jede Prinzipienethik – in ständiger und kritischer Neuauslegung durch Menschen in andere Situationen hinein übersetzt und vitalisiert werden.. (Beispiele: Die Prophetie legt nichts anderes aus als den in der Befreiung aus Zwangsarbeit und Fremdbestimmung in Ägypten mit Israel geschlossenen Bund Gottes mit seinem Volk und dessen Verpflichtungen; die Sabbatgebote entwickeln aus einem kleinen Gebot menschen- und zeitgerecht die Gebote der Sklavenfreilassung alle 7 Jahre, die Wiederherstellung der Lebensgrundlagen, ein Brachjahr für die Natur, für Arme und Tiere und auch alle 7 mal 7 Jahre ein Erlassjahr zum Schuldenerlass).

11. Vieles aus der lebendigen Quelle der biblischen Botschaft ist überhaupt noch nicht ausgeschöpft. Die biblischen Hauptworte „Gerechtigkeit und Frieden“ gehören dazu. Sie werden, lernt sie die Christenheit aus ihrem Grundgesetz, Kirche und Gesellschaft noch heftig überraschen.

12. Manches haben wir dafür nicht mehr traditionell ernst zu nehmen – z. B. dass die „Frau in der Gemeinde schweige“ (1Kor14,34) oder dass die Feinde zu vernichten seien (wie 1.Kö 18 oder am Ende von Mt 25 oder der Johannesoffenbarung), oder dass Gemeindeglieder wie Ananias und Saphira (Apg5,1ff), wegen eines Immobilienbetrugs mit dem Tod bestraft werden. Automatisch ist heute nicht Recht, was gestern Recht war. Umgekehrt: Was gestern Recht war, kann heute Unrecht sein, auch wenn der ehemalige Marinerichter und Ministerpräsident Filbinger das anders sieht. „Freiheit vom Gesetz“ meint keinen Abschied vom biblischen Gesetz, sondern einmal die *Freiheit, Gottes „Weisung“* (Tora) als Weisung zum Leben immer wieder zu studieren und zuspitzend *in die Gegenwart hineinzuziehen*. Zum anderen meint es, mit *Gottes Geistesgegenwart* zu rechnen, die uns das *heute* Verbindliche und zu Verwirklichende zeigt.

13. Dieser schon innerbiblische, kreative Innovations- und Auslegungsprozess verdankt sich einer Geschichtsauffassung, die nicht zyklisch, sondern geschichtlich denkt, also von einem *Anfang* her und auf ein *Ziel hin*. Sie kennt in der Bestimmung der Welt und des Menschen einen *Sinn in der Geschichte* und lebt und arbeitet dementsprechend weder sinn- noch ziellos. Die biblische Ethik ist nicht geschichtsscheu, sie ist ins gelingende Geschehen verliebt und riskiert deshalb neue Wege – will sie denn zum Ziel einer Welt ohne Hunger, ohne Schwerter, ohne Tränen, ohne Gotteshäuser, ohne Leid führen. Das ist das Ziel der messianischen Hoffnungen, die Juden und Christen teilen.

14. Die „Messianischen“, sprich die ChristInnen glauben nun, dass nach der Niederlage der Todesmächte auf Golgatha mit dem neuen Leben Jesu die „neue Schöpfung“, der „neue Himmel und die neue Erde“, die „Vollendung der Welt“ *angefangen* hat. Dieser *verwegene Glaube* hat zwei Konsequenzen: Einmal inhaltlich, dass die prophetischen Hoffnungen auf Frieden und Gerechtigkeit unmittelbar zur gewaltfreien Alltagsethik der „Messianischen“ werden. Die Bergpredigt macht das deutlich. Zum anderen strukturell, dass auf dem langen Weg des „Leibes Christi“, des Messias also, nichts als die „imitatio Christi“ angesagt ist. Der Messias lebt auf Erden, das sagt die „Inkarnation“, die Menschwerdung Gottes, in seinem Leib, der Christenheit.

15. Dabei ist *realistisch* ebenso die *Fähigkeit* eines jeden Menschen in Rechnung zu stellen, dass er *Gottes gute Schöpfung korrumpieren* kann – verantwortungslos wie Adam und Eva, mörderisch wie Kain und Abel, schöpfergefährdend wie die Sintflut zeigt, oder arrogant und Verstehen blockierend wie in der Geschichte vom Turmbau zu Babel. Diese und ähnliche Geschichten legitimieren keine mich determinierende „Erbsünde“, sondern *dagegen die Fähigkeit*, die *Menschenwelt* in Richtung eines „neuen Himmels und einer neuen Erde“ durch Gottes/Christi Geist *menschlich zu gestalten*. Gegen alle nicht zu leugnenden Heillosigkeiten und gegen alle menschlichen Kapazitäten zum Unheil und zu gewalttätigen Sinnlosigkeiten gehört die bibelinspierte Gemeinde zu den *Weltverbesserern* (im Judentum heißt das *tikkun olam*). Wie bei Jesus ist die Zweinaturenlehre (wahrer Gott und wahrer Mensch) auch beim Menschen nicht statisch zu verstehen. Jeder Mensch ist zugleich „wahrer Sünder und wahre(r) NachfolgerIn/MitarbeiterIn Gottes“ mit der expliziten Befähigung und Beauftragung, durch Gottes Geist und Willen, in der Nachfolge z. B. die bisher zu wenig ausprobierte Bergpredigt zu tun und so das Haus der Welt auf Felsen statt auf Sand (Mt 7,24ff) zu bauen.

16. Die christliche Gemeinde in ihren verschiedenen Gestalten ist der Ort des *konziliaren Prozesses*, wo man an der Konkretisierung und Aktualisierung der biblischen Botschaft sich abarbeitete – ähnlich wie im gleichzeitigen rabbinischen Diskurs, die zum unabgeschlossenen Diskursprotokoll in Talmud und Midrasch führten. Hier trafen die unterschiedlichen Analysen der Wirklichkeit wie die Werte zur Wirklichkeitsgestaltung aufeinander. Hier wurde scharf und handlungsorientiert diskutiert. Mit der Verstaatlichung des Christentum und der Verchristlichung des Staates nach Konstantin werden die Freiheitsräume enger, Autoritäten und Rechte zur Glaubensabsicherung stärker. Die Neuentdeckung des konziliaren Arbeitens in der Christenheit der Neuzeit stimmt, weil ein Schritt ins Offene, hoffnungsvoll. Die

Befreiungstheologie spricht von den Schritten „Sehen – Prüfen – Handeln“. Dabei wird ein *Konsens* angestrebt, der gemeinsames Handeln ermöglicht, der aber nicht erzwungen oder zur Voraussetzung christlichen Handelns gemacht werden darf.

17. Ethisches Subjekt ist die freie und *einsame Gewissensentscheidung* eines Einzelnen ebenso wie die Gemeinde. Beide handelnden Subjekte nehmen ihr Gegenüber wie ihr Handlungsfeld auch dadurch ernst, dass sie sich um Plausibilität ihrer Argumente bemühen. Eine Gesinnungsethik ist nur dann eine Glaubensethik, wenn sie zugleich Verantwortungsethik ist, also nach den Voraussetzungen und Folgen ihres Tuns und Lassens fragt. Gemeinde und Einzelne nehmen ihr Gegenüber nicht ernst, sondern berauben (*privare*) es um einen lebens- und friedensförderlichen Beitrag durch eine Privatisierung des Glaubens:

18. Jeder Mensch hat als „Hohlraum“, als Potenz ein *Gewissen*. Das steht nicht in Frage. Entscheidend ist die Frage einmal, womit dieser Hohlraum gefüllt, in welche Richtung diese Potenz gesteuert wird. Zum andern darf die Realität nicht übersehen werden, dass das Gewissen (wie das der Kirche, der Wissenschaft, der Medien etc.) einschlafen, erodieren oder verfetten kann, angepasst, bestochen, eingeschüchtert, gekauft oder abgestumpft werden kann. „*Sein Gewissen war rein, er benutzte es nie*“ (Jerzy Stanislaus Lec):

19. Gewissen wie Gemeinden bedürfen der ständigen *Informations- und Motivationszufuhr* durch Praxis- und Gemeinschaftserfahrung, durch Gottesdienste und Feiern.

20-22...

23. Biblische Ethik denkt hoch von jedem Menschen, da sie ihn als *Gottes Ebenbild* ansieht. Das hat zur Folge, dass *jeder Mensch* an der menschlichen Bemühung, menschliches Leben, Zusammenleben und Überleben menschlich zu gestalten, zu *beteiligen ist*. Das ist die Verantwortung für die Politik, die *res publica*. Diesen Grundgedanken haben Demokratie und christlicher Glaube gemeinsam. „Die Demokratie, wie sie in der abendländischen Welt seit dem Eintritt des Christentums in die Geschichte gewachsen ist, hat nun einmal mehr mit dem Christentum zu tun, als irgendeine autoritäre Staatsform, die das *Recht und die Freiheit für den einzelnen* verneint“ (Martin Niemöller 1945).

24. Biblische Ethik denkt hoch vom Menschen, da jeder Mensch dem Nächsten kein tötender Kain, kein wegschauender Priester, kein vorübereilender Levit, keine um Selbsterhaltung bemühte Kirche sein oder bleiben muss, sondern *Nächste/r* werden kann und soll.

25. Biblische Ethik denkt hoch vom Menschen, weil sie ihn ermächtigt und *ermutigt, sich an Gottes/Jesu Christi Tun zu beteiligen*: Menschen von Schuld und Armut, Gewalt und Angst, Unterdrückung und Krankheit, Hoffnungslosigkeit und Unrecht, Blindheit und Lähmung zu *befreien*.

26. *Demokratie wird ausgehöhlt*, wenn ihre Menschen die Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden, Recht und Barmherzigkeit, Freiheit und Wahrheit, Menschenwürde und Bewahrung der Schöpfung an andere Institutionen oder Autoritäten abtreten, statt sie selbst voranzutreiben. Alexis de Tocqueville beschreibt 1835 die Gefährdung der Demokratie von innen: „Ich will entwerfen, unter welchen neuen Zügen der Despotismus sich in der Welt einstellen könnte: Ich sehe eine unübersehbare Menge ähnlicher und gleicher Menschen, die sich rastlos um sich selbst drehen, um sich kleine und gewöhnliche Freuden zu verschaffen, die ihr Herz ausfüllen. Jeder von ihnen ist, ganz auf sich zurückgezogen, *dem Schicksal aller anderen gegenüber wie unbeteiligt*.“ Darüber sieht Tocqueville eine „gewaltige Vormundschaftsgewalt“ milde existieren, die „sorgt für ihre Sicherheit...erleichtert ihre Vergnügungen, führt ihre wichtigsten Geschäfte...Könnte sie ihnen nicht vollends die Sorge, zu denken, abnehmen und die Mühe, zu leben?“ (Demokratie in Amerika, S. 206f). Heute ist stärker als der Staat jene milde „Vormundschaftsgewalt“ in die internationalisierte Wirtschaft. Sie wird nicht ungerne akzeptiert, weil sie in den wohlhabenden Regionen der Welt ihre Konsumenten mit Wohlstand honoriert. In den ärmeren versucht sie, den Wohlstand als automatische Folge eines freien Weltmarkts darzustellen – eine Zukunftsverheißung, die immer weniger Glauben findet.

27. *Gerechtigkeit und Frieden* (Schalom) sind als Gottes Eigenschaften *biblische Hauptworte*: Sie sind der Inbegriff der Zielvorstellung und Handlungsorientierung des *Reiches Gottes*, das, nach Martin Buber, das *Reich der Menschen* ist, wie es einmal *werden* soll.

28. Es schließt ein: *Frieden und Gerechtigkeit* mit den und für die anderen, gerade auch mit Feinden, zu suchen. Was Gottes Gabe an die Menschen ist, wird zur *menschlichen Aufgabe*.

29. Weil ein solcher Frieden ein gerechter Frieden zwischen Menschen ist, ist ein Friedensschluss, eine Versöhnung, ein *Sich-Abfinden mit Krieg und Unrecht ausgeschlossen*. Es bedeutete die Versöhnung mit der Sünde statt mit dem Sünder (D. Bonhoeffer: Nachfolge 1937). Hier etablierte sich eine *falsche Toleranz*, die das duldet, was nach der biblischen Botschaft nicht zu dulden ist. Diese Toleranz schiebt sich gern als großzügige Gleich-Gültigkeit auf dem Markt der Konzepte und Sinnstifter an die Stelle eines Respektes, der *das Anderssein des Anderen respektiert*.

30. „Frieden ist die Frucht der Gerechtigkeit“ (Jes 32,17). *Ohne Gerechtigkeit ist Frieden nicht zu haben*. Evangelische wie Römisch-Katholische Kirche sprechen deshalb heute *nicht* mehr vom „*Gerechten Krieg*“ als dem Grundgedanken jeder christlichen Friedensethik, sondern vom „*Gerechten Frieden*“.

31-33...

34. Ohne den *Druck einer öffentlichen Meinung* und engagierter Organisationen und Personen bewegt sich nichts. Die Christenheit ist aufgrund ihres biblischen Grundgesetzes eine dieser prägenden Faktoren.

35. Christus macht die Glaubwürdigkeit seiner Leute und Gemeinden an deren Identifikation und Solidarität mit denen fest, die (nach Mt 25 und Jes 58) kein Brot haben (es fehlt einem Drittel der Weltbevölkerung), kein Wasser (über eine Milliarde Menschen hat zuwenig oder nur unsauberes Wasser), kein Zuhause (über 70 Millionen sind auf der Flucht), keine Kleidung, Freiheit oder Gesundheit haben. Diese biblische Aufzählung ist die Grundform der Liste, die die UNO als die „*basic needs*“ für die Armen definiert. Sie abzuarbeiten, hat die internationale Staatengemeinschaft beschlossen, 0,7% des jeweiligen Bruttosozialprodukts zur Verfügung zu stellen. Dieser Minibruchteil des Rüstungsetats wird von der Bundesrepublik mit 0,23% nicht erfüllt.

36. Die von den europäischen (religiös geschlossenen) Staaten und Staatskirchen aus Europa ausgewiesenen unabhängigen Kirchen und Friedenskirchen, mit ihren Wirtschafts- und Freiheitsflüchtlingen, haben in den USA mit *christlicher Motivation das hohe Gut der Menschenrechte* entwickelt. In Frankreich wurden sie gegen eine staatsnahe und feudalistische Hofkirche, aber in den biblischen Begriffen *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* zum Glück für Europa erkämpft und anerkannt, wenn auch längst nicht überall durchgesetzt.

37. Immer waren es *Minderheiten*, die das nicht Selbstverständliche, ja Verbotene (Gewissensfreiheit, Menschenrechte, Kriegsdienstverweigerung, Abschaffung der Kinderarbeit und des Sklavenhandels) im Interesse einer *Humanisierung der ganzen Gesellschaft* durchsetzten. Eine der Aufgaben ist es, die babylonische Gefangenschaft der Politik (gerade der armen, aber auch der reichen Länder) durch die herrschende Weltwirtschaftsordnung zu beenden. Eine Demokratisierung der demokratiefreien Zone dieser Weltwirtschaftsordnung (mit Weltbank, Internationalem Währungsfonds und World Trade Organisation) ist unerlässlich.

38. Eine *Lehre vom gerechten Krieg*, die einmal in der nicht-christlichen (z. B. Cicero) und christlichen (z. B. Augu-

stin) Tradition entwickelt worden war, um Krieg und Gewalt *einzu-dämmen*, hat in der Geschichte *mehr Gewalt legitimiert als verhindert*. Ihre humanisierenden Kriterien wurden *in den meisten Kriegen verletzt*. Sie hatte ihre Zeit wie Kreuzzüge, Hexenverbrennung oder Kolonialismus. Sie über den Gedanken der nicht auszuschließenden „ultima ratio“ wieder zu beleben, wird weder den Kapazitäten totaler Vernichtungs- und Demütigungstechniken heute noch dem Wunsch der Opfer von sog. gerechten Kriegen gerecht.

39. Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) erklärt 1948: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein“. Er versammelt aber in sich a) ChristInnen, die (wie die historischen Friedenskirchen der Mennoniten, Quäker etc.) prinzipielle Pazifisten sind, b) solche, die die Entscheidung über Krieg und Frieden als eine praktische Ermessensfrage der Politik überlassen und c) solche, die den Krieg als ultima ratio für denkbar halten. Wie im Vatikan verstärkt sich – nicht ohne Druck – eine Ethik des „gerechten Friedens“ gegenüber den drei klassischen Strömungen. Die *Strömung a)* muss *verstärkt* werden. Sie entspringt am nächsten der biblischen Quelle.

40. Der Krieg muss als Institution abgeschafft werden. Sonst schafft er die Menschheit und die Menschlichkeit ab. Noch ist dieser Satz eine Utopie. Aber die Mühsal ist notwendig, ihn in kleine und große Schritte nationaler und internationaler Bewusstseinsbildung und Politik umzusetzen, um aus der Utopie schrittweise Realität zu machen,

- weil die modernen *Massenvernichtungsmittel* (das sind nicht nur ABC-Waffen, sondern auch *Minen, Bomben und Kleinwaffen*, die Arbeitsplätze bei den Produzenten schaffen, sie bei den Opfern vernichten, die als Beihilfe zum Mord den Händlern des Todes Rendite bringen) mehr Zivilisten als Soldaten töten und Lebensgrundlagen zerstören, wie die Friedensruinen in Vietnam, Afghanistan, Angola, Tschetschenien, auf dem Balkan oder in Somalia etc. belegen die über 400 Millionen in aller Welt Landminen töten oder verletzen jeden Monat 2000 Menschen, meistens Kinder,
- weil die *Ursachen* von Krieg und Gewalt zu bekämpfen *versäumt* wird,
- weil im Zuge der *Entstaatlichung* Bürgerkriegsparteien (Warlords) und ökonomische Interessen (Drogen-, Edelmetall-, Diamanten- und Ölhandel etc.) jenseits aller nationalen und internationalen Rechtssysteme ihre Kriege und „Friedensschlüsse“ praktizieren. Es braucht keinen Staat mit Gewaltmonopol in Angola, Guatemala oder im Kongo, der Frieden und Gerechtigkeit für möglichst viele Menschen durchsetzen kann. Warlords als Geschäftspartner im Drogen-, Öl-, Diamanten- und Waffengeschäft reichen den Vertretern der Industrieländer auch als Vertragspartner aus,

- weil der notwendige Kampf gegen die vielen Spielarten und Ursachen des *internationalen Terrorismus* nicht als Krieg mit Panzern und Raketen zu gewinnen ist,
- weil einem globalisierten Weltmarkt, einem globalisierten Finanz- und Kommunikationssystem (z. B. der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds, der World Trade Organisation) das Recht einer *Partizipation aller*, gerade der Armen, Machtlosen und Minderheiten, *fehlt*:

41. Recht und Gerechtigkeit ohne *Sanktionsmöglichkeiten* bleiben guter Wille und Papier. Deswegen ist über international vereinbarte und kontrollierbare Sanktionsmöglichkeiten nachzudenken, die in *Analogie zur Polizei* Rechtsbrecher, deren brutalste Vertreter Terroristen aller Lager sind, hindern, festsetzen und bestrafen.

42. Ohne den teilweisen *Verzicht auf nationale Macht und nationales Recht*, gerade der sog. Großmächte und Vetomächte im Sicherheitsrat (die zugleich die größten Waffenhändler sind), ist der Aufbau eines internationalen Rechts- und Sanktionssystems (beispielsweise der UNO, ihrer Gerichtshöfe, aber auch regionaler Zusammenschlüsse) nicht möglich.

43. Gerechtigkeit und Frieden sind nach christlicher Auffassung *universale Werte*, dürfen also nicht nationalen, wirtschaftlichen oder Block-Interessen unterworfen werden.

44. Waffenproduktion, *Waffenhandel* und -export sind wie *Skavenhandel oder Kinderpornografie* als unethisch zu ächten und zu überwinden. Hier wird mit Todesmitteln statt mit Lebensmitteln Geld verdient.

45. Aus der christlich-ethischen Tradition des „Tyranenmordes“ hat sich ein *Widerstandsrecht* entwickelt, das nicht nur vom *Widerstand* gegen das NS-Regime, sondern auch von Befreiungsbewegungen in Anspruch genommen wird. Der Ökumenische Rat der Kirchen (mit seinen 343 Mitgliedskirchen) vertritt 1966 auf seiner Konferenz „Kirche und Gesellschaft“, so wie der Vatikan in seiner Enzyklika „*Populorum Progressio*“ 1967, den Gedanken, dass die Duldung lang andauernder, struktureller und ungerechter Gewalt die größere Schuld sein könnte als die kurze Anwendung von revolutionärer Gewalt zu ihrer Überwindung.

46. Voraussetzung dieser *nicht in einer Lehre von der „gerechten Revolution“* zu systematisierenden Handlungsmöglichkeit ist: Sie ist und muss ein *Grenzfall* der Notwehr bleiben. Sie darf nie zum Präzedenzfall werden. Seine Anwendung macht *schuldig*, verlangt also eine gewissenhaften Prüfung evtl. durch den Internationalen Strafgerichtshof.

47. Keine Religion und kein politisches oder ökonomisches Konzept hat einen *Monopolanspruch*, die Lösung für die anstehenden Weltprobleme zu haben – es sei denn um den Preis eines *Fundamentalismus*...

48. Fundamentalismus zeichnet sich durch ein ausgeprägtes *Freund-Feind-Schema* aus, das die *Gewalt* der „Guten“ gegen die „Bösen“ legitimiert. Er verbietet in seinen autoritären Strukturen, Alternativen zu denken oder ernst zu nehmen. Er sucht *Sündenböcke*, statt Ursachenforschung zu betreiben. Er will *anti-modern* heutige Probleme, deren Schwierigkeiten radikal vereinfacht werden, mit dem Denken und den Mitteln von gestern lösen.

49. Angesagt ist in einer vielgestaltigen Welt unterschiedlicher Kulturen, Konzepte und Religionen ein praktisches und diskursives Ringen um „die bessere Gerechtigkeit“ (Mt 5,20), das sich am Rechttun und nicht im Rechthaben misst.

50. Das letzte, noch unabgeschlossene Kriegsbeispiel im Irak ist weiterhin noch öffentlich zu bearbeiten, um ethische, rechtliche und politische Konsequenzen daraus zu ziehen, denn

- ihm fehlt die *völkerrechtliche Legitimation*,
- er verfolgt vorrangig nationale, *hegemoniale* und wirtschaftliche *Interessen*,
- er legitimiert den präventiven Angriffskrieg als *Präzedenzfall für alle Staaten*, die sich stärker als ihre Nachbarn fühlen und auch wie Großmächte ihre nationalen und wirtschaftlichen Interessen mit Gewalt durchsetzen wollen (Kofi Annan am 23.9.03 vor der UNO: Es führt „diese zur Ausbreitung einer einseitigen und gesetzlosen Anwendung von Gewalt“),
- er *ermutigt* zur Verletzung des Proliferationsvertrages und somit zur Weiterverbreitung von Atomwaffen, da er die Lehre nahe legt: Wer Atomwaffen hat, wie Nordkorea, Indien oder Pakistan, wird nicht mit einem Krieg bedroht,
- er gibt den Machthabern in China, Russland, den USA etc. ein „Recht“, ihre Opposition als „*Terroristen*“ zu *definieren* und entsprechend zu vernichten,
- er arbeitet mit *doppelten Standards* zur Durchsetzung von UNO-Resolutionen (Internationaler Gerichtshof, Kyoto-Protokoll, Menschenrechte der Indios, Aidsbekämpfung in Afrika, Aufbau von Zivilgesellschaften in Pakistan, Nordkorea, Somalia und Sierra Leone etc.),
- er zerstört, auch durch die Folgewirkungen – wie z. B. die zwei vorherigen Golfkriege oder der sowjetische Überfall auf Afghanistan –, mehr Leben als er rettet,
- er verdrängt die Schuld aus der Kolonialgeschichte und die Tatsache, dass Saddam Hussein wie die Taliban von eben jenen (und anderen) Mächten mit Waffen ausgerüstet wurden, die heute ein- und angreifen,

- er gefährdet – durch überlagernde, fremde Interessen der Großmächte und der Nachbarstaaten – *Recht, Leben und Integration in die Region* des schon existierenden Staates *Israel* und des (mit dem Ende der israelischen Besetzung und ihrer Siedlungen) noch zu schaffenden Staates *Palästina*. Beide verdanken ihr Recht auf eine nachbarschaftliche Existenz in gesicherten und anerkannten Grenzen dem völkerrechtlich verbindlichen UNO-Beschluss vom November 1947.

Fußnoten

- 1 Thesen des Vorsitzenden der Martin-Niemöller-Stiftung, vortragen auf der Tagung der Akademie Sachsen-Anhalt in Wittenberg im September 2003. Hier in großen Auszügen (die wenigen Ausklammerungen sind markiert) dokumentiert
- 2 M.Weber, Das antike Judentum, Werke, Bd.III, Tübingen 1921, 285

Resolution Nr. 46 des dbv

angenommen von der Mitgliederversammlung des dbv am 17.10.2008 in Halle/Saale

Die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im Sinne von Dietrich Bonhoeffers Friedensethik weiterdenken ^a

Im Herbst 2007 wurde der Öffentlichkeit eine neue EKD-Friedensdenkschrift unter dem Titel „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ vorgestellt.

Wir stimmen zu, dass endlich für gerechten Frieden gesorgt werden muss. Doch verkommt der Begriff „Gerechter Frieden“ nicht zur Worthülse, solange nicht einmal eine geeignete Rechtsordnung durchgesetzt wird, die grundsätzlich jegliche Kriege verbietet? Sie wäre notwendiger Teil einer Weltordnung, mit der keinerlei Kriege mehr geduldet werden. Zu ihrer Stabilisation bedarf sie der Durchsetzung weiterer Elemente in der Welt, wie gewaltfreie Konfliktbearbeitung, staatliches und internationales Gewaltmonopol durch Polizei statt Armeen, Ächtung und Vernichtung sämtlicher ABC- und schweren Waffen einschließlich ihrer Transportträger, kein privater Waffenbesitz.

In der EKD-Denkschrift fehlt uns insbesondere die Verurteilung von Kriegen in allen seinen Formen, eingeschlossen „humanitäre Interventionen“ oder „Kriege gegen den Terror“. Zu verurteilen wäre auch der Missbrauch der von der Denkschrift akzeptierten „Ethik rechtserhaltender Gewalt“ in Ziffer 102. Dagegen ist eine Ethik des Gewaltverzichtes nicht deutlich genug hervorgehoben.

In der Denkschrift findet sich, dass die Drohung mit dem Einsatz nuklearer Waffen friedensethisch nicht mehr zu rechtfertigen sei. Doch „welche politischen und strategischen Folgerungen aus dieser... Einsicht zu ziehen sind, sei in der Kammer umstritten“ (162). Inzwischen führen die Praxis willkürlicher Einteilung in „legitime“, geduldete illegitime und nicht geduldete Nuklearwaffen-Staaten, die Weiterentwicklung von Atomwaffen (u.a. Mini-Nuks) sowie Erstschlagsstrategien zu einer höheren Auslöschungsfahr der gesamten Menschheit als in der Phase des „Kalten Krieges“. Nach wie vor ist in Form „nuklearer Teilhabe“ ein Einsatz der Bundeswehr mit den nahe Büchel gelagerten USA-Atomwaffen möglich. Hier fehlt uns das klare Urteil, dass bereits jeglicher Besitz von Kernwaffen aus christlicher Sicht ein anzuprangerndes Verbrechen darstellt.

Führende Weltpolitiker und ausführende Organe neigen immer mehr dazu, Konflikte durch militärische Gewaltanwendungen statt durch Verhandlungen zu lösen. Konflikte werden bewusst aus (wirtschaftlichem) Eigeninteresse geschürt. Gewalt ist aber keine Lösung. Sie führt zu Gegengewalt, unter anderem zu terroristischen Aktivitäten. „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ (Kirchenkonferenz Amsterdam 1948). Wir fordern auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren und an der Neuentwicklung einer Kultur des Friedens zu arbeiten. Die Grundlage dazu bildet die Ethik der Bergpredigt.

Wir vermissen in der Denkschrift eine kritische Analyse „neoliberal vermachteter“ Wirtschaft im Dienst des Kapitals, das heißt, politisch sanktionierter Strukturen mit insbesondere transnational agierenden Großunternehmen auf Kosten des Gemeinwohls sowie auf Kosten von Stabilität und Zukunftsfähigkeit. Ebenso vermissen wir ein Bewusstmachen, dass gerechter Frieden ohne politisch durchzusetzende ökonomische und ökologische Gerechtigkeit Illusion bleiben dürfte. Hierzu zählt auch zwingend die Beendigung des mit nicht-militärischen Mitteln geführten Krieges gegen die Schöpfung mit verheerenden Auswirkungen für die nachfolgenden Generationen, unter anderem durch ungebrochene Emission von Treibhausgasen sowie Ressourcenübernutzung.

„Wann wird die Zeit kommen, da die Christenheit das rechte Wort zur rechten Stunde sagt?“ war die Einsicht Dietrich Bonhoeffers, dass fast nie ein Wort der Kirchen rechtzeitig ausgesprochen wird. Nach der friedensethischen Erkenntnis Bonhoeffers muss der Frieden gewagt werden, statt diesen mit militärischer Gewalt oder Gewaltandrohung zu sichern. Er fordert für diese Welt eine Erhaltungsordnung gegen die Sünde. Bestünde dann praktizierte Feindesliebe im Sinne des Evangeli-

ums Jesu nicht zunächst in Werken der Vergebung und Versöhnung zur Aufarbeitung einer von Gewalt und Unrecht strotzenden Geschichte?

Wir bezweifeln, dass die EKD-Denkschrift den Lernprozess hinsichtlich der Verheißung des Propheten Micha „... sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden und lernen, keine Kriege mehr zu führen“ durchgreifend beschleunigen hilft.

Fußnoten

- 1 Diese Resolution wurde nach langer und z.T. auch kontroverser Diskussion einmütig (bei 4 Enthaltungen) in Halle verabschiedet.

WOLFGANG RHODE-LIEBENAU

Bundeswehr und Friedens-Denkschrift

In der Evangelischen Akademie Tutzing fand eine Tagung zum Thema Transformation der Bundeswehr statt. Geladen waren Offiziere der Bundeswehr und es kamen auch kritische Offiziere und Zivilisten. Das Programm sollte die *neue Friedens-Denkschrift der EKD* behandeln, die Militärseelsorge und zahlreiche Aspekte der Auslandseinsätze der deutschen Bundeswehr. Die Problematik der vom „Weißbuch“ vorgegebenen Transformation der Bundeswehr wurde allerdings nicht vertieft diskutiert.

Tatsächlich wurde am ersten Abend durch die Militärdekanen Schulz und Gronbach kein kritischer Zugang zum Tagungsthema ermöglicht, sondern eine nicht zum Dialog bereite Nabelschau der Militärdekanen. Der neue Militärdekan berichtete, dass er sieben Jahre beim KSK in Calw und anschließend beim Einsatz-Führungskommando in Potsdam gearbeitet hatte. Auf die Frage, ob er die Inhalte seiner seelsorgerischen Arbeit schildern könne, antwortete er, dass dies „geheim“ sei. Immerhin hörte man, dass der Militärseelsorger für manche Soldaten „der Einzige ist, zu dem er ohne Angst ehrlich sein kann.“ Daher ergaben sich auch sehr ehrliche kritische Anfragen durch die Offiziere Jürgen Rose und Florian Pfaff, die in ihrer Ablehnung von zweifelhaften, völkerrechtswidrigen Befehlen in Deutschland gut bekannt sind.

Ein Lichtblick war der Vortrag eines Offiziers vom Zentrum für Innere Führung der Bundeswehr über Auftrag und Legitimation des Afghanistan Einsatzes. Er stellte klar, dass nicht nur die Frage nach politisch gewollten Einsätzen zu stellen ist, sondern auch nach der recht-

lichen und moralischen Begründung dieser Einsätze. Zur politischen Begründung, dass dort der Terrorismus zu bekämpfen sei meinte er: „das ist nicht unsere Aufgabe.“ Die Politik- und Parteienverdrossenheit in Deutschland könne sich nur ins Positive wenden, wenn die Anforderungen der Tagespolitik wieder mit den verfassungs- und völkerrechtlichen Anforderungen in Einklang gebracht werden. Der Berliner Professor Kutscha stellte genau diese verfassungsrechtlichen Anforderungen und die Grenzen der Gehorsampflicht in vorbildlicher Weise dar. Nicht Kadavergehorsam sei gefragt, wie in der Zeit vor 1945, sondern die Rückkehr zum Staatsbürger in Uniform, der die Friedenspflicht des Grundgesetzes verinnerlicht hat. Absurditäten – wie die Aussage in einer schriftlichen Anweisung, dass das Völkerrecht „nach Möglichkeit“ einzuhalten sei – oder die Feststellung des Bundesministers Schäuble von 1997, dass „die Verfassung sich immer mehr zu einer Kette für die Regierung entwickle“ wurden von diesem Vortragenden mit Recht deutlich kritisiert. Noch mehr Kritik ergab sich in den Arbeitsgruppen, besonders bei Dr. Jürgen Groß von der Universität Hamburg, der die Rechtfertigung von Militäreinsätzen durch nationale Interessen deutlich kritisierte.

Nachdem der Militärpfarrer der Münchener Universität der Bundeswehr am ersten Abend mit seinem Vortrag über die neue Friedensdenkschrift und die Bundeswehr fehlte, hat das Fehlen eines Generals aus Bonn mit seinem Vortrag über Befehle und Gehorsam in der Modernen Armee dem Vorsitzenden der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD, Herrn Prof. Härle genügend Zeit zu seiner Darstellung des Übergangs vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden gegeben. Härle stellte positive Aspekte dieser Friedensdenkschrift dar, aber er hat mit dem Stichwort von „abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit“ die wirkliche Zielsetzung dieser Denkschrift nicht vermittelt, denn dort heißt es (auf S. 54): „Friede erschöpft sich nicht in der Abwesenheit von Gewalt, sondern hat ein *Zusammenleben in Gerechtigkeit zum Ziel.*“

Erst wenn wir verstehen, dass unsere Aufgabenstellung nicht etwa eine „etwas zunehmende Gerechtigkeit“ ist, sondern ein Zusammenleben in Gerechtigkeit auf diesem Globus mit allen seinen sehr unterschiedlichen Menschen, werden wir die Zielsetzung von verantwortungsbewussten Christen erreichen können – mit immer weniger und nicht etwa mit mehr Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

So wie ich keine Schwierigkeit habe anzunehmen, dass ein Weizenkorn, das in der Erde stirbt, zu blühenden Ähren und zu einem neuen Weizenkorn wird, so habe ich auch keine Schwierigkeit zu glauben, dass das wunderbare Wesen Mensch, das auf Erden stirbt, auferstehen wird zu einem neuen Leben in einem Paradies voller Freude.

Phil Bosmans



Hans-Otto Hagemester (links) auf der Wir sind Kirche-Bundesversammlung im März 2007 in Dresden, auf der er zum Vorsitzenden des Fördervereins Wir sind Kirche e.V. gewählt wurde.

Die Arbeitsgemeinschaft „Kirche gestalten“ des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) trauert um Hans-Otto Hagemester, der am 11. September 2008 auf einer Bergtour im 57. Lebensjahr verstarb.

Hans-Otto Hagemester war Mitarbeiter in der KirchenVolksBewegung Wir sind Kirche. Er hat in diese Arbeit seine große fachliche Kompetenz und sein uneingeschränktes Engagement eingebracht.

Er interessierte sich besonders für die Fragen des Kirchensteuerrechts und hat sich aktiv an den Diskussionen der Arbeitsgemeinschaft „Kirche gestalten“ des dbv beteiligt. Seine kritischen, aber immer konstruktiven Beiträge haben uns immer wieder sachlich vorangebracht.

In seinen Auffassungen hat er unsere ökumenische Grundüberzeugung geteilt, dass eine Reform der Kirche sich nicht nur mit einer Teilkirche beschäftigen darf, sondern die Gemeinschaft aller Kirchen im Auge haben muss.

Wir gedenken seiner in Dankbarkeit und Ehren.

Martin Niemöller Stiftung

Steingasse 9
65183 Wiesbaden
Tel. 0611/ 9 54 54 86
Fax 0611/ 80 69 85
info@martin-niemoeller-stiftung.de
www.martin-niemoeller-stiftung.de

07.10.2008

**An die Abgeordnete des Deutschen Bundestages
An die Bundesregierung**

Appell zur Entscheidung des Bundestages über den weiteren Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr

Es geht darum, in einem überschaubaren Zeitraum die Bedingungen eines gewaltfreien Zusammenlebens in Afghanistan wieder herzustellen. Nur wenn eine Lösung von einer Mehrheit aller Bevölkerungsanteile in Afghanistan gemeinsam getragen wird, ist Frieden in diesem Lande auf Dauer möglich. Die friedensethische und friedenspolitische Verantwortung des Deutschen Bundestages ist es, die seitens Deutschlands nötigen Beschlüsse dazu zu fassen, insbesondere zur Frage einer Exit-Strategie und damit des weiteren Einsatzes der Bundeswehr.

In der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“, 2007, heißt es im Abschnitt 102 über den im äußersten Falle ethisch verantwortbaren Gewaltgebrauch: „Der Gewaltgebrauch muss durch das Ziel begrenzt sein, die Bedingungen des gewaltfreien Zusammenlebens (wieder-) herzustellen und muss über eine darauf bezogene Konzeption verfügen.“

Die Sicherheitslage hat sich in fast allen Landesteilen Afghanistan dramatisch verschlechtert. Die südlichen und südöstlichen Provinzen werden stärker von Taliban und Aufständischen als von Regierungsvertretern und ISAF beherrscht. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist insbesondere in diesen Regionen weitgehend zum Stillstand gekommen. Der bisher schon „robuste“ Militäreinsatz der NATO hat Gegenkräfte bei Taliban und Al Qaida-Strukturen mobilisiert. Das Rezept „Krieg gegen den Terror“ und „noch mehr Militäreinsätze“ schafft immer größere „Kollateralschäden“, die zu Vertrauensverlust und wachsendem Widerstand in der afghanischen Bevölkerung führen. Die massive Ausweitung des Drogenanbaus ist nicht verhindert worden.

Unter diesen Bedingungen sind ein „Weiter so“ und eine einfache Verlängerung der Mandate nicht verantwortbar, weil sie nicht dem Ziel eines befriedeten und selbstbestimmten Afghanistans dienen. Notwendig ist eine politische und langfristig angelegte Umsteuerung zu zivilen gewaltfreien Schwerpunkten. Damit könnte die der jahrzehntelangen Kriege überdrüssige Bevölkerung gegen gewaltbereite Kräfte gestärkt werden. Deutschland sollte bei seinem Engagement für Afghanistan auch im Zusammenhang mit der Verlängerung von Mandaten – ein sofortiger Abzug wäre nach dieser Vorgeschichte nicht verantwortbar – folgende Gesichtspunkte mit Nachdruck auch gegenüber seinen Partnern einbringen:

Geschäftsführender Vorstand
Prof. D. Martin Stöhr, Vors.
Dr. Reinhard Höppner, 2. Vors.
Elfriede Begrich
Ulrich Frey
Daniel Gaede
Ingrid Rumpf
Claudia Sievers

Erweiterter Vorstand
Dr. Franziska Conrad
Dr. Guido Hausmann
Prof. Dr. Hajo Funke
Michael Germer
Ulrike Holler

Dr. Inge Jens
Dr. Karl Martin
Dr. Björn Mensing
Prof. Dr. Joachim Perels
Ernst-Ewald Roth
Gabriele Scherle

Geschäftsführung:
Claudia Sievers
Konto:
Postbank Frankfurt
4151 - 604 BLZ 500 100 60

.1. Frieden und Sicherheit lassen sich nicht von außen, von oben (top-down) und schon gar nicht mit Gewalt erzwingen. Der Ausschluss von moderaten Taliban aus dem politischen Prozess eskaliert die Gewalt. Dagegen schafft die Inklusion aller am Konflikt beteiligten konstruktiven Kräfte Raum für deeskalierende **Verhandlungen und Kooperationen**. Das bedeutet, dass alle afghanischen gesellschaftlichen Kräfte (auch die Taliban) in die Suche nach einer gerechten und stabilen Lösung (lieber früher als später) einbezogen werden müssen. Ohne einen fairen, innerafghanisch verhandelten gesellschaftlichen Interessenausgleich, zu dem Machtteilung, Armutsminderung und ein faires Steuer- und Abgabensystem gehören, ist eine nachhaltige Friedenssicherung nicht möglich. Eine Entwicklungszusammenarbeit mit Respekt vor den Kompetenzen und Bedürfnissen möglichst vieler Afghanen muss diesem Interessenausgleich dienen. Ohne die Einbeziehung der Sicherheits- und Lebensbedürfnisse auch des Gegners in die eigene Sicherheitsstrategie, das zeigt gerade die Geschichte Afghanistans, sind alle Befriedungsversuche zum Scheitern verurteilt. Das gilt auch im Blick auf die Sicherheitsinteressen der Nachbarstaaten, insbesondere Pakistans.

2. **Demokratische Strukturen** können nur von unten (bottom-up) aus vorhandenen Strukturen wachsen. Darum ist der Aufbau lokaler Strukturen gerade auch im ländlichen Raum besonders wichtig. Viele Erfahrungen zeigen, dass ihr Aufbau dort eine besondere Chance hat, wo er mit Armutsbekämpfung mit Ernährungssicherungs-, Grundbildungs-, Basisgesundheits- und Beschäftigungsprogrammen verknüpft ist. Darum sollte gerade der ländliche Raum stärker gefördert werden. **Die Ausgaben für solche Projekte sollten deutlich höher sein als die für militärische Sicherungsmaßnahmen**. Wo afghanische Autoritäten der Unterstützung bedürfen, sollte die Zusammenarbeit mit der Organisation Islamischer Staaten (OIC) und der UNO (UNAMA) gesucht werden.

3. Solange die Afghanen das Gefühl haben, in einem besetzten Land zu leben, haben alle ausländischen Helfer, gleichgültig ob sie in zivile oder militärische Strukturen eingebunden sind, ein **Glaubwürdigkeitsproblem**. Ihre Gefährdungen steigen. Darum müssen alle militärischen Maßnahmen schrittweise reduziert und auf Ausbildungs- und rein defensive Schutzmaßnahmen konzentriert werden. Jeder militärische Einsatz, der unschuldige Menschen in Mitleidenschaft zieht, untergräbt die Glaubwürdigkeit und provoziert fortgesetzten Terrorismus. Die Glaubwürdigkeit wird auch beeinträchtigt durch den Verdacht, die ausländischen Mächte wollten ihre gesellschaftlichen und damit auch kulturellen Vorstellungen den Afghanen aufzwingen. Darum sollte der Respekt vor der kulturellen Identität des Landes, einschließlich der islamischen Traditionen, ein erkennbares Ziel der Befriedungsbemühungen sein.

In diesem Sinne treten für eine kritische Debatte im Deutschen Bundestag und in der gesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit ein:

Dr. Irene Niemöller

Ulrich Frey, Geschäftsführer Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (ADGF) a.D.

Dr. Reinhard Höppner, Ministerpräsident a.D.

Prof. Dr. Martin Stöhr, Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung

als Erstunterzeichnende für die Martin-Niemöller-Stiftung

CHRISTOPH RINNEBERG

Rezension: „Frieden mit dem Kapital?“ von Ulrich Duchrow und Franz Segbers

Wider die Anpassung der evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft

Publik-Forum-Verlag Oberursel, Oktober 2008.
ISBN 978-3-88095-179-2 – 192 S., € 14,80

Die „Beiträge zur Kritik der Unternehmer-Denkschrift der EKD (Juli 2008)“ hätten wohl kaum zu einer „besseren“ Zeit herausgegeben werden können: Mitten in der – als Finanzkrise medial kommunizierten – Krise des unser Wirtschaftssystem beherrschenden Kapitalismus, rechtzeitig zur Tagung des höchsten Parlaments der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Bremen (02.-05.11.08). In deren Beschlüssen wird sich erweisen, inwieweit die Mitgliedskirchen der EKD sich top-down leiten lassen wollen oder bottom-up ihrer eigenen Haltung zur Frage des Wirtschaftssystems Gehör verschaffen. Diese – so lehren uns insbesondere die bitteren Erfahrungen der Länder des armen, arm gemachten Südens unserer Erde – ist eine Frage auf Leben und Tod.

Ulrich Duchrow und Franz Segbers ist es gelungen, unter sehr knappen Zeitvorgaben ein Dutzend qualifizierter Beiträge ganz unterschiedlicher, in der Öffentlichkeit bekannter Fachleute zu erhalten und in diesem Buch – nach ihren Tätigkeitsfeldern und Perspektiven geordnet – einer Leserschaft zur kritischen Auseinandersetzung anzubieten. Beides, die Leserschaft und die kritische Auseinandersetzung werden nicht auf den Raum der Kirche(n) beschränkt bleiben: *Tua res agitur* – unser aller Sache wird durch das herrschende Wirtschaftssystem besonders stark bestimmt, weil es in nie dagewesener Weise in faktisch alle Bereiche unseres Lebens eingedrungen ist.

Im Grunde ist das Buch ein einziger Appell an die intellektuelle Redlichkeit, also an die Redlichkeit dessen, was dem Intellekt, also der Einsichtsfähigkeit – sowohl der Autorenschaft als auch der durch die Denkschrift angesprochenen Leserschaft – nach dem heutigen Stand an Wissen und Erfahrung zugänglich ist – und an den Mut, die jeweiligen Perspektiven der Betrachtung mit kenntlich zu machen. Letzteres wird bei so einer, „mit einer Stimme sprechenden“ Denkschrift nur eingeschränkt möglich sein, dürfte aber auch nicht so unmöglich sein, wie die Denkschrift vorgibt. In dieser Hinsicht ist das Buch geradezu vorbildlich, weist es doch in seiner Gliederung unübersehbar eben diese Perspektiven der Betrachtung aus:

1. Zu den Erfahrungen in West und Ost unseres Landes äußern (aus der Pfarrerschaft) Silke Niemeyer und Propst a.D. Heino Falcke die Sicht der hier bei uns betroffenen Menschen.
2. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergreift der ehemalige Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, das Wort und entlarvt die „gottgewollte Ordnung von Markt und Wettbewerb“.
3. Wirtschaftswissenschaftlich und sozioethisch nehmen Prof. em. Karl Georg Zinn, Prof. em. Siegfried Katterle, Arne Manzeschke (Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth), Prof. Franz Segbers (Universität Marburg) und der Publizist Christian Felber Stellung.
4. Biblisch und theologisch bieten Ton Veerkamp, Prof. em. Frank Crüsemann, Kuno Füssel und Prof. em. Ulrich Duchrow geradezu Musterexemplare zur sozialkritischen Auslegung beider Testamente und zur Übertragung in unsere heutige Zeit.

Meine eigene Perspektive ist die eines kirchlich und zivilgesellschaftlich engagierten Menschen, dem nach erfüllter Berufstätigkeit – zuletzt an der Fachhochschule Wiesbaden – ein gehöriges Maß an Skepsis gegenüber institutionellen Eigenwilligkeiten und individuellen Interessen geblieben ist. Augen und Ohren sind damit auch für die Genese sowohl dieses Buches als auch der in ihm behandelten Denkschrift offen.

Dem eigentlichen Buchtext vorgeschaltet ist ein 19-seitiges Memorandum, das als Konsequenzen ziehende Zusammenfassung des Buches angesehen werden kann. Dieses Memorandum wendet sich an „Christinnen und Christen, Gemeinden und Kirchen, der Unternehmer-Denkschrift der EKD biblisch-theologisch und wirtschaftswissenschaftlich zu widersprechen“ Denn sie

- a. beschönigt zynisch die insbesondere für die Verliererinnen und Verlierer – weltweit und in unserm Lande – bittere sozioökonomische Realität, entgegen der behaupteten Option für die Armen,
- b. irritiert die Leserschaft durch die Verwendung des längst seines einst gut beleumundeten Inhalts beraubten Begriffs der „Sozialen Marktwirtschaft“, den interessierte Kreise längst umgedeutet haben,
- c. distanziert sich wortlos – ganz dem neoliberalen Mainstream folgend – von ihrem in früheren Erklärungen bekräftigten Votum für eine Einbettung der Wirtschaftspolitik in die Gesellschaftspolitik und
- d. versagt der weltweiten Ökumene – Ökumenischer Rat der Kirchen, Reformierter Weltbund, Lutherischer Weltbund – die gebotene Solidarität und gefährdet so die bisher errungene Einheit.

Sehr praxisnah ist dieses Memorandum zu einem einseitigen Aufruf – zuerst in Publik-Forum Nr. 20/2008

publiziert – „kondensiert“ worden, der in Verbindung mit der Unterzeichnung gewiß dazu beitragen wird, dem Buch die gebührende Aufmerksamkeit und seinem Anliegen die nötige gesellschaftliche Legitimität zu verschaffen. Daß über den Weg des Protests natürlich auch die EKD-Denkschrift trotz ihrer vornehmen – vornehm den Leserinnen und Lesern wichtige Analysen vorenthaltenden – Sprache und Gestaltung nicht nur auf den oberen Etagen der Kirche(n) zur Kenntnis genommen wird sondern auch in den Gemeinden „ankommt“, kann nur gewünscht werden:

www.ekd.de/download/ekd_unternehmer.pdf

Das Buch „Frieden mit dem Kapital?“ wendet sich – freilich veranlasst durch die zugrundeliegende Denkschrift – gemäß Untertitel und Adressierung von Memorandum und Aufruf in erster Linie an Christinnen und Christen, an (christliche) Gemeinden und Kirchen. Natürlich sind sie von dem betroffen, was in der Denkschrift behandelt wird und in dem Buch mit eindrücklichen Fragezeichen versehen wird. Dies darf jedoch nicht im Widerspruch zu der o.g. Einschätzung gesehen werden, daß es weit über den kirchlichen Raum hinaus eine interessierte Leserschaft geben wird. Denn das so treffend betitelte Buch – die treffsichere Vorlage liefert ausgerechnet die „Wirtschaftswoche“, die der Denkschrift die Titelzeile „Frieden mit dem Kapital“ bescherte – behandelt in der Tat die fast uralte Frage des Klassengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital. Dieser alte Streit wird sowohl aus historischer, biblischer Sicht als auch aus den Einsichten heraus, die von den einschlägigen Wissenschaften geboten werden, in diesem Buch heute uns allen plastisch vor Augen geführt, gleichermaßen unfreiwillig und eindeutig unterstützt durch die herrschende Krise des neoliberal dominierten Wirtschaftssystems.

In der Tat ist es das System, das auf's kritischste unter die Lupe genommen werden muß, wie es die Autoren des Buches getan haben. Sie weisen darauf hin, daß wohlfeil und zunächst vielleicht auch einleuchtend angenommen wird, ein System könne nur so gut sein wie die Menschen, die es bedienen. Und sie weisen die Irreführung dieser – die Tatsachen verkennenden – Ideologie nach: Das System belohnt die, die sich eher an die Maxime der Profitsteigerung als den Rest der noch geltenden Regeln halten. Und es bestraft diejenigen, die sich versuchen, als „ehrbare Kaufleute“ über Wasser zu halten. Das jüngste Beispiel hierfür lieferte ausgerechnet der Manager mit einem der höchsten, für höchst unanständig haltbaren Gehälter in unserem Lande, der Chef der Deutschen Bank:

Zu dem seitens der Regierung – zur Rettung „systemrelevanter“ Banken – zur Verfügung gestellten Paket von sage und schreibe rund 500 Milliarden € ließ der „Klas-

senprimus“ der Banker verlauten, er würde sich schämen, davon etwas anzunehmen. Doch diese ehrlich oder unaufrichtig vorgetragene, honorig klingende Haltung wurde sofort von Seinesgleichen, nämlich Managern anderer Banken abgestraft, weil er damit die Nutznießung einer Zwielfichtigkeit, wenn nicht gar Schlimmerem überführte. Dem Anliegen der Autoren kann dieses Exempel für das fast alles bestimmende – und daher endlich mindestens mit wirksamen Bestimmungen zu begrenzende – System nur recht sein.

Wie es – wohl besonders in der Evangelischen Kirche – nicht anders sein kann, ist in der nächsten Zeit nicht nur mit weiteren Reaktionen auf die Denkschrift sondern auch mit Antworten auf die kritischen Stellungnahmen zu rechnen. So äußert sich bereits Prof. Heinrich Bedford-Strohm, Mitglied der EKD-Kammer, in der die jüngste Denkschrift entstanden ist. Er wirft den Autoren des Buchs „Frieden mit dem Kapital?“ einerseits vor, ein Zerrbild aus der Denkschrift hervor gezerzt zu haben, andererseits weiß er sich in ausgesprochen vielen Aussagen und Positionen einig mit den Autoren. Seine „fünf Klarstellungen“ zur Denkschrift betreffen

- vor allem die Ethik unternehmerischen Handelns,
- das alte Verständnis der sozialen Marktwirtschaft,
- das Plädoyer für gut regulierte Kapitalmärkte,
- die Unternehmer als ethische Subjekte und
- den Charakter des „stellvertretenden Konsenses“.

Seine – zum längst in Redlichkeit fälligen Dialog einladenden – Hinweise können mit dazu beitragen, „Frieden mit dem Kapital?“ mit einem noch höheren Maß an Interesse und Aufmerksamkeit zu lesen: „Drum prüfet die Geister“. Mit diesem weisen, biblischen Ratschlag ausgestattet, könnten auch die Autoren der Denkschrift sich eingeladen fühlen zu prüfen, ob nicht ihre Individualisierung des offenkundigen systemischen Versagens Missverständnisse hervorrufen muß – bis zur Vernebelung der Tatsache, daß sie mit großem Bedacht das System als Ganzes entweder nicht zur Sprache oder viel zu gut wegkommen lassen. Es ist schließlich bekannt, daß der Geschäftsführer des Bundes der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) der Wortführer beim Erstellen der Denkschrift gewesen ist.

AUFRUF

Frieden mit dem Kapital?

Ein Aufruf wider die Anpassung der Evangelischen Kirche an die Macht der Wirtschaft

Aufruf an Christinnen und Christen, Gemeinden und Kirchen, der Unternehmerdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland biblisch-theologisch und wirtschaftswissenschaftlich zu widersprechen.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat im Juli 2008 die Denkschrift »Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive« veröffentlicht. Die Unterzeichneten sind trotz im einzelnen unterschiedlicher Herangehensweisen nach sorgfältiger Prüfung – dokumentiert in dem Buch »Frieden mit dem Kapital?« (siehe unten) – zu der Überzeugung gekommen, dass die EKD – nach vorbereitenden Schritten in früheren Äußerungen – mit dieser Denkschrift aus biblisch-theologischer, wirtschaftswissenschaftlicher und weltweit ökumenischer Perspektive offensichtlich einen Irrweg betreten hat:

1. Sie beschönigt die sozio-ökonomische Realität in grotesker Weise und trennt sich damit von der Mehrheit der Erdbevölkerung und auch von den Verlierern und vor allem Verliererinnen in Deutschland, die zunehmend unter den ausschließenden, verarmenden und ökologisch zerstörerischen Folgen des herrschenden Systems leiden.
2. Indem sie diese Realität »Soziale Marktwirtschaft« nennt, statt sie mit ihrem Namen, nämlich neoliberalen Kapitalismus, zu benennen, legitimiert sie diesen – in einer Zeit, in der sich die Mehrheit der Menschen und zunehmend auch Staaten vom Neoliberalismus abwenden. Sie erweckt den Eindruck, als seien zu beobachtende negative Probleme nur auf individuelles Fehlverhalten einzelner Akteure zurückzuführen, und stützt so das bestehende System.
3. Sie distanziert sich von ihren eigenen bisherigen sozialetischen Grundeinsichten, dass das unternehmerische Handeln durch eine widergelagerte Gesellschaftspolitik sozial und ökologisch verträglich in die Gesellschaft eingebettet werden muss (vergleiche das Wirtschafts- und Sozialwort der Kirchen von 1997, Ziffer 143). Sie nimmt stattdessen im Einklang mit dem neoliberalen Mainstream hin, »die staatliche Regulierung auf das Notwendigste« (Ziffer 44) zu begrenzen.
4. Die für diese Denkschrift und ihre Verbreitung Verantwortlichen gefährden die Einheit der EKD mit der weltweiten Gemeinschaft der Kirchen, die sich im *Ökumenischen Rat der Kirchen*



Soeben erscheint:
Ulrich Duchrow und Franz Segbers (Hg.)
Frieden mit dem Kapital?
Wider die Anpassung der evangelischen Kirche
an die Macht der Wirtschaft
Publik-Forum Edition. 192 Seiten. 13,90 Euro
Publik-Forum-Shop Bestell-Nr. 2859

(ÖRK), dem *Reformierten Weltbund* (RWB) und im *Lutherischen Weltbund* (LWB) zusammengeschlossen haben. Denn diese haben sich in einem langen, biblisch begründeten Prozess klar auf die Seite der vom herrschenden System ausgeschlossenen und verarmten Weltbevölkerung und der in ihrer Lebensfähigkeit bedrohten Erde gestellt und haben dem neoliberalen Kapitalismus eine klare Absage erteilt.

Wir rufen alle Christinnen und Christen – besonders die Mitglieder von Synoden auf allen Ebenen – sowie die Gemeinden und Landeskirchen auf, die EKD-Verantwortlichen auf biblisch-theologischer Grundlage und mit klaren Argumenten aufzufordern, diese Denkschrift zu widerrufen, die Anpassung an die herrschenden Mächte in Wirtschaft und Politik aufzugeben, die eigene sozial- und wirtschaftsethischen Traditionslinien ernst zu nehmen sowie unter Berücksichtigung der verheerenden Folgen der ökonomischen Globalisierung weiterzuentwickeln und in die weltweite ökumenische Gemeinschaft der Kirchen zurückzukehren.

Heidelberg, Reformationstag 31. Oktober 2008

Erstunterzeichnende

Frank Crüsemann, Prof. Dr. theol.
Ulrich Duchrow, Prof. Dr. theol.
Heino Falcke, D. Dr. theol.
Christian Felber, Mag. phil.
Kuno Füssel, Dr. theol.
Detlef Hensche, Dr. jur.
Siegfried Katterle, Prof. em. Dr. rer. pol.
Arne Manzeschke, PD Dr. theol.
Silke Niemeyer, Pfarrerin
Franz Segbers, Prof. Dr. theol.
Ton Veerkamp, Lic. theol.
Karl Georg Zinn, Prof. Dr. rer. pol.

Ich unterstütze den Aufruf »Frieden mit dem Kapital?«

Name

Adresse

Unterschrift

Bitte per Post senden an:

Dr. Franz Segbers, Nonnbornstr. 14a, 65779 Kelkheim
oder per E-Mail:
Memorandum@wts.uni-heidelberg.de

Gruppen und Initiativen, die Unterschriften sammeln wollen, finden ein pdf-Formular auf www.publik-forum.de/memorandum
Wir werden die Unterschriften Pfingsten 2009 an den Rat der EKD weiterleiten.

HERBERT PFEIFFER

Gedanken zur Unternehmerdenkschrift der EKD vom Juni 2008

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat im Juni 2008 eine Denkschrift unter dem Titel „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ herausgegeben.¹ Sie hat ein breites Echo gefunden, das sich in einem Spektrum zwischen voller Zustimmung und totaler Ablehnung bewegt.

Die Denkschrift hat zwar gut gemeinte und brauchbare Ansätze, hält aber in vielen Punkten einer kritischen Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung nicht stand. Die vorliegende kritische Betrachtung soll nicht dazu führen, von der EKD zu verlangen, die Denkschrift zurückzuziehen, wie es einige Kritiker tun, sondern sie zu überarbeiten und klare Forderungen an Unternehmer und Politiker mit dem Ziel einer ethisch fundierten Weltwirtschaftsordnung zu stellen. Ermahnungen und Empfehlungen allein reichen nicht aus.

1. Das Bild des Unternehmers

Es gibt ihn zwar noch, den klassischen Unternehmer, der risikobereit sein eigenes Kapital innovativ einsetzt, verantwortlich gegenüber seinen Mitarbeitern und Kunden handelt und sich gesellschaftlich engagiert (11-16)^b. Es sind meistens Handwerker und Unternehmer kleiner und mittelgroßer Produktions- und Dienstleistungsbetriebe, die diesen – auch der herrschenden volkswirtschaftlichen Lehrmeinung entsprechenden – Anforderungen gerecht werden. Großunternehmer vom Typ Robert Bosch, der sagte, lieber Geld verlieren als Vertrauen, und nicht hohe Gehälter bezahle, weil er gut verdiene, sondern gut verdiene, weil er hohe Gehälter bezahle, gehören aber der Geschichte an.

Zum Berufsbild der Unternehmer zählen auch Manager, die selbst nicht Kapitaleigner sind, sondern das Unternehmen anderer – der Aktionäre oder der Eigentümer von GmbH-Anteilen – in deren Auftrag leiten. Insbesondere bei den Managern der zu Vierteljahresberichten verpflichteten 30 DAX-Unternehmen (17) ist zu kritisieren, dass für sie der shareholder value, das „Geldkapital“ und dessen Rendite einen höhern Stellenwert einnimmt als das „Arbeitskapital“^c. Dabei ist die menschliche Arbeit die ausschließliche dynamische Kraft wirtschaftlicher Wertschöpfung. Das Geld dient nur dem Zweck, als Tauschmittel den modernen Wirtschaftskreislauf in Gang zu halten. Da die umlaufende Geldmenge zur Er-

haltung der Geldwertstabilität von den Zentralbanken gesteuert und begrenzt wird und Geld dadurch wie die natürlichen Ressourcen knapp ist, hat auch Geld in Form von Spareinlagen und Krediten einen Preis, den Zins, es hat aber keinen Anteil an der Wertschöpfung. So werden durch Fehlspekulationen auch nicht (echte) Werte vernichtet (80), sondern lediglich Scheingewinne zum Platzen gebracht.

Unternehmer und Manager im Bank- und Versicherungswesen haben die Pflicht, die Spareinlagen ihrer Kunden sicher anzulegen und nicht spekulativ. Aber gerade auf den Finanzmärkten tummeln sich heute skrupellose Unternehmer, die sparwilligen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Finanzgeschäften wenig auskennen, hoch risikobehaftete Finanztitel, von denen es inzwischen eine unzählige Artenvielfalt gibt, mit dem Versprechen hoher nachhaltiger Renditen anpreisen. Es ist paradox, dass gerade in diesem Bereich die Manager mehr Laissez-faire und weniger staatliche Einmischung fordern, in der von ihnen herbeigeführten Krise dann aber nach staatliche Hilfe rufen.

Die Unternehmerdenkschrift rechtfertigt unter bestimmten Voraussetzungen (Leistung, Verantwortung, Wachstum des Unternehmens) hohe Managergehälter (87-95), die inzwischen bis in den zweistelligen Millionenbereich pro Jahr vordringen. Dann müssen die Manager aber auch für Managementfehler, die vielen Beschäftigten den Arbeitsplatz kosten, zur Verantwortung gezogen und nicht mit Millionenabfindungen noch hinausgelobt werden. Nur wer für seine Fehler bezahlen muss, lernt aus ihnen.

2. Das Gewinnstreben

Bei der Frage, ob das Streben nach Gewinn moralisch oder unmoralisch ist, lässt die Denkschrift insbesondere die Volksmeinung sprechen, die ihre Verärgerung darüber zum Ausdruck bringt, dass gut verdienende Großunternehmen ihre Gewinne durch Personalabbau und Standortverlagerungen immer noch mehr steigern wollen (22). Grundsätzlich ist gegen das Gewinnstreben nichts einzuwenden, solange die Gewinne nicht auf Kosten der Mitarbeiter erzielt, angemessen ausgeschüttet und überwiegend für Forschung, Entwicklung und Wachstum zum Wohle des Unternehmens investiert werden.

Das Argument, dass Unternehmen nur dann Steuern zahlen können, wenn sie Gewinne erwirtschaften (21), ist keine Rechtfertigung für das Gewinnstreben um jeden Preis, schon gar nicht für unmoralisch erzielte Gewinne auf Kosten der Belegschaft, durch Spekulation und Handel mit Drogen und Waffen. Die meisten Ge-

winne dieser Art werden ohnedies am Fiskus vorbei in Steuerparadiesen geparkt und fließen dann gewaschen wieder in den offiziellen Finanzkreislauf zurück. Neben Steuern aus Gewinnen hat der Staat noch andere Einnahmequellen.

Dass bei sinkenden Gewinnen auch das Kirchensteueraufkommen zurückgeht, verschweigt die Denkschrift. Die Leser wissen aber, wie sehr die Kirchen an dieser Einnahmequelle hängen und um ihr Versiegen bangen. Man kann sich deshalb kaum des Eindrucks erwehren, dass die EKD das Gewinnstreben auch zu diesem Selbstzweck so wohlwollend behandelt. Dies ist ein Widerspruch zu der Barmer Theologischen Erklärung von 1934.

3. Die Soziale Marktwirtschaft

Nach dem Niedergang des Staatskapitalismus steht heute der Privatkapitalismus auf der Prüfbank. Dieser hat sich die Marktwirtschaft zu eigen gemacht. Es gibt aber in unserer globalisierten Wirtschaft eine ganze Bandbreite von marktwirtschaftlichen Formen, von der sozialen (geregelt und kontrollierten) Marktwirtschaft bis hin zur Marktwirtschaft des Laisser-faire. Es steht außer Zweifel, dass aus gemachten Erfahrungen die Soziale Marktwirtschaft (42-49) die humanste Form des Wirtschaftens ist. Nur: sie unterliegt Kriterien, die heute nicht erfüllt sind. Unsere heutige reale Form der „sozialen Marktwirtschaft“ driftet in Richtung einer neo-liberalen Wirtschaftsform. Die Soziale Marktwirtschaft kann noch gerettet werden, wenn folgende Kriterien erfüllt werden:

3.1 Regeln und Kontrollen in der Marktwirtschaft

Die These „Angebot und Nachfrage regeln den Preis“ ist mathematisch zwar richtig und sorgt, wenn es viele Anbieter gibt, für einen gesunden Wettbewerb, der die Preise angemessen niedrig hält, führt aber zu exzessiven Preisen, wenn nur wenige Anbieter eines knappen Produkts (oder einer knappen Dienstleistung) auf große Nachfrage stoßen: Energie, Top-Manager, Spitzen-Fußballspieler, Aktien an der Börse in Zeiten der Hausse. Andererseits kommt es zu einem Preisverfall, wenn ein Produkt (oder eine Dienstleistung) mit Überangebot auf den Markt kommt: Milch und Milchprodukte, Zucker, Leiharbeiter, Aktien an der Börse in Zeiten der Baisse.

In beiden Extremfällen bedarf es staatlicher Regeln, die das Ausbrechen der Preise nach oben wie nach unten in Schranken halten. In der Denkschrift werden zwar solche Regeln empfohlen, aber zu wenig konkret gesagt, welche, wie zum Beispiel:

- Mehr Wettbewerb unter Versorgungsbetrieben, insbesondere bei der Energieversorgung.

- Wenn schon keine Begrenzung von Spitzengehältern empfohlen wird, so könnten diese aber mit einer stärkeren Progression der Einkommensteuersätze gekappt werden.
- Verbot von unseriösen risikobehafteten und nicht genügend gesicherten Finanzpapieren.
- Verbot von sogenannten Leerverkäufen: Es darf doch nicht rechtens sein, Aktien mit dem Rückgabeverprechen zu leihen und diese (fremdes Eigentum!) zu verkaufen, was dann dazu zwingt, zum Rückgabetermin Aktien derselben Aktiengesellschaft zu demselben Nominalwert an der Börse wieder zu erwerben, gleich zu welchem Preis.
- Bei Überproduktion insbesondere von landwirtschaftlichen Produkten wie Milch, Milchprodukte und Zucker wird der Preis durch Subventionen und/oder die Festlegung von Lieferquoten reguliert. Anstatt den Bauern Subventionen zu zahlen, sollten diese Gelder in einen Hilfsfonds zu Gunsten der Welthungerhilfe eingezahlt werden, die mit diesem Geld die Überproduktion abkauft und in Krisengebieten verteilt. Dann hätten die Bauern einen angemessenen Preis für ihre Produkte, ohne auf Subventionen angewiesen zu sein, und vielen hungernden Menschen in Krisengebieten wäre geholfen.
- Auf dem Arbeitsmarkt muss wieder das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Leistung gelten. Das gilt für Leiharbeiter, Frauen, Beschäftigte in den neuen Bundesländern.
- Schwieriger ist es, die Aktienbörse in den Griff zu bekommen. Sie ist in erster Linie der Platz, an dem Aktiengesellschaften ihr Stammkapital durch Emission und Verkauf ihrer Aktien bilden und aufstocken. Außerdem ist sie Handelsplatz für bereits im Umlauf befindliche Aktien. Dieser Bereich ist zur Spielbank für Spekulanten geworden. In Zeiten großer Nachfrage von Anlegern steigen die Kurse viel schneller in die Höhe, als die Unternehmen real wachsen können (inflationbereinigt durchschnittlich etwa 3% pro Jahr), noch schneller brechen die Kurse ein, wenn sich eine Krise anbahnt. Dann platzen die Blasen der Scheingewinne. In der Gesamtheit ist der Wertpapierhandel – abgesehen von realen Wertveränderungen der Aktiengesellschaften – ein Nullsummenspiel: Gewinne und Verluste gleichen sich längerfristig aus. Dessen sollten sich Spekulanten bewusst werden. Die Realisierbarkeit der in der Denkschrift geforderten Einführung einer internationalen Devisenumsatzsteuer (86) wird von den Verfassern selbst angezweifelt.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn bei der Ausarbeitung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen fachlich kompetente Berater mitwirken, es sei denn, es handelt sich um Lobbyisten, die leider immer mehr Einfluß auf

die Gesetzgebung bekommen. Zu diesem brisanten Punkt schweigt die Denkschrift. Waren bei ihrer Ausarbeitung vielleicht auch Lobbyisten mit am Werk?

Die Forderungen an die internationalen Institutionen zur Regelung des Welthandels sind weit umfassender und schwieriger durchzusetzen als unsere inländischen, auf EU-Regeln abgestimmte Rahmenbedingungen. Auf dem Weltmarkt konkurrieren viele Formen der Marktwirtschaft miteinander, auch solche, denen der Umweltschutz gleichgültig ist, bei denen Kinderarbeit erlaubt ist, bei denen es keinen oder zu wenig Arbeitsrechtsschutz gibt. Hier ist noch unermesslich viel Überzeugungsarbeit zu leisten, deren Ziel es sein muss, weltweit gültige Rahmenbedingungen zu schaffen, die für mehr Gerechtigkeit in der globalisierten Wirtschaft sorgen.

Regeln haben nur dann einen Sinn, wenn ihre Einhaltung auch kontrolliert wird. Dazu bedarf es kompetenter Kontrollinstanzen. Diese gibt es in Deutschland, in der EU und in unterschiedlichem Ausmaß auch in anderen Ländern, sind aber wenig effizient. Es wurde ihnen anlässlich der Finanzkrise von vielen Seiten vorgeworfen, versagt zu haben. Aber was können sie kontrollieren und beanstanden, wenn ohne ausreichende gesetzliche Beschränkung immerzu neue risikobehaftete Finanzpapiere kreiert werden dürfen, sogar auf der Basis fauler Kredite? Ohne ein sicheres Netz von Regeln kann eine Kontrolle nicht funktionieren.

3.2 Das Attribut „sozial“ unserer Marktwirtschaft

Sozial ist eine Marktwirtschaft erst dann, wenn sie sozial gerecht ist. Und davon sind wir heute weit entfernt. Was gerecht ist, wird individuell unterschiedlich empfunden. Daher ist es erforderlich, ein objektives Mindestmaß für soziale Gerechtigkeit zu definieren. Es könnte etwa so lauten: Das Mindestmaß sozialer Gerechtigkeit ist der Lebensstandard, den ein Mensch braucht, um die Grundbedürfnisse seines Lebens decken und in Würde leben zu können. Mit anderen Worten: Keiner darf unter der Armutsgrenze leben müssen. Dies ist in Deutschland nicht der Fall. Immer mehr Deutsche, insbesondere Kinder, leben heute unter der Armutsgrenze. Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich ständig mehr.

Es wäre zu erwarten gewesen, dass in der Denkschrift der EKD dazu konkrete Forderungen an die Regierenden gestellt worden wären, wie zum Beispiel:

- Wenn schon keine Begrenzung der Managergehälter nach oben, so doch mindestens eine Begrenzung der Stundenlöhne nach unten durch Festlegung eines Mindestlohnes, der dem Mindestmaß sozialer Gerechtigkeit entspricht.
- Aufgabe von Hartz IV, das der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit nicht nachkommt.
- Einführung eines garantierten Grundeinkommens, das heute schon breit diskutiert wird und unweigerlich kommen muss, da auf Dauer die durch Rationalisierung in der Industrie frei werdenden Arbeitskräfte bei nur moderat zu erwartendem Wirtschaftswachstum nicht wieder voll eingesetzt werden können. Einen biblischen Ansatz dazu bietet das Gleichnis von den Arbeitern im Weinberg (28).
- Gleiche Ausbildungschancen für alle, die durch die Einführung von Studiengebühren nicht mehr gewährleistet sind.
- Stärkere Förderung der Ausbildung junger Leute, um den Fachkräftemangel zu beheben.
- Abbau der Staatsverschuldung zur Entlastung künftiger Generationen.

Wenn die genannten Rahmenbedingungen erfüllt sind, können wir wieder mit Recht von der Sozialen Marktwirtschaft als der Wirtschaftsordnung sprechen, die unseren ethischen und christlichen Wertvorstellungen am ehesten gerecht wird. Dann haben auch die Unternehmer aller Couleur eine Grundlage, auf der sie ihren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Aufgaben und Verpflichtungen nachkommen können, ohne so negative Überraschungen erleben zu müssen, wie sie ihnen die jüngste Finanzkrise bereitet hat.

Fußnoten

- 1 Gütersloher Verlagshaus
- 2 Die Zahlen in Klammern verweisen auf den/die entsprechenden Abschnitt/e in der Denkschrift
- 3 Die Denkschrift spricht von „wirtschaftlichem und moralischem Kapital“ (41), ohne zwischen „Geld- und Arbeitskapital“ und deren Wertigkeit zu differenzieren

Eine völlig absurde Diffamierung Bonhoeffers

Wir dokumentieren im Folgenden eine nun wirklich völlig absurde Diffamierung Dietrich Bonhoeffers, die – mit einigen Abstand – eher fast schon zum herzhaften Lachen (oder auch kopfschüttelnden Schmunzeln) als zu Wut, Protest und Aggression veranlassen kann. Was sich da im „Ländle“ unter „Wasserkraftfachleuten“ abgespielt hat, ist absurdes Theater. Aber so etwas ist wohl immer noch – oder soll ich lieber sagen: leider schon wieder? – möglich. Immerhin haben nach einigen Zögern und – wie ich vermute – gesamtparteilicher Rückversicherung alle ‚demokratischen Parteien‘ mit Abscheu und Distanz (wenn auch im Grand unterschiedlich) reagiert, bis auf einen unverbesserliche Oberstudiendirektor. Damit wäre die Sache eigentlich erledigt, wenn sie nicht sie abgrundtief infam und wäre. Natürlich musste der dbv – es ging wirklich nicht anders – durch seinen Vorsitzenden darauf reagieren. Wir dokumentieren die Stellungnahme des dbv nach den diversen Pressemitteilungen der ‚Stuttgarter Zeitung‘ ab, die von einem ‚Fall‘ berichten, der ins Kuriosenkabarett ewiggestrigem fehlgeleitetem Deutschtums gehört. Ich empfehle – unter dem Aspekt der Kuriosität– besonders die gewundene Stellungnahme des MDL CDU-Oberstudiendirektor Röhm, der Bonhoeffer (kennt er ihn überhaupt?) in Anspruch nimmt, um Bonhoeffers infame Diffamierung zu rechtfertigen. Ich wiederhole: Ein gestandener CDU-Oberstudiendirektor aus dem ‚Ländle‘!

Axel Denecke

Bonhoeffer als Landesverräter beschimpft

Cheflobbyist der Wasserkraftwerke isoliert sich und seinen Verband – Politiker sagen Auftritt al

Die Wasserkraft und der Widerstand gegen Hitler haben eigentlich nichts miteinander zu tun. Doch Äußerungen des Branchenpräsidenten über Dietrich Bonhoeffer werden nun zum Politikum: Quer durch die Parteien herrscht Empörung.

Von Andreas Müller

Die Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Wasserkraftwerke in Baden-Württemberg ist für die Landespolitiker normalerweise ein angenehmer Termin. Für die umweltfreundliche Energiegewinnung an Flüssen und Bächen hegen schließlich alle Parteien Sympathie. Da kommen Parlamentarier und Regierungsvertreter immer gerne, um ein Grußwort zu halten.

Doch beim diesjährigen Treffen am Freitag in Bad Liebenzell wird das anders sein. Einmütig haben die als Redner vorgesehenen Abgeordneten aller vier Fraktionen und der Amtschef des CDU-geführten Umweltministeriums dem Verband gestern abgesagt. In einem gemeinsamen Schreiben protestieren sie damit gegen Äußerungen des Präsidenten Manfred Lüttke, die von einer höchst sonderbaren Sicht auf die Nazizeit zeugen.

Als schwierig gilt der Cheflobbyist Lüttke, selbst erfolgreicher Betreiber von Wasserkraftwerken, schon länger. Seine Sachkunde ist zwar unbestritten, mit seinem als rüpelhaft beschriebenen Stil dagegen hat er sich viele Gegner geschaffen. Beamte zum Beispiel, in denen er sture Blockierer beim Ausbau der Wasserkraft sieht, bedenkt er oft und gerne mit Kraftausdrücken.

Nun hat sich der CDU-Mann Lüttke auf das Terrain der deutschen Geschichte gewagt – und dabei gewaltigen Anstoß erregt. Bei einer internen Diskussion war ein Zitat des evangelischen Theologen und Nazigegners Dietrich Bonhoeffer gefallen, der 1945 im KZ hingerichtet wurde. Daraufhin fühlte sich der Präsident offenbar bemüßigt, Bonhoeffers Rolle im Dritten Reich klarzustellen: Der sei keineswegs ein Widerstandskämpfer gewesen, sondern eher ein gewöhnlicher Landesverräter, sagte er nach Teilnehmerberichten. Leute wie er, die den Feind mit Informationen versorgten, hätten in allen Ländern mit der Todesstrafe rechnen müssen.

Zunächst wurde die bizarre Äußerung nur verbandintern diskutiert. Dann aber machte ein ehemaliges Mitglied, das 2006 nach Querelen ausgetreten war, sie öffentlich. In gleichlautenden Schreiben alarmierte der Kraftwerksbetreiber Politiker und Behördenvertreter, die am Freitag nach Bad Liebenzell kommen sollten. Die Einschätzung zu Bonhoeffer sei keineswegs ein „Ausrutscher“, sondern vielmehr Ausdruck einer „zunehmend unverhohlen zur Schau getragenen



Dietrich Bonhoeffer (1906–1946) – an ihm entzündet jetzt sich eine bizarre Diskussion. Foto dp

rechtsextremen Gesinnung“ Lüttkes. Zudem hege er den Verdacht, dass weite Teile des Vorstands rechtsextremen Gedanken anhängen. Beigefügt war ein Ausdruck aus einem Onlineforum des Verbands, in dem der zweite Spitzenfunktionär Lüttkes Ansichten zu Bonhoeffer rechtfertigte – ausgerechnet mit Verweis auf ein Buch des rechtslastigen Verlegers Gerhard Frey.

Die Empfänger der Warnung waren allesamt höchst irritiert. Als Lüttke davon Wind bekam, reagierte er zweifach. Sein Verband schaltete einen Rechtsanwalt ein, der von dem abtrünnigen Mitglied eine Unterlassungserklärung verlangte. Sie bezog sich jedoch ausschließlich auf den Vorwurf rechtsextremem Gesinnung, zu Bonhoeffer fand sich darin kein Wort. Die ultimativ geforderte Antwort blieb aus, nun, sagt Lüttke, werde die Sache eben vor Gericht geklärt.

Zugleich wandte er sich empört an die betroffenen Politiker. „Diffamierende, verleumderische, aber auch ehrabschneidende Passagen“ enthalte das Schreiben seines Kritikers. Beigefügt war ein Blatt mit Argumenten, die Lüttkes Einschätzung zu Bonhoeffer untermauern sollten. Unter Verweis auf die Literatur und Informationen aus dem Internet erläuterte der Verbandschef da noch einmal, warum der Widerstandskämpfer „eher ein gewöhnlicher Landesverräter“ gewesen sei. Die Motivation für den Verrat von Kriegsgeheimnissen an den Gegner – „selbst

wenn diese edel wäre“ – könne allenfalls zu mildernden Umständen, aber nie zum Freispruch führen.

Damit war das Maß auch für jene Abgeordneten voll, die zunächst noch mit einer Absage gezögert hatten. Gemeinsam schrieben Werner Raab (CDU), Thomas Knapf (SPD), Franz Untersteller (Grüne) und Hans Ulrich Rülke (FDP) sowie der Amtschef von Umweltministerin Tanja Gönner an den Verband: Man halte es für „nicht hinnehmbar und verurteile zutiefst, wie der Präsident Dietrich Bonhoeffer diffamiert habe. Diese sei ein Widerstandskämpfer voller „Charakter, Menschlichkeit und Güte“ gewesen, der „seinen Mut und seine Standfestigkeit mit dem Leben bezahlen musste“. Aus Respekt vor ihm komme eine Teilnahme an der Mitgliederversammlung, bei der Lüttke wieder gewählt werden will, nicht in Betracht.

Nur ein Abgeordneter mag sich, trotz aller Überzeugungsversuche, nicht an den überparteilichen Boykott beteiligen. Die Wasserkraft und der Widerstandskämpfer findet der Oberstudiendirektor Karl-Wilhelm Röhm, hätten schließlich nichts miteinander zu tun. Für seinen Entschluss, als Vorsitzender des parlamentarischen Beirats zur Hauptversammlung zu gehen, hat sich Röhm eine aparte Begründung zimmert: Wegen der „Äußerung eines Einzelnen“, die er nicht bewerten wolle, den gesamten Verband zu ächten „wäre nicht im Sinne Bonhoeffers“.

Stuttgarter Zeitung
Nr. 259 vom 06.11.2008

Empörung über Wasserkraft-Chef wächst

Keine Partei akzeptiert Entschuldigung für Bonhoeffer-Schmähung – Präsident wiedergewählt

STUTTGART. Nach der Wiederwahl des Wasserkraft-Präsidenten Manfred Lüttke gehen alle Parteien auf Distanz. Seine Entschuldigung für die Diffamierung des Widerstandskämpfers Bonhoeffer reiche nicht aus. Die SPD fordert Lüttkes Ausschluss aus der CDU.

Von Andreas Müller

Bei der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Wasserkraftwerke in Baden-Württemberg gestern in Bad Liebenzell hatte sich Lüttke zunächst entschuldigt. „Mir ist da ein saublöder Spruch rausgerutscht“, sagte er nach Angaben eines Sprechers zur Schmähung Dietrichs Bonhoeffers als „ganz gewöhnlicher Landesverräter“. Er habe „keine Gefühle verletzen“ wollen und auf Literatur vertraut, die „nicht mehr ganz zeitgemäß“ sei. Dabei handelte es sich um ein Buch des Vorsitzenden der rechtsextremen DVU, Gerhard Frey, mit dem sich Lüttke gegenüber Landespolitikern rechtfertigt hatte. Danach wurde der 73-jährige mit großer Mehrheit als Präsident wiedergewählt. Von etwa 180 Mitgliedern stimmten nach Verbandsangaben nur zwölf mit Nein, zwölf weitere enthielten sich.



Manfred Lüttke

In allen Landtagsparteien wurde die Erklärung als nicht ausreichend gewertet. Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) ließ erklären, eine vorbehaltlose Entschuldigung „sehe anders aus. Nachdem Lüttke seine schriftlich dokumentierte Haltung zu Bonhoeffer über Tage hinweg verteidigt habe, bestünden „Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Entschuldigung“. Bis zum Ausgang der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen den Präsidenten werde man die Kommunikation mit der Arbeitsgemeinschaft „auf das sachlich

Notwendige beschränken“. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe prüft eine Strafanzeige des Bundesverbands Deutscher Wasserkraftwerke gegen Lüttke. Es gehe womöglich um den Tatbestand der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, sagte ein Sprecher.

SPD, Grüne und FDP im Landtag kündigten umgehend an, ihre Mitglieder aus dem Beirat der Arbeitsgemeinschaft zurückzuziehen. SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel forderte zugleich, die CDU müsse Lüttke wegen seiner „unsäglich“en Äußerungen ausschließen. „Es wäre ein Skandal, wenn die CDU jemanden, der sich dergestalt zu Bonhoeffer einlässt, noch länger in ihren Reihen duldet“, sagte Schmiedel. Auch gehe es nicht an, dass ein Teil der CDU aus Protest der Hauptversammlung fernbleibe und ein anderer Teil Lüttke hofiere. Damit zielte er auf den Vizefraktionschef Karl-Wilhelm Röhm, der sich dem Boykott von Kollegen aller vier Fraktionen nicht angeschlossen hatte – mit ausdrücklicher Unterstützung von Fraktionschef Stefan Mappus.

Der CDU-Landesverband ging auf die Ausschlussforderung nicht direkt ein. Generalsekretär Thomas Strobl sagte jedoch, Lüttkes Äußerungen seien „in keiner Weise mit christlich-demokratischer Politik und Tradition vereinbar“. Er erwarte, dass Lüttke sie zurücknehme. „Was ich bislang von ihm dazu gehört habe, kann ich als Entschuldigung weder ernst nehmen noch akzeptieren“, sagte Strobl.

Der Grünen-Vizefraktionschef Franz Untersteller sagte, die Wiederwahl habe „das Fass zum Überlaufen gebracht“. Solange Lüttke bei dem Verband eine führende Rolle spiele, sehe er keine Möglichkeit, in dem Beirat mitzuarbeiten. Zugleich schickte Untersteller einen Scheck über 770 Euro zurück, den Lüttke ihm in den vergangenen Tagen als Vergütung zugesandt hatte; jährlich erhalten die Beiräte etwa 1500 Euro. Der SPD-Abgeordnete Thomas Knapp sprach von einem „plumpen Versuch“, die Abgeordneten noch kurz

vor der Hauptversammlung zu beeinflussen. Knapp will das Geld ebenfalls zurückgeben. Ein Verbandssprecher sagte, es handle sich um eine „kleine Entschädigung“. Zum Zeitpunkt der Übersendung der Schecks könne Lüttke nichts sagen.

FDP-Fraktionschef Ulrich Noll sagte, er werde dem liberalen Beiratsmitglied Friedrich Bullinger ebenfalls den Rückzug empfehlen; Bullinger war gestern zunächst nicht erreichbar. „Ich sehe nicht, wie man anders Distanzierung dokumentieren könnte“, sagte Noll. Der FDP-Abgeordnete Hans-Ulrich Rülke sagte, mit der Wiederwahl Lüttkes habe der Verband sich und seinem Anliegen „einen Bärendienst erwiesen“.

Von der Landtags-CDU war bis zum späten Nachmittag keine Auskunft zu erhalten, ob sie ihre Mitglieder ebenfalls aus dem Beirat zurückziehe. Der Sprecher von Fraktionschef Stefan Mappus sagte, er könne niemanden erreichen. Auch Vizefraktionschef Röhm, der das Gremium leitet, war nicht erreichbar. Zur Ausschlussforderung der SPD gab es eben-

Mir ist da ein saublöder Spruch rausgerutscht.

Die Entschuldigung des Wasserkraft-Präsidenten Manfred Lüttke für seine Bonhoeffer-Schmähung

falls keine Reaktion.

Empört reagierte der württembergische evangelische Landesbischof Otfried July auf die Äußerungen Lüttkes. „Es ist unglaublich, dass 2008 noch solche Aussagen über Dietrich Bonhoeffer möglich sind“, sagte er. Dies zeige, „wie viel Bildungsarbeit noch nötig ist“. Der Sprecher der württembergischen Landeskirche sprach von einem Skandal und äußerte die Hoffnung, „dass die gesellschaftlichen Kräfte sich dem entgegenstellen“.

Die Äußerung zu Bonhoeffer war bei einem Streit zwischen Lüttke und dem Ehrenvorsitzenden des Bundesverbands gefallen, bei dem sich dieser auf den Widerstandskämpfer berief. Darauf erwiderte Lüttke, Bonhoeffer sei „eher ein ganz gewöhnlicher Landesverräter“ gewesen. Wer den Feind mit Kriegsinformationen versorgte, hätte überall mit der Todesstrafe rechnen müssen.

Verband beklagt „Rufmord“

Wasserkrafter halten weiter zu ihrem Präsidenten

STUTTGART. Trotz des Wirbels um die Bonhoeffer-Beschimpfung stützt der Verband der Wasserkraftwerke seinen Präsidenten. Auch der SPD-Politiker und Eurosolar-Chef Hermann Scheer hat seinen Auftritt bei der heutigen Hauptversammlung derweil abgesagt.

Von Andreas Müller

Als „Rufmord“ hat die Arbeitsgemeinschaft der Wasserkraftwerke in Baden-Württemberg die parteiübergreifende Kritik an Äußerungen ihres Präsidenten Manfred Lüttke zurückgewiesen (siehe StZ von gestern). Lüttke hatte den von den Nazis hingerichteten Theologen und Widerstandskämpfer als „Landesverräter“ bezeichnet und diese Einschätzung auch noch gerechtfertigt.

In einer Presseerklärung sprach der Verband jetzt von einer „Rufmordkampagne gegen die Wasserkrafter“. Lüttke habe die Anschuldigungen eines ehemaligen Mitglieds als „falsch, beleidigend und ehrverletzend“ bezeichnet und einen Anwalt eingeschaltet. Die Arbeitsgemeinschaft bekenne sich „selbstverständlich zum demokratischen Rechtsstaat, der Widerstandskämpfer gegen das Naziregime wie Dietrich Bonhoeffer ehrt“, hieß es weiter. Wie falsch der Vorwurf rechtsradikalen Gedankenguts sei, zeige sich schon allein daran, dass ein Neffe der Geschwister Scholl im Vorstand sitze.

Die Absage von Abgeordneten aller vier Landtagsfraktionen, die heute bei der Hauptversammlung in Bad Liebenzell sprechen wollten, kommentierte der Verband nicht. „Umso mehr“ zeigte er sich aber erfreut, dass der SPD-Bundestagsabgeordnete und Eurosolar-Präsident Hermann Scheer wie seit langem geplant kommen werde. Die Freude währte nur kurz: Am Nachmittag ließ Scheer mitteilen, er werde wegen anderer, wichtiger Termine ebenfalls fernbleiben. Dies hatten ihm Parteifreunde dringend nahegelegt.

Als einziger Politiker wird nun der CDU-Abgeordnete Karl-Wilhelm Röhm in Liebenzell auftreten. Fraktionschef Stefan Mappus unterstützte diese Entscheidung seines Stellvertreters. Sinngemäß sagte Mappus laut seinem Sprecher, man dürfe den Verband nicht für einen Einzelnen büßen lassen; zudem hätten die inakzeptablen Äußerungen zu Bonhoeffer nichts mit der Wasserkraft zu tun.

Manfred Lüttke sagte der Stuttgarter Zeitung, er werde den „Verschwörern“ nicht den Gefallen tun, auf eine Wiederwahl zu verzichten. Zu seinem politischen Standort innerhalb der CDU wollte sich der über 70-jährige nicht äußern. Er bekannte sich aber als Leser der rechtsnationalen Zeitung „Junge Freiheit“ („Ist das verboten?“), in der er auch als Leserbriefautor in Erscheinung trat. In Lüttkes Privathaus hängen nach Schilderungen von Besuchern unter anderem die Reichskriegsflagge und eine Landkarte von Deutschland in den Grenzen von 1938.

Karl Martin, evangelischer Pfarrer und Vorsitzender des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins, hat den Vorwurf des Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke in Baden-Württemberg, Manfred Lüttke (CDU), der von den Nazis hingerichtete Theologe Dietrich Bonhoeffer sei ein „gewöhnlicher Landesverräter“ gewesen,

scharf zurückgewiesen. Es sei „unfasslich, dass es heute noch Menschen gibt, die eine derart ungläubliche Verzerrung und Entwürdigung des Wirkens von Dietrich Bonhoeffer aussprechen und auch noch öffentlich zu rechtfertigen suchen“. Martin bezeichnet es als Tragödie, dass der deutsche Widerstand gegen Adolf Hitler erfolglos geblieben sei. Inakzeptabel sei es ferner, dass der Verband der Wasserkraftwerke die Kritik an den Äußerungen seines Leiters als »Rufmordkampagne« bezeichne. Die SPD forderte die CDU auf, Lüttke aus der Partei auszuschließen. Inzwischen hat sich Lüttke für seine Äußerung entschuldigt: »Selbstverständlich lag es mir fern, den Widerstandskämpfer Bonhoeffer zu beleidigen.« Dennoch ermittelt die Staatsanwaltschaft Karlsruhe wegen des Anfangsverdachts, der Verbandsfunktionär habe das »Andenken Verstorbener verunglimpft«.

Oben: Stuttgarter Zeitung Nr. 261 vom 8.11.2008
Unten links: Stuttgarter Zeitung Nr. 260 vom 7.11.2008
Unten rechts: Publik-Forum Nr. 22 vom 21.11.2008

Dietrich-Bonhoeffer-Verein zur Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft e.V.

Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv) – Vorsitzender -
Dr. Karl Martin * Tannhäuserstr. 94 * 10318 Berlin



Berlin, 11. November 2008

Pressenotiz

Der Vorstand des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins zur Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft e. V. hat mit großem Entsetzen die absurde Beschimpfung Dietrich Bonhoeffers als Landesverräter durch Herrn Lüttke – Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Wasserkraftwerke in Baden-Württemberg – der Presse entnommen.¹

Es ist unfasslich, dass es heute noch Menschen gibt, die eine derart ungläubliche Verzerrung und Entwürdigung des Wirkens von Dietrich Bonhoeffer gegen die kriminelle und menschenverachtende nationalsozialistische Diktatur, der rund 50 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind, aussprechen und auch noch öffentlich zu rechtfertigen suchen.

Es war eine Tragödie für die Juden und die Völker, die unter dem Zweiten Weltkrieg Unermessliches gelitten haben, dass der deutsche Widerstand gegen die Diktatur erfolglos blieb. Dietrich Bonhoeffer war sich als Christ seiner Verantwortung voll bewusst und hat durch sein Mitwirken im Widerstand gegen die Diktatur dafür gekämpft, dass der mörderische Krieg zu Ende geht und das deutsche Volk seine Freiheit in Würde wiedererlangt.

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein setzt sich seit seinem 25-jährigen Bestehen dafür ein, das geistige Erbe des Theologen Dietrich Bonhoeffer zu wahren und den nachfolgenden Generationen zu vermitteln, um das politische Bewusstsein zu wecken und die Bürgerinnen und Bürger zu verantwortlichem Handeln in Kirche und Gesellschaft zu bewegen. Wir sehen es als unsere Pflicht an, verfälschenden und irreführenden Äußerungen wie denen von Herrn Lüttke aufs schärfste zu widersprechen.

Ebenso inakzeptabel ist es, dass der Verband der Wasserkraftwerke die Kritik an den Äußerungen Herrn Lüttkes in einer Presseerklärung als „Rufmordkampagne“ bezeichnet.² Die abwiegelnde Entschuldigung Herrn Lüttkes lässt keine ernsthafte Gesinnungsänderung erkennen.³

Dietrich-Bonhoeffer-Verein
Dr. Karl Martin
Vorstandsvorsitzender

¹ Stuttgarter Zeitung Nr. 259 vom 06.11.2008 Seite 9 - Von Andreas Müller: Bonhoeffer als Landesverräter beschimpft

² Stuttgarter Zeitung Nr. 260 vom 07.11.2008 Seite 7 - Von Andreas Müller: Verband beklagt „Rufmord“

³ Stuttgarter Zeitung Nr. 261 vom 08.11.2008 Seite 7 - Von Andreas Müller: Empörung über Wasserkraft-Chef wächst

Büro des dbv: Dreispitzstr. 14, 65191 Wiesbaden
Tel.: (0611) 2 38 46 27; Fax: (0611) 56 27 10
E-mail: info@dietrich-bonhoeffer-verein.de
Homepage: <http://www.dietrich-bonhoeffer-verein.de>

Dr. Karl Martin, Vorsitzender
Tannhäuserstr. 94, 10318 Berlin
Tel: (030) 20050867
Handy: (0175) 4460773

Gemeinnützigkeit:
Anerkannt vom
Finanzamt Wiesbaden I
St.-Nr. 40 250 5682 8

Bonhoeffer-Verein empört über Lüttke

13.11.2008 - aktualisiert: 13.11.2008 05:46 Uhr

Stuttgart (StN) - Die verunglimpfenden Äußerungen des Präsidenten der Arbeitsgemeinschaft der Wasserkraftwerke in Baden-Württemberg, Manfred Lüttke, über den protestantischen Theologen und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer beschäftigen auch den Dietrich-Bonhoeffer-Verein in Berlin. Der Vorstand des Vereins zur Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft nennt die Schmähung Bonhoeffers als "Landesverräter" eine "unglaubliche Verzerrung und Entwürdigung von Bonhoeffers Wirken". Er habe dafür gekämpft, "dass der mörderische Krieg zu Ende geht und das deutsche Volk seine Freiheit in Würde wiedererlangt". Karl Martin, Vorstandsvorsitzender des Vereins, sagte, die "abwiegelnde Entschuldigung Herrn Lüttkes lässt keine Gesinnungsänderung erkennen". Lüttke hatte Bonhoeffer in einem Protokoll seines Verbandes als "ganz gewöhnlichen Landesverräter" bezeichnet, diese Äußerung nach öffentlichen Protesten aber am vergangenen Freitag zurückgenommen.

Der Bonhoeffer-Verein setzt sich nach eigenen Angaben dafür ein, "das geistige Erbe des Theologen zu wahren und nachfolgenden Generationen zu vermitteln".

LESERFORUM

Dietrich Bonhoeffer als „Landesverräter“ – dieses Urteil des Wasserkraft-Präsidenten Manfred Lüttke ist bei den StZ-Lesern auf breite Empörung gestoßen. Aber auch der Umgang der CDU mit Lüttke wird kritisiert. Eine Auswahl von Zuschriften.

Fest im braunen Sumpf

Auf die traurige Geschichte passt der Vergleich „Biedermann und Brandstifter“. Herr Lüttke als Brandstifter, dessen Ideologie offenbar noch fest im Sumpf der braunen Zeit steckt, und seine Verbandskumpane als naive Biedermänner, die ihn ohne Skrupel wieder zum Vorsitzenden gemacht haben. Deutschland hatte leider zu viele Lüttkes, die ohne Rücksicht auf Recht und Anstand Befehlen folgten, und zu wenig Bonhoeffers, deren Gewissen intakt war und die den Mut hatten, gegen Gewalt und Unrecht anzugehen!

Günter Agthe, Leonberg

Verräter war Hitler

Empörend ist, dass Herr Lüttke nicht die eigentlichen Landesverräter benannt hat, die unser deutsches Vaterland im 2. Weltkrieg in den Abgrund getrieben haben, die schuld daran sind, dass Millionen gutgläubiger Deutscher als Soldaten wie Zivilisten umkamen, dass Millionen ihrer Heimat beraubt wurden.

Wer sind diese ungewöhnlichen Landesverräter, die es auch noch oft geschafft haben, nach dem Krieg wieder wichtige Funktionen im Staat zu bekleiden? Diese Landesverräter waren Adolf Hitler und die Seinen.

Hans F. Freymayer, Reutlingen-Sickenhausen

Aus CDU austreten

Damals gab es Widerstandskämpfer. Leider viel zu wenige. Einer davon war Dietrich Bonhoeffer. Er war sich darüber im Klaren, dass dies den eigenen Tod bedeuten kann. Diesen mutigen Mann als „ganz gewöhnlichen Landesverräter“ zu bezeichnen hat mich tief verletzt und schockiert. Was können wir alle tun? Ich habe mich klar entschieden: Herr Lüttke, stellen Sie Ihren Posten zur Verfügung und treten Sie aus der CDU aus.

Bernd Laichinger, Kornwestheim

Angemessen reagiert

Umgehend und konsequent haben die Redner aller vier Landtagsfraktionen und Umweltministerin Tanja Gönner deshalb einen Auftritt beim Verband der Wasserkraftwerke abgesagt. Eine eindeutige und angemessene Reaktion hätte auch von einem Fraktionsvorsitzenden Stefan Mappus (CDU) und den Abgeordneten Karl-Wilhelm Röhm (CDU) und Hermann Scheer (SPD) erwartet werden können. Das „D“ im Namen ihrer Parteien, wenn es denn berechtigt sein soll, ist eine Verpflichtung, sich von totalitärem Gedankengut abzugrenzen.

Thomas Rumpf, Stuttgart-Rohr

Verwirrung im Kopf

Dank an Andreas Müller, dass er uns Bürger sachkundig und anschaulich darüber informiert, welche unglaubliche Verwirrung im Kopf des Präsidenten der „Wasserkraftwerke“ herrscht. Dank auch an die Politiker, die absagten. Dass ausgerechnet ein Oberstudienleiter sich eine so dumme Ausflucht fürs Ausscheren aus dem erfreulichen überparteilichen Konsens zurechtlegt, wirft (wieder mal) ein schlechtes Licht auf meine Zunft.

Helmut Rüd, per E-Mail

Nur fassungslos

Ein Wirtschaftsverband, der sich einen Präsidenten mit einer solch tiefbraunen und menschenverachtenden Gesinnung leistet und diesen auch noch verteidigt, gehört von allen glaubwürdigen demokratischen Politikern gemieden. Wenn dann ein CDU-Politiker wie der Landtagsabgeordnete Röhm, der auch noch stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag ist, einem solchen Verein trotzdem seine Aufwartung macht, bleibt dem Betrachter nur noch Fassungslosigkeit. Dass diese Entscheidung von Herrn Mappus auch noch mit einer dreisten und zynischen Begründung, Wasserkraft und Widerstandskampf hätten nichts miteinander zu tun, verteidigt wird, setzt der Unverschämtheit noch die Krone auf.

Jürgen Zwick, Steinenbronn

Falsche Solidarität

Die Selbststachtung der Deutschen verlangt, dass Personen, die noch oder wieder Nazigedankengut verbreiten, weder in Staat, Verwaltung und Gesellschaft noch an der Spitze von Wirtschaftsverbänden und namhaften Unternehmen geduldet werden. Deshalb ist es mir völlig unverständlich, dass der Wasserkraftwerksverband in falsch verstandener Solidarität seinen Präsidenten in Schutz nimmt und angeblichen Rufmord beklagt, anstatt ihn auf dem schnellsten Weg abzulösen. Dessen Bekenntnis, Leser rechtsnationaler, sprich: rechtsradikaler Blätter zu sein, sagt eigentlich schon alles.

Erich Hildinger, Stuttgart

Oben: Stuttgarter Nachrichten vom 13.11.2008

Unten: Leserschriften Stuttgarter Zeitung Nr. 265 vom 13.11.2008

dbv-Vereinsnachrichten

Karl Martin vor Schülern der Goetheschule in Wetzlar

Deutsch-französischer Dialog auf der Basis des deutschen Theologen Dietrich Bonhoeffer und des französischen Philosophen Albert Camus

Zu Beginn des neuen Schuljahres 2008/2009 starteten am 14. August SchülerInnen mit einem neuen Projekt, in dessen Mittelpunkt besonders die Biographie und Theologie von Dietrich Bonhoeffer stehen. Die Leistungskurse der Jahrgangsstufe 12 diskutierten mit Dr. Karl Martin, dem Referenten des Tages, über das Thema „Widerstand und Auflehnung – la résistance et la révolte“ in Bezug auf Dietrich Bonhoeffer, einen überzeugten Christen, und Albert Camus, den bedeutenden französischen Philosophen des letzten Jahrhunderts.

Anhand von Vergleichspunkten – z.B. Identitätssuche, Sinnfrage, Motiv des Todes – erkannten alle Beteiligten, dass die Lebensmodelle von Dietrich Bonhoeffer und

Albert Camus als „Analogien im Kontrast“ zu sehen sind. Der „Bonhoeffertag“, der mit einem Fortbildungsangebot für interessierte Kollegen und erwachsene Schüler abgeschlossen wurde, ist der erste Baustein für ein Projekt zwischen der Goetheschule und der deutsch-französischen Gesellschaft in Sommières (Frankreich) in Zusammenarbeit mit der Eglise réformée, der Universität in Montpellier und dem internationalen Zentrum LE CART in Sommières.

Dieser deutsch-französische Dialog, die internationale Öffnung der Grenzen eines Schulalltags dient im Sinne des „Hessischen Referenzrahmens Schulqualität“ (HRS) zur Qualitätsentwicklung von Schule und basiert auf dem Einsatz der ausgezeichneten Quellentexte im neuen deutsch-französischen Geschichtsbuch (Klett-Verlag) und der Kommunikation unter den Teilnehmern, z.B. auf virtuellem Wege.

Im Oktober 2008 wird die deutsch-französische Woche in Montpellier (F) und Sommières (F) den Rahmen für die Endphase, den Höhepunkt des Projektes bilden.



Dr. Karl Martin (oben links) mit SchülerInnen der Goetheschule Wetzlar und Oberstudienrätin Renate Heintze, der Initiatorin des Bonhoeffer-

Ein Briefwechsel anlässlich der dbv-Tagung in Braunschweig



*Barbara Wirsen-Steetskamp,
Pfarrerin i. R.
Albert-Schweitzer-Straße 4
61476 Kronberg
Tel. 06173-937113
Fax 06173-937115
e-mail steetskamp@gmx.de*

24. Juli 2008

An Herrn Landesbischof
Prof. Dr. Friedrich Weber
Landeskirchenamt
Dietrich-Bonhoeffer-Straße 1
38300 Wolfenbüttel

Sehr geehrter Herr Landesbischof Dr. Weber, lieber Herr Weber,

in der Sitzung des geschäftsführenden und des Gesamtvorstandes des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins haben wir kritischen Rückblick gehalten auf unsere Jubiläumstagung.

Für die Ausrichtung des Begegnungsabends aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums des dbv und Ihre gewinnbringende und überzeugende Andacht sind wir Ihnen zu einem besonderen Dank verpflichtet! Die Tagung hat darüber hinaus Vielen wichtige Impulse gegeben.

Mit Betroffenheit blicken wir auf die bedrückende Konfrontation mit der nationalsozialistischen Geschichte in Braunschweig zurück. Zumal im Dom scheint uns das Fortbestehen der nationalsozialistischen Eingriffe in Architektur und Gestaltung, die überdeutlich materialisierte – aber nicht (per Tafel o.ä.) benannte – Anwesenheit nationalsozialistischen Geistes außerordentlich problematisch zu sein.

Gerne würden wir Ihre Meinung dazu wissen. Vielleicht dürfen wir auf Ihre Antwort hoffen.

Mit herzlichem Gruß

gez. Wirsen-Seetskamp

Der Braunschweiger Dom



Domprediger Joachim Hempel

Kopie

Domplatz 5
38100 Braunschweig
Telefon dienstl. (05 31) 24 33 5-0
Telefon privat (01 70) 3 12 99 12
Fax (05 31) 24 33 5-24
www.braunschweigerdom.de
dompfarramt@braunschweigerdom.de

Frau
Pfarrerin i.R. Barbara Wirsén-Steetskamp
diétrich-bonhoeffér-verein

Albert-Schweitzer-StraÙe 4
61476 Kronberg

Ihr Schreiben an den Landesbischof vom 24.7.2008

Sehr geehrte Frau Pfarrerin,
liebe Schwester Wirsén-Steetskamp,

Herr Landesbischof Prof.Dr.Weber hat mir Ihren Brief zukommen lassen, auf dessen zweiten Teil ich Ihnen gerne antworten möchte.

Zwischen 1935 und 1945 war der Braunschweiger Dom - damals noch im Eigentum des Staates als Rechtsnachfolger des Herzogshauses - 'Nationale Weihestätte'. Erst durch die englische Militärregierung kehrte 1945 der Geist der Wahrheit in das Gotteshaus zurück.

Seit der Dom 1954 der Domstiftung übereignet wurde, haben die hier verantwortlich Handelnden vieles unternommen, um die geistigen und baulichen Eingriffe und Übergriffe nationalsozialistischer Ideologie zu verbannen; das umso intensiver, als der letzte Domprediger vor der Auflösung der Domgemeinde, Pfarrer der Bekennenden Kirche war und aus dem Amt entfernt und strafversetzt worden war.

Die aus Granit gebaute, in den Erdboden unter dem Mittelschiff implantierte Gruft der von Adolf Hitler ausgewählten Architekten Krüger, Berlin, hat in die Statik des mittelalterlichen Domes so eingegriffen, daß ihr Rückbau den Einsturz des Gewölbes bedeuten könnte. So ist sie einziges Relikt der Zeit der Usurpation des Domes, durch eine stets brennende Kerze als Grablage heute ausgewiesen. Als Zeitdokument ist sie bei allen Führungen (und das sind über 700 im Jahr!) wichtiges Lehrstück deutscher Geschichte gerade für Schulklassen und Jugendliche.

In der täglichen Domarbeit gibt es eine permanente Auseinandersetzung mit dem, was die Nationalsozialisten dem Dom angetan haben. Darüber geben Andachten, Predigten, Vorträge und Publikationen reichlich Auskunft.

Die Beschilderung eines Rundgangs im Dom weist auch auf die Entstehungszeit der Gruft hin; die Literatur über den Dom allemal.

Das Domkuratorium hat bereits 1993 beschlossen, alle rückholbaren Einbauten aus der NS-Zeit, vor allem solche mit entsprechender Symbolik als Zeugnisse Braunschweiger Landesgeschichte dem benachbarten Braunschweiger Landesmuseum zu übergeben, dort gibt es einen besonderen Ausstellungsbereich, der der Umwidmung des Doms zur Nationalen Weihestätte dokumentierend Rechnung trägt. Das ist mehrfach geschehen.

Dies alles mag Ihnen zeigen, wie wir versuchen auch mit diesem Ererbten umzugehen. Die Gruft ist der einzige Ort im Dom, an der Architektur der NS Zeit 'anwesend' ist.

Von einer 'überdeutlichen' Präsenz kann kaum die Rede sein, zumal die romanisch-gotische Architektur geradezu klassisch sichtbar und erhalten ist, der Dom durch herausragende Zeugnisse romanischer Kunst (Imervard-Kreuz, Siebenarmiger Leuchter, Marienaltar, Grabdenkmal Heinrich des Löwen und Mathildes von England und die den ganzen Hohen Chor ausfüllenden mittelalterlichen Secco-Malereien) nun weiß Gott eine andere Handschrift trägt und eine andere Botschaft deutlichst verkündet. Auch steht die Gruft in krassen Kontrast zur dreischiffigen romanischen Unterkirche, die seit 1671 Grablege der Welfen ist.

Ich möchte Sie bitten, dies alles dem Vorstand des dbv freundlichst zur Kenntnis zu geben; gleichzeitig bin ich selbstredend für weitergehende Impulse Ihrerseits zur Frage des Umgangs mit diesem Kapitel Domgeschichte dankbar.

Ebenso selbstverständlich erhält der Landesbischof eine Kopie dieses Schreibens, denn wir sind sowohl im Domkuratorium wie persönlich in ständigem Austausch über diese wichtigen Fragen.

Ich grüße Sie herzlich


Domprediger Joachim Hempel

5.8.2008

ILSE TÖDT

Rezension des dbv-Jubiläumsbuches über Bonhoeffer

Karl Martin (Herausgeber im Auftrag des Dietrich Bonhoeffer-Vereins dbv unter Mitarbeit von Detlef Bald), Dietrich Bonhoeffer: *Herausforderung zu verantwortlichem Glauben, Denken und Handeln. Denkanstöße – Dokumente – Positionen*, BWV Berliner Wissenschafts-Verlag 2008, 508 Seiten, € 29,-, ISBN 978-3-8305-1524-1

Der dbv, der Dietrich Bonhoeffer-Verein, ist am 15. Mai 2008 25 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass ist das über 500 Seiten lange opus entstanden, in dem der dbv seinen Weg seit der Gründung im Jahr 1983 schildert und damit Bonhoeffers Denken für gegenwärtige Fragestellungen fruchtbar machen will (17). Mit dem Arbeitsinstrument der Resolutionen hat er sich an die Öffentlichkeit wenden können (18f). In dem von Karl Martin, dem dbv-Vorsitzenden, herausgegebenen Jubiläumsbuch sind alle 44 zwischen 1987 und 2007 verabschiedeten Resolutionen dokumentiert. Diese 163 Seiten (327–490) erschienen mir beim Lesen wie Material zu einer zeitgeschichtlichen Forschungsarbeit. Worauf wurde jeweils reagiert? (Mit meinem Beispiel: Ist die Problematik zwischen Australien und dem östlichen Indonesien vor acht Jahren heute noch allgemein im Gedächtnis präsent?) Was geschah in der Folgezeit? Siebzehn Resolutionen betreffen die Militärseelsorge. Das lag nahe; denn die Gründung des dbv erfolgte auf einer Tagung der Evangelischen Hochschulgemeinde bei der Bundeswehr-Hochschule München (17). In der Resolution Nr. 37 vom Mai 2002 findet sich dann leider die Bemerkung: „Mehr als zehnjährige [Soldatenseelsorge-]Reformbemühungen werden vom Tisch gewischt“ (475). Zwanzig Resolutionen mahnen zum Frieden. Ziviler Friedensdienst, eine vom dbv seit Resolution Nr. 17 vom Mai 1995 (388) mitgetragene Forderung, wird inzwischen praktiziert. Mit der Resolution Nr. 43 vom Mai 2004 (486) unterstützte der dbv den Protest der bundesdeutschen Friedensbewegung gegen den Entwurf einer europäischen Verfassung, der Aufrüstung zur Pflicht der Mitgliedstaaten gemacht hätte. Wenn der Verfassungsentwurf aus diesem Grunde Ablehnung erfuhr, dann stünde es um die Friedensentschlossenheit unter Europäern erfreulich; aber war das der Grund? Vier Resolutionen schlagen eine „Sozial- und Kultursteuer“ vor, zunächst in Resolution Nr. 19 vom Mai 1995 (400) als Alternative zur Kirchensteuer, in Resolution Nr. 31 vom Mai 2000 (450) dann im Nebeneinander, aber ohne staatlichen Kirchensteuereinzug. Resolution Nr. 26

vom Mai 1998 plädiert für den Ersatz des Begriffs „Volkskirche“ durch den Begriff „Gemeindekirche“.

Beiträge zu dbv-Vereinstagungen sind im Mittelteil des Buches abgedruckt. Die früheste berücksichtigte Tagung fand im Mai 1997 in Erfurt statt. Damals erwähnte Sabine Bobert, Bonhoeffer habe das Kirchensteuersystem in Frage gestellt und „staatlich zwanghafte Eintreibung der Steuern“ unzweifelhaft als Missstand bezeichnet (228). Als ich an einer späteren Stelle (255) las, Bonhoeffers Einstellung „gegen das deutsche System der Kirchenfinanzierung“ sei „vielfach belegt“, fand ich in den 17 Bänden Dietrich Bonhoeffer Werke nur die eine von Sabine Bobert zitierte, von Bonhoeffer eingeklammerte, in der Druckfassung weggelassene Stelle vom „Missstand“ (DBW 1, 287 A. 385). Im Mai 1997 trug Martin Stöhr im Augustinerkloster in Erfurt zehn Thesen zur Kirche vor. „Die [von Luthers Anzahl] fehlenden 95 Thesen sind Sie gebeten, selbst zu formulieren und meine zu korrigieren, denn es ist einfach, Resolutionen zu verfassen. Es ist schwer, zu lernen, kirchlich und christlich resolut zu sein.“ Eingangs schildert Martin Stöhr eine „seltsame Szene“, in der einem englischsprachigen Gast das Phänomen „Volkskirche“ nicht zu erklären war; „was faktisch existiert, ist unerklärlich, also auch nicht überzeugend“ (237). Friedrich Schorlemmer wird seinen Vortrag am 16. Mai 1997 als Einleitung zu der Erfurter Tagung gehalten haben. 1989/90 hatten die evangelischen Kirchen in der DDR „einen spontanen Höhenflug zu verkraften“ – einen „fahrenden Platzregen“ im Sinne von Luthers Bild von der Gnade –, inzwischen haben sie „eine organisierte Bruchlandung zu verwalten“ (290f). Die von der SED zwecks Bekämpfung der Konfirmation eingeführte Jugendweihe ist zum „akzeptierten Feiertag von 95 % der Ostdeutschen“ geworden, „festliche Ostalgie“ (295).

Auf der Tagung 1999 in Berlin sprach am Vortage des 8. Mai, an dem sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 44. Mal jährte, Andreas Pangritz: Kann Bonhoeffers Satz „Ich bete für die Niederlage meines Landes“ „im jetzigen Krieg eine neue Bedeutung gewinnen“? (69). Was für ein Krieg der „jetzige“ war, kann man sich an Hand von Resolution Nr. 28 vergegenwärtigen: der NATO-Jugoslawien-Krieg (432). Dieser Resolution beigegeben ist ein Bischofswort von Wolfgang Huber aus dem April 1999. War die NATO-Intervention unausweichlich? Ihr fehlt die „Beauftragung durch die internationale Rechtsgemeinschaft“, ein schwerer Mangel auch für den, der „aus verantwortungspazifistischen Gründen diese Intervention als äußerstes Mittel bejaht“ (439). „...äußerstes Mittel“ – darin klingt Bonhoeffers Stichwort „ultima ratio“ an (DBW 6, 273f). An vielen Stellen des Jubiläumsbuches wird die Denkfigur „ultima ratio“ besprochen (123 A. 58, 163, 166f, 170, 171 A. 26, 172f A. 27–29, 175–180), und Resolution Nr. 27 vom Mai 1998 befindet sie als

„für christliches Friedensverständnis ungeeignet“ (430, dazu 144). Karl Martin stellte im April 2002 bei einem Kolloquium der ibg-Regionalgruppe Sachsen fest: „Die ultima-ratio-Kriterien haben auch in der Vergangenheit noch nie zu einer Gewalteinämmung geführt“ (179). Bei dieser Veranstaltung berichtete er, Rolf Wischnath, Cottbus, habe bei der EKD-Synode im November 2001 ein Minderheitenvotum eingebracht gegen einen geplanten deutschen Militäreinsatz nach den Anschlägen am 11. September 2001, und als von den vierzehn Unterzeichnern des Votums schließlich nur sieben gegen die offizielle Kundgebung stimmten, die den Militäreinsatz nicht ausschloss (162f), habe Wischnath deutlich ausgesprochen: „Wenn diese Synode meiner geliebten Kirche nach jahrelanger friedensethischer Diskussion nicht die Kraft findet, von ihren eigenen Voraussetzungen her ein schlichtes Nein zu diesem Krieg [gegen den Terror] und diesem Einsatz deutscher Soldaten zu finden, dann ist das für mich der Beweis, dass das so genannte verantwortungspazifistische Programm, das keiner so gründlich und überzeugend durchdacht und aufgeschrieben hat wie Wolfgang Huber, gescheitert ist“ (177).

Im Mai 2001 in München sprach Hans-Jürgen Fischbeck zum Weg „Von der Staatsomnipotenz zur Wirtschaftsomnipotenz“, den Bonhoeffer 1941 vorausgeschaut hatte (DBW 16, 539). Er zitiert den überspitzten Satz, in dem ein ostdeutsches Gemeindeglied Erfahrungen vor und nach der Wende 1989/90 zusammenfasste: „Die Diktatur des Geldes ist schlimmer als die Diktatur des Proletariats“ (303). Wird alle irdische Macht dem Mammon zuerkannt, dann degeneriert menschliche Dienstleistung zu käuflicher und verkäuflicher Ware (306; das Umsonst-Geben des Umsonst-Empfangenen [Matthäus 10,8, dazu DBW 4, 200] wird außer Kraft gesetzt).

Für die Tagung im Mai 2002 in Iserlohn hatte Theodor Ebert einen Pazifismus-Beitrag überarbeitet und dabei von der „Möglichkeit einer ›entfatalisierten Betrachtungsweise‹“ Gebrauch gemacht, zu der er sich auf Vladimir Horskys Buch „Prag 1968“ beruft (199 A. 2; Horsky fand nach dem „Prager Frühling“ Zuflucht in der FEST in Heidelberg). Was wäre gewesen, wenn Bonhoeffer in Finkenwalde Gandhis Strategie der Gewaltfreiheit gelehrt (207) und wenn er selber den Wehrdienst verweigert hätte (209), also sich schon früher als 1945 hätte töten lassen? Damit wollte Ebert als Konfliktforscher aufrufen, das Suchen nach gewaltfreien Lösungs-Alternativen nicht abzubrechen (211). Gustav Köbbemann erwiderte, auf die von Ebert in Betracht gezogene Weise wäre es nicht möglich gewesen, „Hitler effektiv an der Fortsetzung seiner Verbrechen zu hindern“ (212).

2006 tagte der dbv in Berlin. Am 4. Februar 2006, an Bonhoeffers 100. Geburtstag, wurde das Grußwort verlesen,

um das Bundespräsident Horst Köhler gebeten worden war (Auszug 40f). Eine Arbeitsgruppe diskutierte in diesen Tagen über die Kirchensteuer (257–261).

Der im April 2007 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain gehaltene Vortrag von Martin Stöhr zur Friedensethik Bonhoeffers (145–161) ist auch in Nr. 83 des ibg-Rundbriefs (Juni 2007, 13–32) abgedruckt, dazu (33) die dbv-Resolution Nr. 44 vom 15. April 2007. Im Rundbrief hat Martin Stöhr den Vortrag mir (und Heinz Eduard Tödt, für Gelerntes) „in Dankbarkeit gewidmet“. Der Anlass dieses Dankes wurde mir erst beim Studieren des dbv-Jubiläumsbuchs bewusst. In der dbv-Verkehrszeitschrift „Verantwortung“ war in der Nummer 38/2007 der Text erschienen, aus dem ich bei der Feier von Bonhoeffers 100. Geburtstag in Tokyo 2006 zu Bonhoeffers „Wagnis, das Friedensgebot Gottes zu wissen“ vorgetragen hatte.

Dass nicht nur die ältere Schwester ibg sich in Bonhoeffer-Bücher vertieft, sondern dass das auch im dbv geschieht, belegen zwei Beiträge im Buch. Axel Denecke legt seine Auffassung der „nrI“ dar, Bonhoeffers „nicht-religiöse Interpretation“ – „im 21. Jahrhundert?“ (93–113, DBW 8). Es gehe um „die konkrete ›Arbeit‹ am Reich Gottes durch existentielle nrI“ (100), „stimmige christliche Existenz“, „persönlichkeitsgeprägte Verkündigung“ (109). (Aus meiner Erinnerung stiegen Bilder auf, vor denen ich erschrak: Albert Schweitzer, sich von einem Lambarene-Besucher als vorbildliche Persönlichkeit filmen lassend...).

Die zweite Ausarbeitung stammt von Karl Martin und betrifft das „Gewissen“ (114–140). Die dbv-Tagung im September 2007 war von der „Vorwegvermutung“ her geplant gewesen: „Das Gewissen bilden und benutzen führt zum richtigen Verhalten“ (114). Von Bonhoeffer ist zu lernen, dass das so einfach nicht geht. „Nur-Gewissensethik“ (119) kann in Konfliktsituationen eine „Ethik des Nichts-Tuns“ werden, „Bonhoeffers Verantwortungs-ethik“ dagegen ist eine „Ethik des Tuns“ (131), des Handelns in selbstloser Eigeninitiative (121; DBW 6, 256). In diesem Sinne hatte Karl Martin im Mai 2001 gepredigt (319). Der Untertitel der „Gewissen“-Ausarbeitung lautet „Bonhoeffers Versuch, eine Ethik der Wegbereitung zum Tun zu entwerfen“ – eine aparte Richtungsumkehrung von Bonhoeffers Rede vom Tun als „Wegbereitung“ (für das erhoffte Kommen des „Wortes Gottes“, DBW 6, 153).

Karl Martin hat die Texte – bis auf den zu „Gewissen“ waren sie alle in der dbv-Zeitschrift „Verantwortung“ schon abgedruckt – nach Themen angeordnet und in jedes Thema, zum Beispiel „Friedensethik“, „Pazifismus“, „Kirchenfinanzierung“, auf zwei Druckseiten eingeführt. Zum Thema „Dietrich Bonhoeffer für die Gegenwart“

kommen Weggefährten in den 25 Jahren des dbv mit erbetenen Kurzbeiträgen zu Wort (47–62). Axel Noack: „DB zu zitieren, ist eine beliebte Übung ... Ist da für jeden etwas dabei?“ (49; Resolution Nr. 40 vom Mai 2002, 481, kritisiert das Zitieren des US-Präsidenten Bush vor dem Deutschen Bundestag von Bonhoeffers Satz „Ich glaube, dass Gott aus allem, auch aus dem Bösesten, Gutes entstehen lassen kann und will“ [DBW 8, 30] – ob der scharfsinnige Axel Denecke herauspräparieren könnte, wie Bush an aus der „Achse des Bösen“ entstehendes Gutes glaubt?) Martin Stöhr: Geistes-gegenwärtig leben – nicht Jenseits-heilssüchtig (54; DBW 8, 500). Jürgen Wehnert: „Einen Gott, den es gibt:“ im Verfügungsbereich eines Kultpersonals, den „gibt es nicht“ (61; DBW 2, 112).

Ganz an den Anfang gestellt hat Karl Martin den Vortrag, den Ferdinand Schlingensiepen zum 70. Geburtstag von Eberhard Bethge am 28. August 1979 in Kaiserswerth gehalten hat: „Der Tod des Lehrers“ (25–39, 1980 gedruckt in Internationales Bonhoeffer Forum 3, 223–243). Schlingensiepen meditiert die Schilderung einer Lehrer-Schüler-Beziehung in einem japanischen Roman-Klassiker. (30). Schlingensiepen zitiert aus einem chassidischen Text ein Wort des Lehrers zum Schüler: „Ob die Quelle gesegnet ist oder nicht, hängt von dem ab, der daraus schöpft“ (34). Nicht anklammern an solches, was sterben muss – wir dürfen von der Auferstehungshoffnung her leben (39; DBW 8, 369).

Dietrich-Bonhoeffer-Verein zur Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft e.V.

**Protokoll der Fortsetzung der 26. ordentlichen Mitgliederversammlung am 17. Oktober 2008
in der Marktkirchen-Gemeinde Halle an der Saale
Beginn der Sitzung um 19:30 Uhr, Ende 21:45 Uhr**

Tagesordnung gemäß Einladungsschreiben vom: 02. August 2008

1. Begrüßung, Eröffnung, Anwesenheitsliste, Tagesordnung
2. Fortsetzung der Diskussion des Resolutionsentwurfs der Friedens-AG
3. Protokoll der Mitgliederversammlung am 16.05.2008 in Braunschweig-Melverode (Verantwortung 41, S. 56 ff.)
4. Satzungsänderungen
5. Beschluss der Reisekostenregelung des dbv
6. Stand der Planungen des dbv für 2009 und 2010; Vorschläge und Anregungen für die zukünftige Vereinsarbeit
7. Termine und Verschiedenes

TOP 1 Begrüßung, Eröffnung, Anwesenheitsliste, Tagesordnung

Dr. Karl Martin begrüßt die Anwesenden, bedankt sich bei der gastgebenden Marktkirchen-Gemeinde sehr herzlich und eröffnet die Sitzung. Die Anwesenheitsliste geht herum. Die vorliegenden Stimmübertragungen werden benannt.

Es sind 9 Stimmberechtigte anwesend + 4 Stimmübertragungen = 13 Stimmberechtigte.

Dr. Karl Martin informiert, dass Peter Wrede seine Bereitschaft bekundet hat, im Gesamtvorstand des dbv mitzuwirken. Er stellt den Antrag, die TO um Punkt 8 – „Wahl von Peter Wrede in den Gesamtvorstand des dbv“ zu ergänzen. Über den Antrag wird abgestimmt:

Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Dr. Karl Martin berichtet über einen Briefwechsel mit Frau Fetkötter über die geplante Änderung des § 5 „Mitgliederversammlung“ Punkt 5 der Satzung, wonach Satz 3 „Eine schriftliche Stimmübertragung ist möglich“ gestrichen werden sollte. Dieser TOP wird einstimmig auf die nächste Mitgliederversammlung vertagt. Die übrigen TOPs werden einstimmig angenommen.

Dr. Karl Martin berichtet über einen Brief von Frau Wirsen-Steetskamp an Landesbischof Weber über die zu wenig aufgearbeitete Nazi-Vergangenheit der Stadt Braunschweig und ihrer Kirche. Die Antwort von Domprediger Hempel i.A. des Landesbischofs wird herumgereicht. Herr Denecke wird sie in der nächsten Verantwortung veröffentlichen.

TOP 2 Fortsetzung der Diskussion des Resolutionsentwurfs der Friedens-AG

Hans-Ulrich Oberländer verliest den geänderten Resolutionsentwurf. Nach längerer Diskussion werden einige kleine Änderungen vorgenommen. Dieter Stork empfiehlt eine Erweiterung im Hinblick auf die wachsende Gewaltbereitschaft und die sich immer weiter öffnende Schere zwischen arm und reich. Dr. Karl Martin stellt den Antrag, der Resolution mit den besprochenen Änderungen zuzustimmen. Abstimmungsergebnis:
 Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

TOP 3 Protokoll der Mitgliederversammlung am 16.05.2008 in Braunschweig-Melverode

Das Protokoll ist allen Mitgliedern mit der „Verantwortung Nr. 41“ zugegangen. Dem Protokoll wird einstimmig zugestimmt.

TOP 4 Satzungsänderungen

Herbert Pfeiffer trägt den Antrag des Geschäftsführenden Vorstands für eine Änderung von § 2 der Satzung „Zweck des Vereins, Gemeinnützigkeit“ durch Hinzufügen des folgenden Punktes 6 vor:
 „Reisekosten und Auslagen im Auftrag des Vereins werden gemäß der vom Geschäftsführenden Vorstand entworfenen und von der Mitgliederversammlung beschlossenen Kostenregelung erstattet.“
 Nach der Begründung des Antrags stellt Dr. Karl Martin den Antrag, die Satzungsänderung zu beschließen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 5 Beschluss der Reisekostenregelung des dbv

Herbert Pfeiffer legt die vom Geschäftsführenden Vorstands entworfene Kostenregelung vor und erläutert sie. Nach kurzer Diskussion und zwei Änderungen stellt Dr. Karl Martin den Antrag, über die Kostenregelung Stand 17.10.2008 in der geänderten Fassung abzustimmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 6 Stand der Planungen des dbv für 2009 und 2010 – Vorschläge und Anregungen für die zukünftige Vereinsarbeit

Termine und Themen für die Tagungen 2009:

- Frühjahrstagung 27. – 29.03.2009 in Kassel: Reich Gottes (erster Teil). Geplant sind 3 Vorträge: Reich Gottes im AT, im NT und Reich Gottes jetzt (Dr. Petersen).
- Herbsttagung 25. – 27.09.2009 in Hamburg-Blankenese: Reich Gottes (zweiter Teil).

Dr. Karl Martin regt an, dass sich der dbv mit dem Thema „Reich Gottes“ 2010 auf dem Ökumenischen Kirchentag in München (12. – 16.05.2010) mit einem Vortrag und einer Podiumsdiskussion präsentiert. Dieter Stork empfiehlt, bei dieser Gelegenheit auch das Liedoratorium „Dietrich Bonhoeffer“ zur Aufführung zu bringen. Die Vorschläge werden begrüßt und es wird beschlossen, dass Dr. Martin bei der Kirchentagsleitung den Antrag auf Mitwirkung stellt.

Die Frühjahrstagung des dbv fällt dann aus. Die Herbsttagung und die Ordentliche Mitgliederversammlung 2010 soll in Halle an der Saale stattfinden.

TOP 7 Termine und Verschiedenes

Termine siehe TOP 6.


Dr. Martin trägt das Anliegen von Herrn Josef Göbel vor, dass der dbv als Unterstützer des neu eingesetzten Pflichtfachs Ethik von der 7. bis zur 10. Klasse in Berlin genannt werden darf. Nach kurzer Diskussion stellt Axel Denecke den Antrag, die Sache in der Verantwortung zu begleiten und Herrn Göbel eine Plattform für Diskussion zu versprechen. Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 5 (abwesend: 1)

TOP 8 Wahl von Peter Wrede in den Gesamtvorstand des dbv

Dr. Martin stellt Peter Wrede in Abwesenheit vor und stellt den Antrag, dass Peter Wrede in den Gesamtvorstand des dbv aufgenommen wird. Dem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

Für das Protokoll:


 Herbert Pfeiffer
 i. A. der Schriftführerin


 Dr. Karl Martin
 Vorsitzender

Die Zeitschrift "Verantwortung" wird im Auftrag des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins (dbv) zur Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft e.V. herausgegeben. Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionsteams bzw. des Herausgebers wieder. Leserbriefe, Artikel und Anzeigen werden an die Redaktionsadresse erbeten. Lassen Sie uns Ihre Beiträge bitte in digitaler Form per E-mail oder Diskette zukommen. Die Adressen zur Kontaktaufnahme für die Mitarbeit an der Zeitschrift sind nebenstehend angegeben.

Mitarbeitende Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Axel DENECKE
Lilienweg 16
30916 Isernhagen

Christoph RINNEBERG
Im Höhlchen 16
64372 Wembach

EV. AKADEMIE Bad Boll
Direktor Joachim L. Beck
Akademieweg 1
73087 Bad Boll

Dr. Wolfram RHODE-LIEBENAU
Eberlestr. 9
81477 München

Renate HEINTZE
Hagstr. 28
35396 Gießen

Prof. Dr. Martin STÖHR
Fröbelstr. 10
61118 Bad Vilbel

Joachim HEMPEL
Domplatz 5
38100 Braunschweig

Dr. Johannes THON
Seminar für AT
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg
06099 Halle

Dr. Hans-Jürgen KUTZNER
Postfach 265
20002 Hannover

Dr. Ilse TÖDT
Am Landwehrgraben 9
30517 Hannover

Dr. Karl MARTIN
Tannhäuser-Str. 94
Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv)
10318 Berlin-Karlshorst

Barbara WIRSEN-STEETSKAMP
Albert-Schweitzer-Str. 4
61476 Kronberg

Martin-NIEMÖLLER-Stiftung
c/o Claudia Sievers
Steingasse 9
65183 Wiesbaden

Herbert PFEIFFER
Heubergstr. 10
70188 Stuttgart

Redaktionsschluss
Red.-Schluss für Heft 43:
30. April 2009

Herausgeber im Auftrag des dbv:

Dr. Karl Martin
karl.martin@dietrich-bonhoeffer-
verein.de
www.dietrich-bonhoeffer-
verein.de

Redaktion:

Prof. Dr. Axel Denecke
Lilienweg 16
30916 Isernhagen
Tel: (0511) 612024
axdene@web.de

Redaktionsmitglieder:

Willy Beppler, Eltville
Irmela Milch, Wiesbaden
Hans-Ulrich Oberländer, Jena
Herbert Pfeiffer, Stuttgart
Dieter Stork, Bünde

Fenestra-Verlag
Bad Harzburg-Wiesbaden
Tel: (0611) 5440693
Fax: (0611) 9545911
info@fenestra-verlag.de
www.fenestra-verlag.de

Druckerei am Parkfeld
Rheingastr. 12
65201 Wiesbaden
Tel: (0611) 22937

Vorstand des dbv

Vorsitzender:
Dr. Karl Martin
Tannhäuserstr. 94
10318 Berlin
Tel: (030) 20050867
handy: (0175) 4460773
Karl.Martin@gmx.de

Kassenwart:
Herbert Pfeiffer
Heubergstr. 10
70188 Stuttgart
Tel: (0111) 7802874
he-pfeiffer@gmx.de

Schriftführerin:
Irmela Milch
Dreispietzstr. 14
65191 Wiesbaden
Tel: (0611) 562710
irmela.milch@freenet.de

Beisitzer:
Regina Molnar, München
Barbara Wirsen-Steetskamp,
Kronberg/Ts.

Bankverbindung:
Ev. Kreditgenossenschaft Kassel, BLZ 520 604 10, Nr. 4004469

Der dbv ist als gemeinnützig anerkannt und berechtigt, Zuwendungsbestätigungen für steuerliche Zwecke auszustellen. Die Mitgliedsbeiträge für den dbv sind wie Spenden abziehbar.

Bestellschein/Beitrittserklärung

- Ich bitte um Zusendung eines Probeexemplars der Zeitschrift "Verantwortung" (Euro 5,- zuzüglich Porto).
- Ich abonniere die Zeitschrift "Verantwortung" (Jahresabo – 2 Ausgaben – Euro 10,- incl. Porto).
- Ich interessiere mich für die Arbeit des dbv und erbitte weitere Unterlagen.

- Ich bitte um Eintragung in die Liste der Freunde des dbv (Jahrespauschale Euro 20,-; Zeitschrift "Verantwortung" kostenlos).
- Ich trete dem dbv als Mitglied bei (Jahresbeitrag Euro 40,-; Zeitschrift "Verantwortung" kostenlos).
- Ich unterstütze die Arbeit des dbv mit einer Spende auf das Konto des dbv bei der Ev. Kreditgenossenschaft Kassel, Filiale Frankfurt, BLZ 52060410, Konto-Nr. 4004469

Name:

Straße:

PLZ und Ort:

Ich bin mit der Abbuchung des fälligen Betrages einverstanden:

Bank:

Konto-Nr: BLZ

Datum:

Unterschrift:

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv), gegründet 1983, fördert die Wahrnehmung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft.

Er sieht in dem Leben und Werk Dietrich Bonhoeffers eine unverändert gültige, in die Zukunft weisende Herausforderung zu kritischem Glauben, Denken und Handeln.

IN der Konsequenz der Theologie Bonhoeffers beteiligt sich der dbv daran, den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung weiterzuführen.

SO wie Bonhoeffer weiß sich der dbv dem Anliegen der Oekumene verpflichtet. Unter Oekumene versteht er die Gemeinschaft aller Christen.

IN Kirche und Gesellschaft arbeitet der dbv für eine Befreiung des Denkens und der sozialen Strukturen aus evangeliums-widrigen Sachzwängen, Vorurteilen und gesellschaftlichen Egoismen.

DIE Teilnahme an Seminaren des dbv ist für alle offen. In Diskussionen suchen wir nach Wegen, christliche Verantwortung persönlich und mit anderen zu praktizieren.

AM Prozess der öffentlichen Meinungsbildung beteiligt sich der dbv durch Resolutionen der Mitgliederversammlung, Herausgabe seiner Zeitschrift "Verantwortung" sowie durch Pressearbeit. Wir laden Sie herzlich ein, sich an den aktuellen Diskussionen des dbv zu beteiligen. Sie können Mitglied bei uns werden oder sich in die Liste der Freunde des dbv eintragen lassen.

FRIEDEN wagen ... mit diesem Thema greift der dbv das Friedensverständnis Bonhoeffers auf: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit .. . Friede muss gewagt werden.“

(Bonhoeffer, Fanö 1934)

KIRCHE FÜR ANDERE ... mit diesem Thema greift der dbv das Kirchenverständnis Bonhoeffers auf. Seine Vision war: „Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist Sie muss an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftsleben teilnehmen.“ (Bonhoeffer 1944)

„Ich glaube, dass Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen. Aber er gibt sie nicht im Voraus, damit wir uns nicht auf uns selbst, sondern auf ihn verlassen. In solchem Glauben müsste alle Angst vor der Zukunft überwunden sein.“

Dietrich Bonhoeffer an der Wende zum Jahr 1943



*Dietrich Bonhoeffer
im Juli 1939*

1906 Dietrich Bonhoeffer, geboren am 4. Februar 1906 in Breslau, evangelischer Theologe, Promotion, Habilitation, Studentenpfarrer in Berlin.

1933 Bereits 1933 gilt er als entschiedener Gegner der Nationalsozialisten. Er tritt für die Pflicht der Christen zum Widerstand gegen staatliche Unrechthandlungen ein. Als Mitarbeiter der Bekennenden Kirche wird er zu einem der führenden Theologen der kirchlichen Oppositionsbewegung.

1938 wird Bonhoeffer in die Staatsstreichplanungen um Beck, Canaris und v. Dohnanyi eingeweiht. 1940 vom Widerstandskreis der Spionageabwehr getarnt und mit Reisepapieren versorgt, benutzt er seine kirchlich-ökumenischen Kontakte, um im Ausland die Ziele des deutschen Widerstands zu erläutern und politische Unterstützung für die Umsturzpläne und eine baldige Kriegsbeendigung zu suchen.

1943 wird er verhaftet und bleibt ohne Gerichtsverfahren im Wehrmachtuntersuchungsgefängnis in Berlin-Tegel inhaftiert. Hier entstehen die Briefe und Texte für das Buch „Widerstand und Ergebung“.

1945 Am 9. April 1945 wird er im KZ Flossenbürg durch die SS ermordet.